

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik im Kanton Wallis während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1939

Historisches Seminar der Universität Zürich;

Master Applied History

Betreuer: PD Dr. Tobias Straumann

von

Tristan Bregy

Schwandelstrasse 15, 8800 Thalwil

tristanbregy@hotmail.com

Abgabedatum: Juli 2012

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|-------|
| 1. Vorwort und Einleitung | 3 |
| 2. Das strukturelle Umfeld im Kanton Wallis während den Dreissigerjahren | 8 |
| 3. Die Folgen des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise im Wallis..... | |
| 3.1 Der Arbeitsmarkt: Spiegelbild der Industrieaktivität..... | 14 |
| 3.2 Konjunktursensibles Gastgewerbe..... | 18 |
| 4. Die Finanzpolitik der Walliser Regierung von 1929 bis 1939..... | |
| 4.1 Eine Analyse der Staatsfinanzen..... | 21 |
| 4.2 Das sich verschärfende Budgetungleichgewicht | 31 |
| 4.3 Sparprogramm und Revisionsbericht von 1935 | 34 |
| 4.4 Der Beschluss einer kantonalen Krisensteuer | 35 |
| 4.5 Eidgenössische Krisenabgabe und die Einordnung des Kantons Wallis | 36 |
| 4.6 Verhandlungen mit den vier grossen Industrieunternehmen..... | 39 |
| 4.7 Revision des kantonalen Steuergesetzes | 40 |
| 4.8 Die undurchsichtige Finanzübersicht bei den Gemeinden | 42 |
| 4.9 Kantonale ausserordentliche Ausgaben und Bundessubventionen..... | 43 |
| 5. Finanz- und Wirtschaftspolitik im Zeichen der strukturellen Weiterentwicklung des Kantons | |
| 5.1 Die grossen Infrastrukturprojekte der Dreissigerjahre..... | 49 |
| 5.1.1 Der Strassenbau | 49 |
| 5.1.2 Die zweite Rhonekorrektur..... | 52 |
| 5.2 Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft..... | 54 |
| 5.2.1 Die Milchwirtschaft | 54 |
| 5.2.2 Der Weinbau | 57 |
| 5.3 Der Tourismus | 63 |
| 5.3.1 Folgen des nationalen Hotelbauverbotes | 63 |
| 5.3.2 Kantonaler Tourismusverband und Kurtaxe..... | 66 |
| 5.3.3 Die Abwertung des Schweizer Frankens | 67 |
| 5.4 Privat rechtliche Bahngesellschaften: Die Furka-Oberalp-Bahn..... | 68 |
| 6. Schlusswort und Ausblick | 72 |
| 7. Abbildungsverzeichnis und statistische Daten | 78 |
| 8. Quellen- und Literaturverzeichnis | 81 |

1. Vorwort und Einleitung

Vorwort

Nach dem Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes und der darauf folgenden Finanzkrise im Jahr 2008 sowie der seit dem Jahr 2009 andauernden Schuldenkrise in Europa, hat die Auseinandersetzung mit der grossen Depression der Dreissigerjahre des 20. Jahrhunderts wieder an Bedeutung gewonnen. Damals wie heute stehen für Politik und Wirtschaft Fragen über Art und Umfang von staatlicher Unterstützung, Währungspolitik oder regulatorischen Massnahmen im Zentrum der Krisenbekämpfungsdebatten. Die vorliegende Arbeit untersucht die Reaktion der Walliser Wirtschaft nach Ausbruch der grossen Depression im Jahr 1929 bis 1939 kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Grundsätzlich steht hier die Frage im Zentrum wie im Kanton Wallis finanzpolitisch mit der Krise umgegangen wurde. Die ursprüngliche Idee, die Wirtschaftsentwicklung und die Reaktionen darauf über Quellen des Archivs der Walliser Kantonalbank anzugehen, konnte leider nicht realisiert werden. Es wurde seitens der Bank leider nur Zugang zu den publizierten Geschäftsberichten der entsprechenden Periode gewährt. Diese Publikationen verzerren jedoch das wahre Bild. Aufgrund von buchhalterischen Praktiken vor allem im Bereich der stillen Reserven und der Dividendenausschüttungen könnten im wesentlichen Umfang falsche Schlüsse gezogen werden. Das Archiv der Kantonalbank wurde auf Anfrage des Walliser Staatsarchivs aus Vertraulichkeitsgründen, wie die Bank mitteilte, nicht zugänglich gemacht.

Stattdessen wird via die Finanzpolitik des Staates die Wirtschaftsgeschichte analysiert und wiedergegeben. Die wichtigsten Quellen dabei sind die Jahresrechnungen und Kostenvoranschläge des Kantons Wallis, Sammlungen der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse der Kantonsregierung, Jahresberichte des Walliser Staatsrat sowie die Jahresberichte des Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsverband. Die Protokolle der Sitzungen des Grossen Rates sind eine umfassende Quelle über die politischen Auseinandersetzungen jener Zeit. Weiter wird auf diverse Dokumente aus dem Walliser Staatsarchiv in Sitten zurückgegriffen. Dazu zählen die Korrespondenz des Finanzdepartements, Protokolle von Besprechungen, Expertenberichte oder Empfehlungen zu den verschiedensten Themenbereichen. Ebenfalls diente das Archiv

des Walliser Hotelier-Verband in Sitten als Rechercheort. Für den Vergleich des Kantons Wallis zur Schweiz oder zu anderen Kantonen wurden vorwiegend die Publikationen des Statistischen Jahrbuchs der Schweiz benutzt.

An dieser Stelle möchte ich mich beim Walliser Hotelier-Verband, Frau Marianne Jollien für das Bereitstellen und den Zugang zu den Archivunterlagen der Jahre 1929 bis 1939 bedanken. Weiter bedanke ich mich bei Frau Delphine Debons von der Mediathek in Sitten sowie beim Walliser Staatsarchiv in Sitten bei Frau Myriam Evéquoz-Dayen. Ebenfalls gebührt mein Dank der Firma Valère Consulting SA in Zürich für die zur Verfügung gestellte Zeit und Infrastruktur um diese Arbeit zu verfassen.

Als Einführung in das Thema wird ein kurzer und grober Überblick der wirtschaftlichen Ereignisse ab dem Jahr 1929 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges gegeben. Er soll die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kanton Wallis in einen globalen Kontext stellen.

Einleitung

Der Börsenzusammenbruch vom 24. Oktober 1929 in New York – dem in jener Zeit dynamischsten Finanzzentrum der Welt - ist für die bis Mitte des Jahres 1929 florierende Weltwirtschaftsproduktion ein Schock. Der Einbruch der Aktienmärkte bringt kurzfristig den Kreditmechanismus zum Erliegen.¹ Erste Anzeichen eines konjunkturellen Ungleichgewichts zeigen sich zuvor durch eine Tendenz von sinkenden Weltmarktpreisen für landwirtschaftliche Produkte und einer zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage der Agrarländer. Hinzu kommt eine riesige Spekulationsblase an den Aktienmärkten, vor allem in den USA. Das Welthandelsvolumen, welches im Jahre 1929 einen Umfang von CHF 184 Milliarden erreicht hat, bricht bis 1932 um 60% auf CHF 72 Milliarden ein. Auch die Schweiz kann sich den Auswirkungen der Depression nicht entziehen. So fällt der Ausfuhrwert von CHF 2'098 Mio. im Jahr 1929 auf CHF 801 Mio. im Jahr 1932. Besonders betroffen sind in der Schweiz die Uhren-, Schokoladen- sowie die Textilindustrie. Allerdings verlangsamt sich die allgemeine Konjunktur in der Schweiz vorerst nur langsam. Vor allem die Binnenwirtschaft hält der weltweiten Depression anfangs entgegen. Erst als sich im Jahr

¹ Vgl. Cassis, Metropolen des Kapitals, S. 263.

V1932 auch die heimische Bauwirtschaft stark abschwächt, wird die Schweizer Volkswirtschaft in den Sog der weltweiten Wirtschaftskrise gezogen. Welches Ausmass die Krise in der Schweiz hat, zeigt auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die durchschnittliche Zahl der Stellendsuchenden steigt von 8'131 Personen im Jahr 1929 auf 93'009 im Jahre 1936 an. Im selben Zeitraum geht das nominale Volkseinkommen der Schweiz um 21% zurück. Der Kollaps des internationalen Kreditsystems belastet auch die Schweizer Banken. Die Abwertung des englischen Pfundes im Jahr 1931 und die des amerikanischen Dollars 1933 sowie eine Devisenzwangswirtschaft von Deutschland führen zu grossen Verlusten in den Kreditinstituten. Einzelne Banken melden Konkurs an, darunter auch zwei der acht Schweizer Grossbanken. Im September 1936 werten Frankreich und einige weitere Länder ihre Währungen ab. Auch die Schweiz entscheidet sich nun den Schweizer Franken abzuwerten. Nach Erreichen des Tiefpunktes der Krise ist es vor allem die internationale Rüstungsindustrie, welche die Erholung der Weltwirtschaft vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorantreibt.²

Die Industrialisierung ist im Kanton Wallis in den Dreissigerjahren des 20. Jahrhunderts vergleichsweise zu anderen Kantonen der Schweiz wenig fortgeschritten.³ Das Übergewicht bildet eine sich im Prozess zur Spezialisierung und mehr Marktorientierung befindenden Landwirtschaft. Im Kanton Wallis bestätigt sich die Auslandabhängigkeit des dort ansässigen Industriesektors durch einen drastischen Einbruch der Anzahl beschäftigter Fabrikarbeiter.⁴ Die ausbezahlten Arbeitslosenentschädigungen der kantonalen Arbeitslosenkassen steigen ab 1930 markant an.⁵ Die Entwicklung der Industrie kann dank der Buchführung der Betriebe, deren Arbeitslosenkassen und vorhandenen Zahlen über die kantonalen Steuerabgaben umfassend nachvollzogen werden. Über die Industrie im Wallis und die Walliser Fabrikarbeiter erschien im Jahr 2006 eine umfassende Arbeit.⁶ Anders sieht die Quellenlage für die Landwirtschaft aus. Hier gibt es für den in dieser Arbeit untersuchten Zeitraum von 1929 bis 1939 keine präzisen Angaben über arbeitslose Personen oder die finanzielle Entwicklung von Betrieben. Die Landwirtschaftsbetriebe

² Vgl. Schweizerische Nationalbank, Festschrift 1907-1957.

³ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, 150 Jahre schweizerischer Bundesstaat, Im zweiten Sektor Erwerbstätige nach Kantonen, 1848-1998.

⁴ Vgl. Kaufmann, Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, S. 66.

⁵ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1934, Dépt. de l'intérieur, S. 44.

⁶ Vgl. Bellwald/Guzzi-Heeb (Hg.), Ein industriefeindliches Volk? Fabriken und Arbeit in den Walliser Bergen.

waren keiner Arbeitslosenkasse angeschlossen.⁷ In den Jahresberichten der Walliser Handelskammer, welche sich aus dem Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsverband zusammensetzt, finden sich zwar Kommentare über die wichtigsten jährlichen Ereignisse im Landwirtschaftssektor. Allerdings fehlt es vor allem an aggregiertem Zahlenmaterial über Erträge und Exportentwicklungen sowie an Buchhaltungszahlen von Betrieben. Dies macht es schwierig, ein vollständiges Bild der wirtschaftlichen Entwicklung wiederzugeben. Vereinzelt finden sich Statistiken wie zum Beispiel zum Früchteexport per Bahn oder Lastwagen oder zum Weinabsatz. Das Walliser Reb- und Weinmuseum gab eine umfassende wissenschaftliche Studie über den Walliser Weinbau seit seinen Anfängen in Auftrag, welche im Jahr 2010 in einem grossen Werk publiziert wurde.⁸

In der Landwirtschaft gibt es anfangs der Dreissigerjahre eine beschränkte Anzahl an Interessensgemeinschaften in Form von Verbänden oder Genossenschaften. Zu ihnen zählen der Walliser Milchverband, die Landwirtschaftliche Genossenschaft Oberwallis, die Landwirtschaftsgesellschaften von Monthey und Sierre. Der Verband der Walliser Früchteproduzenten und die Union der Früchteexporteure werden im Jahr 1934 gegründet.⁹

Die Tourismusbranche, das dritte, wichtige Beschäftigungsfeld im Wallis wird sowohl von der Weltkonjunktur als auch von meteorologischen Faktoren stark beeinflusst. Die Bettenbelegung im Kanton zeigt 1929 noch eine befriedigende Auslastung, bricht aber in den Folgejahren bis 1932 rasant ein.¹⁰ Es fehlen auch für diese Branche verlässliche Zahlen über die Entwicklung der Beschäftigung und über die wirtschaftliche Lage der einzelnen Gastbetriebe.

Bei der Betrachtung der Walliser Finanzpolitik von 1929 bis 1939 wird klar, dass der Kanton Wallis einen hohen Nachholbedarf an Infrastruktur sowie an Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung seiner wichtigsten Wirtschaftszweige der Landwirtschaft und dem Tourismus aufweist. Durch zahlreiche

⁷ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1932.

⁸ Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.): Rebe und Wein im Wallis.

⁹ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1932. S. 120. und

Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis, S. 549.

¹⁰ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1928 - 1933.

Massnahmen des Staates, die der Bekämpfung der Krise dienen sollen, steigt das kumulierte Haushaltsdefizit zwischen 1929 bis 1939 drastisch an. Mitte der Dreissigerjahre prägen die Defizite des Staatshaushaltes die politische Debatte der Kantonsregierung. Trotzdem wird stets an einer expansiven Ausgabenpolitik für den Ausbau der Infrastruktur festgehalten¹¹. Mit viel politischem Willen und Elan werden die Anspruchsmöglichkeiten auf Bundessubventionen ausgenützt.

Weitere Massnahmen zur Bekämpfung der Krise seitens des Staats gelten vor allem der direkten Unterstützung der durch die Krise in Mitleidenschaft gezogenen Landwirtschaft und der Tourismusbranche. In vielen Bereichen kommt es zu verschiedenen grundlegenden Neuerungen. Dazu zählen die Gründung der Weingenossenschaftskellereien sowie neue gesetzliche Bestimmungen zur Qualitätssteigerung rund um die Weinproduktion. Ebenso wird die gesamte Milchwirtschaft professionalisiert und entsprechende Rahmenbedingungen werden eingeführt. Für die Wein- und Milchindustrie im Kanton werden in den Dreissigerjahren wirtschaftliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Existenzsicherung geschaffen. Ein weiterer Schritt zur Produktionssteigerung und profitableren Ausdehnung der Landwirtschaftsfläche bringt die zweite grosse Rhonekorrektur, welche nach schweren Überschwemmungen im Jahr 1935 beschlossen wird. Für das Gastgewerbe werden in diesen Jahren mit der durch den Staat unterstützten Gründung eines Tourismusverbandes sowie der Einführung einer kantonalen Kurtaxe zentrale Massnahmen zur langfristigen Verbesserung der Vermarktung und Rentabilität der Branche unternommen. Interessanterweise werden keine Anstrengungen von staatlicher Seite getroffen, um beispielsweise das Unternehmertum zu fördern oder den Aufbau von neuen Industriezweigen zu erleichtern. Die bestehenden Industrieunternehmen werden als wichtige Steuerzahler anerkannt und geschätzt. Wirtschaftliche Hilfe vom Staat erhalten sie allerdings kaum, abgesehen von Verhandlungen in Steuerangelegenheiten. Im Fokus der Finanzpolitik bleiben immer die öffentliche Infrastruktur, die Landwirtschaft und der Tourismus.

¹¹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 bis 1939.

2. Das strukturelle Umfeld im Kanton Wallis während den Dreissigerjahren

Klima, Lage und geografische Besonderheiten

Der Kanton Wallis oder auch das Rhonetal, genannt nach seinem Hauptfluss der Rhone oder auf Deutsch Rotten, liegt in den höchsten Erhebungen der Alpen. Die Walliser Alpen weisen die grösste Vergletscherung aller Alpengruppen auf. Das Längstal erstreckt sich von Ost nach West zwischen dem Gotthardmassiv bis zum Genfersee auf über 150 km. Die nördliche Grenze bilden die Berner Alpen, die südliche die Walliser Alpen.¹² Die Dufourspitze im Monte-Rosa Massiv bildet mit ihren 4'634 Meter über Meer den höchsten Punkt im Kanton. Die Höhendifferenz gemessen zum tiefsten Punkt auf 372 Meter über Meer am Genfersee beträgt über 4'000 Meter. Der deutschsprachige Kantonsteil, das Oberwallis, repräsentiert 50% der Gesamtfläche des Kantons. Die französischsprachigen Kantonsteile Mittelwallis 24% und das Unterwallis 26%.¹³

Bodenbeschaffenheit

Hinter den Kantonen Graubünden und Bern ist das Wallis flächenmässig der drittgrösste Kanton der Schweiz. Seine Gesamtfläche beläuft sich 1929 auf 5'235,2 km². Davon sind rund 44% land- und forstwirtschaftlich unproduktives Land (vgl. Abbildung 1) wie Berge und Gletscher. Dieser Naturumstand zwingt die Bevölkerung dazu, ihre landwirtschaftliche Aktivität auf etwas mehr als die Hälfte des Kantonsterritoriums zu konzentrieren.¹⁴

Getreide-, Acker- und Rebland stellen 3% der land- und forstwirtschaftlichen benützten Fläche, Wälder 28%, Futterbau 12% und Weideland 57%. Diese Proportionen ändern sich zwischen 1929 bis 1939 kaum. Einzig die Reblandfläche dehnt sich über die Jahre gegenteilig dem schweizerischen Trend aus und stellt damit eine Ausnahme dar. Sie vergrössert sich von 31.6 km² im Jahr 1929 auf 33 km² im Jahr 1939, während sich die gesamtschweizerische Reblandfläche während derselben Zeitdauer um 15.8 km² verkleinert.¹⁵

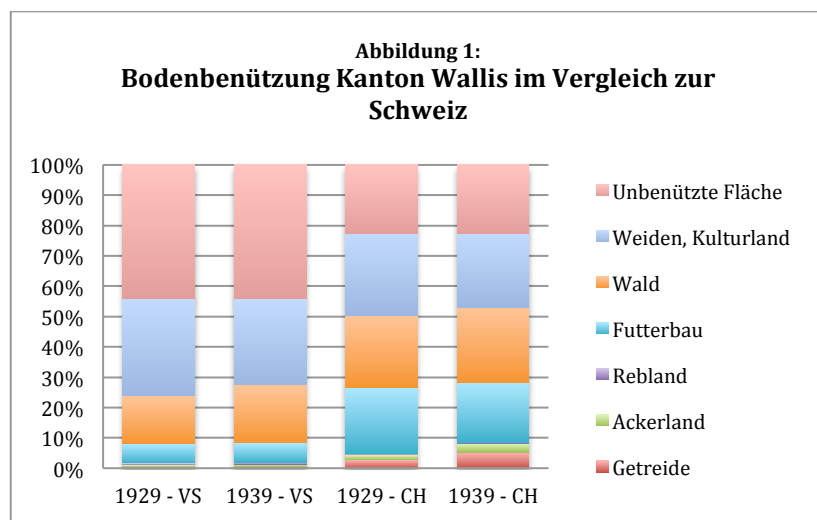
¹² Vgl. Guttersohn, Geographie der Schweiz.

¹³ Vgl. Kantonales Amt für Statistik und Finanzausgleich (Hg.), Das Wallis in Zahlen.

¹⁴ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929.

¹⁵ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 und 1939.

Die landwirtschaftliche Produktion im Wallis verteilt sich auf die drei geografischen Zonen: Oberwallis, Mittelwallis und Unterwallis. Im Mittelwallis von Sierre bis Martigny dominiert der Früchte- und Gemüseanbau sowie der Weinbau aufgrund der sonnigen Hänge und einem eher trockenen Klima. Im Oberwallis dominiert eine simple nicht spezialisierte Landwirtschaft, welche in seiner Entwicklung derjenigen des Mittel- und Unterwallis hinterher hinkt. Im klimatisch feuchteren Unterwallis können zahlreiche landwirtschaftliche Prärien und der Getreideanbau betrieben werden.¹⁶



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 bis 1939 – eigene Darstellung.

Rund $\frac{1}{5}$ der Gesamtfläche des Kantons Wallis sind Gletschermasse und es werden 21 Gletscher im Kanton gezählt.¹⁷ Ihnen kommt im Bereich der Energiegewinnung eine zentrale Bedeutung zu. So sichern die zahlreichen Gletscher die zur Energiegewinnung durch Wasserkraft notwendigen Wasserreserven in Form von Eis. Der Kanton Wallis zählt per Ende des Jahres 1929 insgesamt 30 Kraftwerke und 157 Turbinen, die der Elektrizitätsgewinnung durch Wasserkraft dienen. Damit wird im Kanton Wallis durch Wasserkraft 28% der landesweiten Elektrizitätsleistung erzeugt. Die Wichtigkeit der Energiegewinnung wird dadurch verdeutlicht, dass der Kanton Bern als zweitgrösster Leistungserbringer vergleichsweise nur auf einen Anteil von 12.5% der Gesamtschweizerischen Leistung kommt.¹⁸ Die im Kanton Wallis produzierte Energie

¹⁶ Vgl. Dubois, Le Valais, une économie à la recherche de son équilibre. S. 82

¹⁷ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1931, Dépt. forestier, S. 52.

¹⁸ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929.

durch die Wasserkraft steigt zwischen 1932 von 856 Mio. kWh auf 1'587 kWh im Jahr 1940.¹⁹

Die Wasserkraft und die davon erzeugte Energie sind ein wichtiger Standortvorteil für den Kanton Wallis. Zahlreiche Industriebetriebe vor allem in der Chemie- und Metallindustrie haben sich am Rhoneufer niedergelassen. Diese Sektoren beschäftigen anfangs der Dreissigerjahre im Schnitt 45% der Arbeitskräfte des Industriesektors im Kanton (vgl. Abbildung 3). Die drei wichtigsten Unternehmen sind die 1908 in Chippis gegründete AIAG, die in Visp und Gampel tätige Lonza, welche chemische Produkte und Saatgut produziert, sowie die Fabrik der Ciba in Monthey für Plastik und Farbmaterialien.²⁰

Im Juni 1932 bewilligt der Walliser Staatsrat die Baupläne der Staumauer „Grand-Dixence“, die heute grösste Staumauer der Schweiz, gelegen im Val de Dix.²¹

Wohnbevölkerung

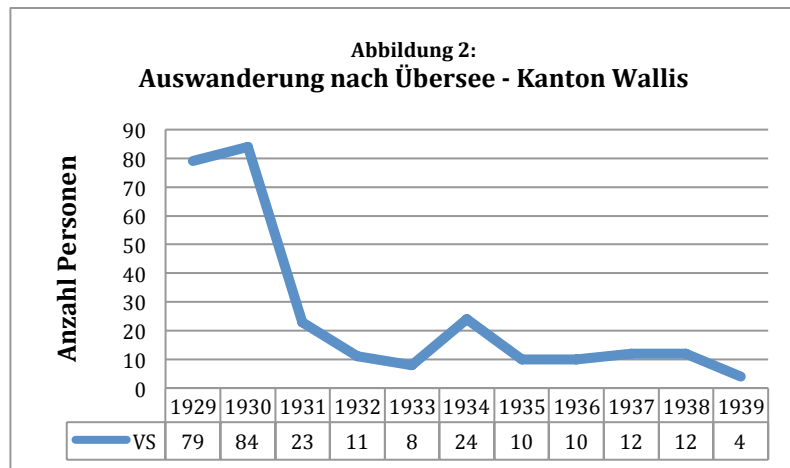
Die Wohnbevölkerung im Kanton Wallis beträgt auf Basis der 1930 durchgeführten schweizerischen Volkszählung 136'394 Personen verteilt auf 171 Gemeinden.²² Wenn eine Stadt als Gemeinde mit mehr als 10'000 Einwohner definiert wird, gibt es im Wallis zu dieser Zeit keine einzige davon. Im Kanton leben 3.3% der gesamten Schweizer Wohnbevölkerung. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beläuft sich auf 5% oder 6'500 Personen und nimmt zwischen 1930 bis 1939 stetig ab. Die Nähe zum südlichen Nachbarland Italien wird aus der Einbürgerungsstatistik ersichtlich: mindestens $\frac{3}{4}$ aller zwischen 1929 und 1939 im Kanton Wallis eingebürgerten Personen stammen aus Italien. Nach Angaben im statistischen Jahrbuch der Schweiz sind die Walliser/innen vor allem nach Nordamerika ausgewandert. Eine nähere Analyse der Auswanderung gehört allerdings nicht zum Inhalt dieser Arbeit. Wie Abbildung 2 zeigt, nimmt die Auswanderung nach Übersee ab 1930 deutlich ab.

¹⁹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais: Rapport sur sa gestion 1940, Dépt. des travaux publics, S. 22.

²⁰ Vgl. Bellwald/Guzzi-Heeb (Hg.), Ein industriefeindliches Volk? Fabriken und Arbeit in den Walliser Bergen.

²¹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1932, Dépt. des travaux publics. S. 91.

²² Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1930.

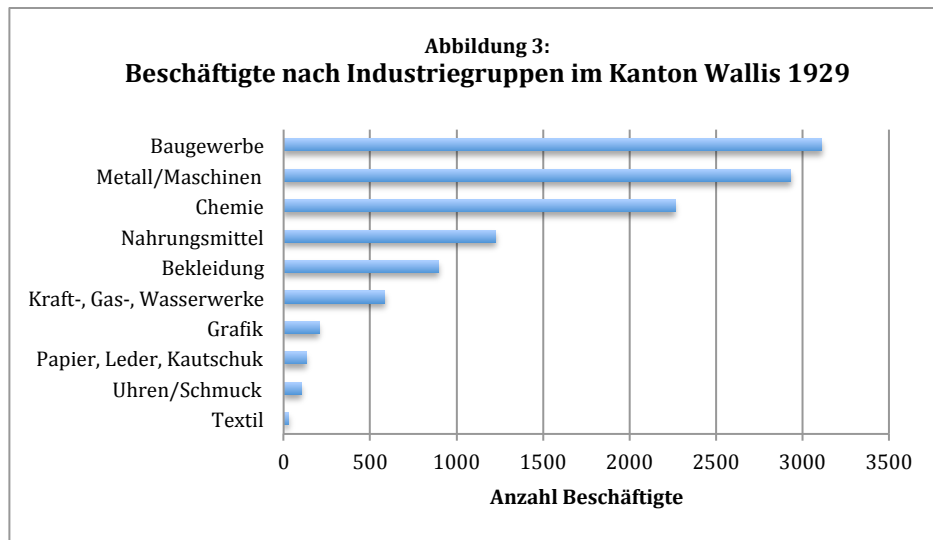


Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 bis 1939 – eigene Darstellung.

Wirtschaftsstruktur

Das Wallis ist 1930 der am wenigsten industrialisierte Kanton der Schweiz und zugleich Spitzenreiter im primären Sektor gemessen an der Anzahl erwerbstätiger Personen. Von den erfassten Erwerbstätigen im Kanton Wallis arbeiten 52% in der Landwirtschaft, 24% im Industriesektor, nur 6% im Gastgewerbe und gleichviele sind in der öffentlichen Verwaltung tätig. Stellt man dem den schweizerischen Durchschnitt aller Kantone gegenüber, zeigt sich, dass der primäre Sektor im Wallis gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt von 22% überproportional stark ist und die Industrialisierung mit 24% im Wallis gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt von 45% noch nicht weit vorangeschritten ist. Auch in der Entwicklung des Finanzsektors hinkt das Wallis dem Schweizerischen Durchschnitt bedeutend hinter her. So sind gerade mal 3.8% der Beschäftigten im Handel, bei Versicherungen oder Banken tätig, wogegen schweizweit doch rund 10% in dieser Branche beschäftigt sind.²³

²³ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1930. und Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, 150 Jahre schweizerischer Bundesstaat, Im ersten/zweiten/dritten Sektor Erwerbstätige nach Kantonen, 1848-1998.



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 – eigene Darstellung.

Das im Kanton Wallis besteuerte Kapital juristischer Personen von im Jahr 1930 Total CHF 173.1 Mio. zeigt folgende fiskalische Grössenverhältnisse auf:²⁴

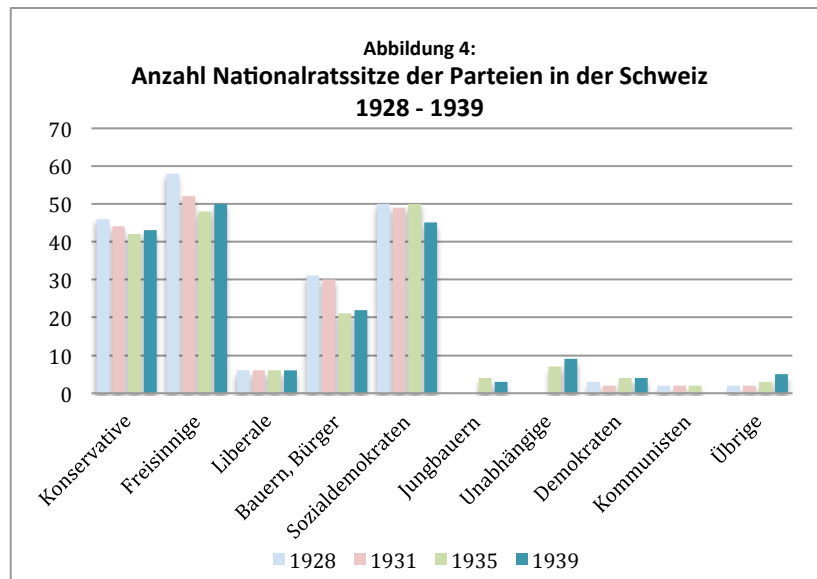
| | | |
|---------------|---------------|-------|
| Elektrochemie | CHF 43.9 Mio. | 25.4% |
| Metallurgie | CHF 39.0 Mio. | 22.5% |
| Transport | CHF 35.3 Mio. | 20.4% |
| Elektrizität | CHF 28.4 Mio. | 16.4% |
| Banken | CHF 9.4 Mio. | 5.4% |
| Hotellerie | CHF 7.3 Mio. | 4.2% |
| Andere | CHF 9.8 Mio. | 5.7% |

Politische Verhältnisse

Die politische Struktur im Wallis zeigt anhand der Verteilung der Nationalratssitze zwischen 1928 bis 1939 auf Parteiniveau wenig Veränderung. Vergleichsweise dazu die folgende Abbildung 4 mit der Verteilung der Nationalratssitze in der Schweiz. Im Wallis haben die Konservativen unverändert eine beherrschende Vormachtstellung. Die zweitstärkste politische Partei im Kanton, die Freisinnigen, kommen nie über einen Nationalratssitz hinaus. Im Jahr 1935 gewinnen die Sozialdemokraten im Wallis einen Nationalratssitz. Zwischen 1928 und 1935 stellen die Konservativen je fünf der sechs Walliser Nationalräte und müssen erst 1935 und 1939 einen Sitz den Sozialdemokraten überlassen.²⁵

²⁴ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1930, Dépt. des finances. S. 91.

²⁵ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1928 – 1939.



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1928 bis 1939 – eigene Darstellung.

Politische Hauptereignisse in der Schweiz während den Dreissigerjahren sind sicherlich zwei eidgenössische Volksabstimmungen. Beide finden vor der Abwertung des Schweizer Frankens statt. Im Juni 1935 stand das „Volksbegehren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not“ auch „Kriseninitiative“ genannt, zur Abstimmung. Sie sollte die Schweiz wirtschaftlich und sozial umgestalten. So hat sie unter anderem die Nationalisierung der Grossbanken, der Versicherungsgesellschaften, der Baustoff- und Rüstungsindustrie und der Energiewirtschaft zum Ziel. Dies hätte durch die Aufnahme des neuen Gesetzesartikels in die Bundesverfassung erreicht werden können. Punkt *n.* des neuen Artikels sieht vor, dass der Bund zur Durchführung der Massnahmen vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit abweichen kann. Die Stimmbeteiligung liegt bei rekordhohen 85% und wird vom Schweizer Stimmvolk abgelehnt. Auch der Kanton Wallis lehnt diese Initiative mit 67.5% ab.²⁶ Die zweite Volksabstimmung findet am 8. September 1935 statt. Auch das Volksbegehren für die Totalrevision der Bundesverfassung wird an der Urne abgelehnt. Die Befürworter sind dem Korporatismus sprich dem Ersetzen oder Einschränken der freien Marktkonkurrenz durch eine kollektive Kontrolle über die Wirtschaft zugeneigt. Die katholischen Kantone Wallis, Freiburg, Obwalden und Appenzell-Innerrhoden sind die einzigen die ein Ja in die Urne legen.²⁷

²⁶ Vgl. Schweizerische Bundeskanzlei, Eidgenössische Volksinitiative „Bekämpfung der Wirtschaftskrise“ vom 2.6.1935, Resultate in den Kantonen.

²⁷ Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 227.

3. Die Folgen des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise im Wallis

3.1 Der Arbeitsmarkt: Spiegelbild der Industrieaktivität

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz steigt nach Ausbruch der Krise vorerst vor allem in auf Export ausgerichteten Sektoren an.²⁸ Zu den exportabhängigen Sektoren zählen im Wallis hauptsächlich der Metall- und Maschinenbau sowie die Chemie. Für die Beschreibung der Situation auf dem Arbeitsmarkt beschränkt sich diese Arbeit auf die Daten des kantonalen Arbeitsamtes über die Stellensuchenden sowie über die Anzahl beschäftigter Fabrikarbeiter. Die Anzahl Stellensuchende während der Krise steigt nicht nur aufgrund der schlechten Wirtschaftslage an. Die Zunahme der an eine Arbeitslosenkasse angeschlossenen Mitglieder während den Dreissigerjahren erweitert den Kreis der potenziell erfassten Personen bei den Stellensuchenden. Es gibt weder über die Arbeitslosenquoten im Kanton noch über die stark verbreitete Teilzeitarbeitslosigkeit statistische Angaben. Im Statistischen Jahrbuch des Kantons Wallis finden sich ausschliesslich Daten zu den Stellensuchenden (ab 1932) sowie zu den Ganzarbeitslosen (ab 1938).²⁹ Aufgrund fehlender Daten im Bundesarchiv für die Zeit vor 1937 kann keine genaue Quantifizierung der Arbeitslosenquote für die Schweiz gemacht werden.³⁰ Nicht zu vergessen ist, dass im Kanton Wallis viele Arbeitskräfte in keinen Statistiken vorkommen dürften. Verhältnismässig ist nur eine Minderheit einer Arbeitslosenversicherung angeschossen. Per Ende 1929 sind im Wallis rund 5'000 Personen bei einer kantonal anerkannten Arbeitslosenkasse versichert. Während eine Arbeitslosenversicherung für Landwirte noch nicht existiert, sind es vor allem die im Wallis ansässigen Industriekonzerne, welche über eine solche Institution verfügen. So zum Beispiel die Lonza in Visp, die CIBA in Monthey und die Zementfabrik in Vouvry. Daneben gibt es auch einige Handwerkersyndikate, die eine Arbeitslosenversicherung eingerichtet haben.³¹ Zwischen November und Februar steigt im Kanton Wallis die Arbeitslosigkeit jeweils saisonbedingt an. Die Landwirtschaft stellt ihre Arbeit in den

²⁸ Vgl. Müller, *La Suisse en crise*, S. 89.

²⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch des Kantons Wallis 1978, S. 353.

³⁰ Vgl. Müller, *La Suisse en crise*, S. 92.

³¹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, *Rapport sur sa gestion 1929*, Dépt. de l'intérieur, S. 60.

Wintermonaten grösstenteils ein. Die Industrieunternehmen bauen im Winter Stellen ab, weil das wenige Wasser das Potenzial der lokalen Energiegewinnung einschränkt.³²

Im Jahr 1930 sind die Folgen der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise in der Walliser Industrie und im Baugewerbe erstmals spürbar. Am schnellsten und stärksten schlägt die Krise im Wallis auf den Fremdenverkehr durch.³³ Die Folgen des Ausbruchs der Krise zeigen sich in der Industrie unter anderem im Rückgang der Versicherten bei deren Arbeitslosenkassen. Sie nehmen 1930 um rund 900 Personen (-18%) auf 4'096 registrierte Versicherte ab. Dieser prozentuale Rückgang deckt sich mit dem Rückgang der registrierten Fabrikarbeiter des Statistischen Jahrbuchs der Schweiz. Die ausbezahlten Arbeitslosenentschädigungen der elf anerkannten Arbeitslosenkassen im Wallis steigen gegenüber dem Jahr 1929 um 45% auf CHF 513'000 an.³⁴

In den zwei wichtigen Industriesektoren des Kantons, in der Elektrochemie und der Metallurgie kommt es 1931 zu beträchtlichen Aktivitätsreduktionen. Viele der dadurch arbeitslos gewordenen Fabrikarbeiter finden aber dank verschiedenen staatlichen Infrastrukturprojekten eine Teilzeitarbeit. So etwa beim Bau der Bergstrassen zur Erschliessung der Bergdörfer, bei der Entsumpfung und Bodenverbesserung der Rhoneebene, Turbinenarbeiten für das Kraftwerk „Dixence“ oder dem Bau der Staumauer bei St. Barthélémy.³⁵ Einige Politiker versuchen erfolglos medialen Druck auf die grossen Industriekonzerne auszuüben, um deren Stellenabbau entgegenzuwirken. Grossrat Escher aus dem Oberwallis fordert in Zeitungsartikeln im „Walliser Boten“ den Walliser Staatsrat zur Intervention gegen die Arbeiterentlassung der AIAG in Chippis auf.³⁶ Das Unternehmen streicht im Wallis innert Jahresfrist mehr als 50% der Arbeitsplätze.³⁷ Escher verweist auf die Lonza AG, deren Lage noch misslicher geworden ist als diejenige der AIAG, trotzdem hat sie von grösseren Entlassungen abgesehen.³⁸ Trotz der schlechten Beschäftigungslage nach 1931 muss der Kanton Wallis auf ausländische qualifizierte Handwerker im Baugewerbe wie Maurer, Mineure, Zementierer oder Maler zurückgreifen. Das Departement des Innern, geführt von

³² Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1931, Dépt. de l'intérieur.

³³ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1930, Dépt. de l'intérieur, S. 78.

³⁴ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1930, Dépt. de l'intérieur, S. 82.

³⁵ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1931, Dépt. de l'intérieur, S. 78.

³⁶ Vgl. Grichting, Das Oberwallis 1840 – 1990, S. 190.

³⁷ Vgl. Pralong, L'ouvrier-vigneron d'Alusuisse, S. 140.

Die AIAG beschäftigt 1930 im Wallis 1800 Arbeiter und 1931 noch 815.

³⁸ Vgl. Grichting, Das Oberwallis 1840 – 1990, S. 190.

Staatsrat Maurice Troillet, unterstreicht dieses Problem immer wieder und versucht durch Förderung von Berufslehren diesem Zustand entgegenzuwirken. Die heimische Jugend interessiert sich nach der Meinung der Regierung viel zu wenig für diese lukrativen Zukunftsberufe. Der Staat verpflichtet Unternehmen, welche ausländische Handwerker beschäftigen eine staatlich festgesetzte Anzahl einheimischer Lehrlinge im Betrieb auszubilden. Im Kanton gibt es zu viele einheimische junge Handwerker, die ihr Metier nicht erlernt haben und nur über rudimentäre Kenntnisse ihres Berufs verfügen. Der Staat ist bestrebt als weitere Massnahme eine kantonale Schule für Kunst und Gewerbe zu gründen. In der Hotellerie sind die Betriebe stark auf qualifizierte Auslandsarbeitskräfte angewiesen. Der Kanton hat jedoch im Rahmen der Krisenbekämpfung die Arbeitsbewilligungen für Ausländer reduziert.³⁹ Der Walliser Hotellerie-Verband wendet sich 1932 an die Kantonsregierung und verlangt, dass die Anzahl der Arbeitsbewilligungen für Ausländer fixiert wird oder die Abweisungen der Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte limitiert werden. Der Staatsrat kommt dem Anliegen der Tourismusbranche entgegen. Ausländische Saisoniers, welche bereits in den vergangenen zwei Jahren im Walliser Gastgewerbe tätig waren, dürfen weiterhin angestellt werden.⁴⁰

Auch das Jahr 1932 kostet erneut vielen Fabrikarbeitern im Kanton ihre Anstellung. Die Zahl der Fabrikarbeiter sinkt innert Jahresfrist von 4'000 auf rund 3'200. Im Jahr 1929 wurden noch 5'716 Fabrikarbeiter im Kanton Wallis beschäftigt. Seit 1929 beträgt der Rückgang somit -44%.⁴¹ Immerhin kann ein Teil der Fabrikarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt werden. So finden zwischen April bis Ende Oktober 1932 ehemalige Fabrikarbeiter auf den Landwirtschaftsfeldern, in den Landwirtschaftsbetrieben oder bei der Weinernte eine temporäre Beschäftigung.⁴² Erstmals werden 1932 Fabrikarbeiter nicht nur temporär sondern definitiv entlassen. Dies deutet auf eine anhaltend düstere Zukunft der Industrie im Wallis hin. Ansonsten spricht das kantonale Arbeitsamt von den üblichen saisonal bedingten Arbeitslosen während den Wintermonaten. So vor allem im Gastgewerbe oder der Landwirtschaft. Dank Arbeiten am Kraftwerk der Grand-Dixence und laufenden Infrastrukturprojekten im Strassenbau kann zumindest ein Teil der Arbeitslosen wieder beschäftigt werden.

³⁹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1932, Dépt. de l'intérieur, S. 78.

⁴⁰ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Rapport annuel 1932, S. 11.

⁴¹ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 bis 1932.

⁴² Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1932, Dépt. de l'intérieur, S. 77.

Um wie viele Personen es sich dabei genau handelt, ist leider nicht festgehalten worden.⁴³ 1933 verzeichnet der Industriesektor im Kanton seinen Tiefpunkt. Die Zahl der beschäftigten Fabrikarbeiter ist seit 1929 um die Hälfte zurückgegangen. Das steuerbare Einkommen der Industrie ist im Vergleich zum Jahr 1930 von CHF 15.3 Mio. auf CHF 5.3 Mio. regelrecht zusammengebrochen und verharrt bis zum Jahr 1936 auf diesem Niveau.⁴⁴

Das Kantonale Stellenvermittlungsamt kann 1934 insgesamt nur 2'623 Stellen anbieten, während die Nachfrage nach offenen Stellen dreimal höher ist. Die Arbeitslosenentschädigungen steigen auf ein neues Rekordhoch von rund CHF 675'000 was einem Zuwachs von 30% gegenüber 1930 entspricht.⁴⁵ Im Jahr 1934 schlägt das Departement des Innern aufgrund anhaltender Beschäftigungsschwierigkeiten vor, die Arbeitslosigkeit erneut durch neue Investitionsprojekte der öffentlichen Hand zu bekämpfen. Das Departement hat als weitere Massnahme zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes die Bewilligungen zur Anstellung von ausländischen Handwerkern deutlich limitiert.⁴⁶

Die begonnenen Arbeiten der zweiten Rhonekorrektur sowie Strassenbauarbeiten der Furka führen 1936 zu etwas Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Das Baugewerbe bleibt aber weiterhin in einer schwierigen Phase mit wenig Aktivität. Einige Handwerker finden wie schon in den vergangenen Jahren, dank interkantonalen Koordination, Arbeit in der Zentralschweiz oder im Bündnerland. Gesamthaft befindet sich der Arbeitsmarkt im Kanton Wallis nach wie vor in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage mit Unterbeschäftigung. Die nachgefragte Arbeit bei der kantonalen Stellenvermittlung übersteigt das Angebot mittlerweile um das sechs bis siebenfache und die ausbezahlten Leistungen der Arbeitslosenversicherungen steigen weiter Jahr für Jahr an.⁴⁷

Nach der Abwertung des Schweizer Frankens durch die Schweizerische Nationalbank im September 1936 erholt sich im Folgejahr auch im Kanton Wallis der Industriesektor sowie der Tourismus. Es wird ein starker Zuwachs bei der Anzahl Fabrikarbeiter um +37% registriert.⁴⁸ Auch die grossen Strassenbauprojekte „Furka“ und „Grosser St. Bernhard“ helfen, die Arbeitslosigkeit zu drosseln. Der Kanton behält die bewilligten

⁴³ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1933, Dépt. de l'intérieur.

⁴⁴ Vgl. Kaufmann, Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, S. 66-67.

⁴⁵ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1934, Dépt. de l'intérieur, S. 44.

⁴⁶ Ebenda, Vgl. S. 43.

⁴⁷ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1936, Dépt. de l'intérieur, S. 47-48.

⁴⁸ Vgl. Kaufmann, Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, S. 66-67.

Arbeitsgesuche für Ausländer auf einem tiefen Niveau, wobei im Gastgewerbe trotzdem Saisoniers aus dem Ausland angestellt werden müssen. Auch die von der Politik verfolgten Anstrengungen vergangener Jahre zur Ausbildung eigener Handwerker durch eine Berufslehre zeigt allmählich Wirkung und sorgt für neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die einheimische Bevölkerung. Der Staatsrat sieht sich daher in seiner Politik bestätigt. Die nachgefragten Stellen beim kantonalen Stellenvermittlungsbüro sinken 1937 um rund 4'400 auf 6'400 und die Arbeitslosenentschädigungen gehen um -17% zurück auf das Niveau von 1934.⁴⁹ Während die Industrie sich nun auf Erholungskurs dank einer höheren Auslandnachfrage befindet und folglich die Beschäftigung ansteigt, spürt die Tourismusbranche bereits die Folgen des Kriegsausbruchs von 1939 und das damit verbundene Fernbleiben der ausländischen Gäste. Die beschäftigten Fabrikarbeiter im Kanton sind 1939 wieder auf dem Niveau von 1929 und auch das steuerbare Einkommen der Industrie erreicht mit CHF 14.6 Mio. im Jahre 1940 beinahe wieder den Wert von 1929.⁵⁰ Die von den kantonalen Arbeitslosenversicherung bezahlten Entschädigungen sinken auf CHF 418'000. Die zahlreichen bewilligten Infrastrukturprojekte wie die Rhonekorrektur und die Bergstrassen sorgen für reichlich Arbeit im ganzen Kanton.⁵¹ Die Bemühungen der Notstandsarbeiten des Bundes zur Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung anlässlich der Finanzprogramme von 1933 und 1936 waren zögerlich. In der Botschaft des Bundesrats vom 10.11.1936 wird zugegeben, dass die systematische Arbeitsbeschaffungspolitik in der Schweiz erst spät in Schwung kam. Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Notstandsaktion wird 1938 als ziemlich gering eingeschätzt.⁵²

3.2 Konjunktursensibles Gastgewerbe

Die Walliser Handelskammer schreibt in ihrem Jahresbericht 1931, dass sie im abgelaufenen Geschäftsjahr aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen war die finanziellen Zuwendungen an die Hotellerie zu reduzieren. Weiter konstatiert sie, dass die Werbematerialreserven zurück gingen und zudem die Sendungen von

⁴⁹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1937, Dépt. de l'intérieur, S. 36-37.

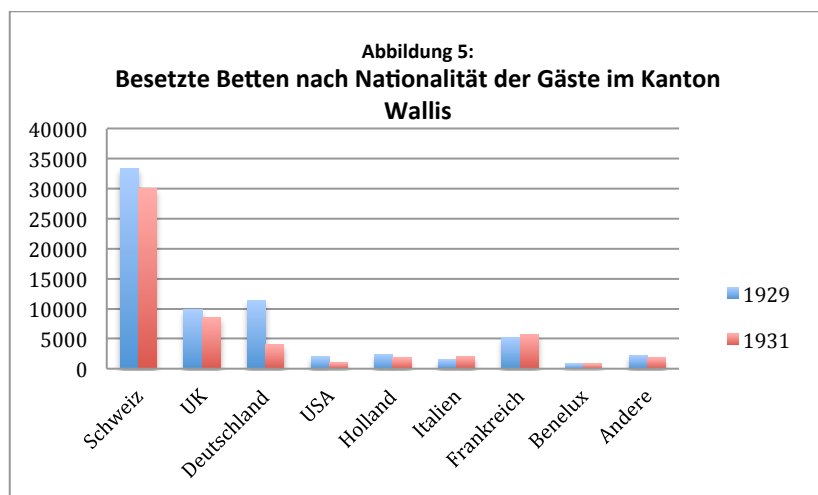
⁵⁰ Vgl. Kaufmann, Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, S. 66-67.

⁵¹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1939, Dépt. de l'intérieur, S. 10-11.

⁵² Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 205.

Werbeprospekten auf ein Minimum reduziert werden mussten. Hat die Handelskammer, welche als Zentrale für die Verteilung und Versendung von Werbematerial dient, 1930 noch 71'614 Dokumente versandt, sind es 1931 aus Kostengründen nur noch 41'600. Damit fiel man zurück auf das Niveau von 1925.⁵³

Seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 als im Wallis noch eine Bettenbelegung von 61% verzeichnet wurde, sinkt diese Rate im Jahr 1931 drastisch auf 46%. Zur Wirtschaftskrise kommen zusätzlich schlechte meteorologische Verhältnisse für einen Aufenthalt in den Bergen hinzu.⁵⁴



Zahlen jeweils für die Periode vom 15. Juni bis zum 15. September.

Quelle: Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1929 und 1931– eigene Darstellung.

Zwischen 1929 und 1931 beträgt der Rückgang der Schweizer Gäste -10%. Es sind vor allem die ausländischen Gäste, welche den Walliser Bergen fern bleiben (vgl. Abbildung 5). Der Rückgang bei den ausländischen Gästen beziffert sich für dieselbe Periode auf -27%. Bei den Gästen aus Deutschland, dem zahlenmässig wichtigsten ausländischen Herkunftsland der Gäste für den Walliser Tourismus, kommt es 1931 zu einem Rückgang von -65%. Viele Deutsche reisen 1931 unerwartet ab und annullieren künftige Reservationen, nachdem die Deutsche Regierung mittels einer neuen Steuer Reisende die das Territorium des Reiches verlassen wollen mit DM 100 belastet.⁵⁵ Weiter behindern Devisenrestriktionen zahlreicher Staaten den internationalen Reiseverkehr. Deutschland ist hinter den USA das von der Depression am schwersten gekennzeichnete

⁵³ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1931, S. 19.

⁵⁴ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1931.

⁵⁵ Ebenda, Vgl. S. 26.

Land. Im Juli 1931 führt die Reichsregierung die Devisenbewirtschaftung ein um der herrschenden Panik um das Bankensystem Einhalt zu gebieten. De facto ist Deutschland dadurch das erste Land, welches vom damaligen Goldstandard abkommt.⁵⁶

Auf gesamtschweizerischer Ebene gibt es leider keine Vergleichsstatistiken über den Gästerückgang in den Kantonen für die Jahre 1929 bis 1931.⁵⁷ Die folgenden Zahlen der Bettenbelegung für den Kanton Wallis zwischen 1928 bis 1933 können nur als Approximation betrachtet werden, da ihre Erhebung einerseits nicht klar dokumentiert ist und andererseits nur die Belegung in der Sommersaison vom 15. Juni bis zum 15. September wiedergeben. Ab 1933 war das Eidgenössische Statistische Amt für die Erhebung und Führung der Statistiken über die Bettenbelegung der Kantone verantwortlich.⁵⁸ Die zwei Perioden 1928 bis 1933 und 1934 bis 1939 können aus Gründen von verschiedenen statistischen Erhebungsmethoden nicht verbunden werden und müssen einzeln betrachtet werden.

Prozentuale Bettenbelegung im Kanton Wallis (VS) und der Schweiz (CH):

| | VS ⁵⁹ | |
|------|------------------|------------------|
| 1928 | 62.0% | |
| 1929 | 61.0% | |
| 1930 | 52.0% | |
| 1931 | 46.1% | |
| 1932 | 35.0% | |
| 1933 | 40.0% | |
| | VS ⁶⁰ | CH ⁶¹ |
| 1934 | 29.1% | 26.7% |
| 1935 | 30.2% | 26.8% |
| 1936 | 29.8% | 25.7% |
| 1937 | 34.5% | 31.2% |
| 1938 | 32.4% | 31.2% |
| 1939 | 32.4% | 27.7% |

⁵⁶ Vgl. Cassis, Metropolen des Kapitals, S. 266-267.

⁵⁷ Vgl. Digitale Amtsdruckschriften, Botschaft des Bundesrates betr. Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des notleidenden Hotelgewerbes vom 08.08.1932, S. 341.

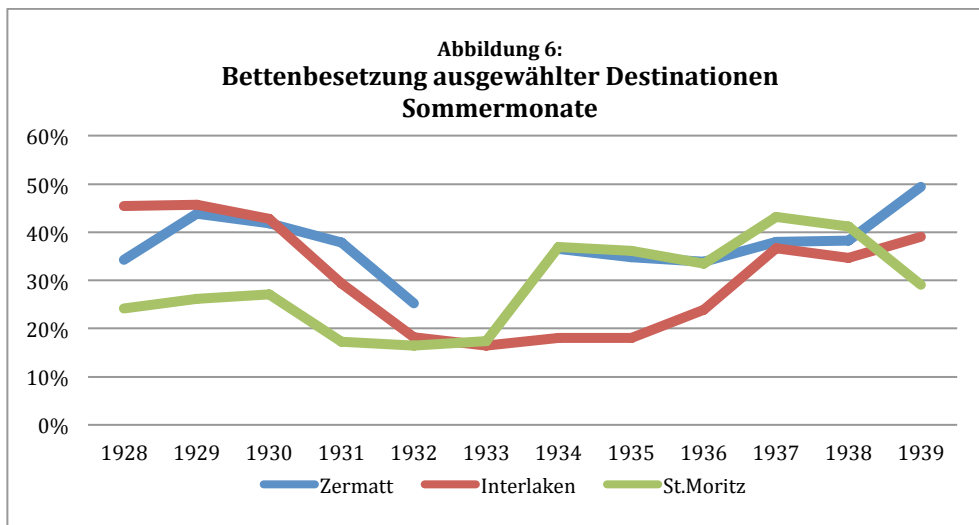
⁵⁸ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht Walliser Handelskammer 1933. S. 39.

⁵⁹ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1928 – 1933.

⁶⁰ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1934 – 1939.

⁶¹ Ebenda, Vgl. 1934 – 1939.

Die Entwicklung der Bettenbesetzung zeigt für die in Abbildung 6 ausgewählten Tourismusdestinationen in drei verschiedenen Kantonen ab dem Jahr 1930 einheitlich einen starken Rückgang:



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1928 bis 1939 – eigene Darstellung.

4. Die Finanzpolitik der Walliser Regierung von 1929 bis 1939

4.1 Eine Analyse der Staatsfinanzen

Für das Jahr 1929 weist die Staatsrechnung des Kantons Wallis gegenüber dem Vorjahr noch eine Reduktion des Defizits von -30% aus. Die Verwaltungsrechnung ohne die ausserordentlichen Ausgaben schliesst mit einem geringen Einnahmeüberschuss von rund CHF 45'000 ab und liegt damit klar über dem geplanten Budgetdefizit für die Verwaltung von -2.4% oder CHF 300'000. Die ausgeglichene Verwaltungsrechnung für das Jahr 1929 veranlasst den Walliser Staatsrat in seiner im April 1930 verfassten Mitteilung an den Grossen Rat zu einer vorsichtigen Interpretation dieses Resultats. Denn einerseits hängt die Vermehrung der Einnahmen über die letzten Jahre von der 1918 eingeführten Besteuerung von Aktien und Gesellschaftsanteilen sowie von den Erträgen der Grossindustrie im Kanton ab. Kommt es zu konjunkturellen Schwankungen schlägt sich dies umgehend auf die Einnahmen der Staatsrechnung durch. Zudem sind die in den nächsten Jahren geplanten und zu verwirklichenden sozialen und wirtschaftlichen Werke im Kanton zahlreich. Zu diesen zählt der Staatsrat 1930 die Arbeitslosenversicherung, die Bekämpfung der Tuberkulose, Hilfsaktionen für die

Landwirtschaft, die Krankenkassen, die Erstellung von Verkehrswegen und die Anlage und Ausbesserung von Wasserleitungen.⁶²

Ab 1931 zeichnet sich ein neuer Trend ab. Während die Verwaltungsrechnung zwischen 1926 bis 1930 jährlich noch mit Einnahmeüberschüssen schliessen kann, setzen nun bis 1937 defizitäre Jahre ein.

Die Defizite der Verwaltungsrechnung sowie der negative Saldo der Staatsrechnung (Verwaltungsrechnung plus ausserordentliche Ausgaben) steigen markant an und verharren bis 1936 auf einem hohen Niveau. Im Jahr 1937 zeichnet sich erstmals eine relevante Entspannung ab. Allerdings ist die Staatsrechnung immer noch defizitär. Nur die reine Verwaltungsrechnung schneidet in den Jahren 1938 und 1939 erstmals seit 1930 wieder mit einem positiven Saldo ab. Der Gesamthaushalt bleibt zwar bis Ende 1939 negativ, jedoch haben sich die Ausgabenüberschüsse zumindest in den letzten zwei Jahren des Jahrzehnts wieder unter dem Niveau von 1929 eingependelt.

Die jährlich kumulierten Gesamtdefizite der Staatsrechnung erreichen zwischen 1929 und 1939 rund CHF 16 Mio., was einem Defizitzuwachs von +37% gegenüber dem Zeitraum von 1918 bis 1928 entspricht.⁶³

Ein Blick auf die schweizerische Entwicklung der Staatsschulden zwischen 1929 bis 1939 zeigt, dass das Wachstum der festen Schulden des Kantons Wallis mit einer Zunahme um +70% weit über dem Durchschnitt aller Kantone von +20% liegt (vgl. Abbildung 7).⁶⁴ Die Verschuldung des Bundes, unter Berücksichtigung der festen, schwebenden und internen Schulden, nahm im selben Zeitraum um +37% zu.⁶⁵

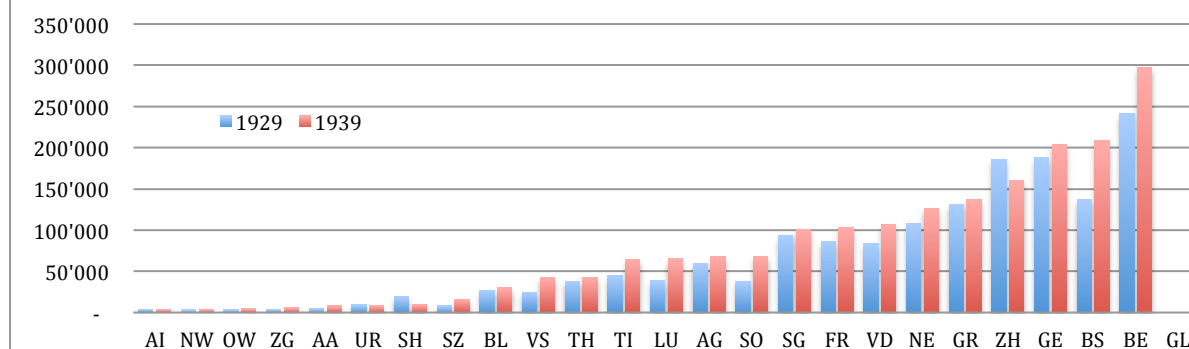
⁶² Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1929, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat vom 22.4.1930, S. 99.

⁶³ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1939, S. 88.

⁶⁴ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 und 1939.

⁶⁵ Vgl. Scherrer, Die Steuerpolitik des Bundes während der Wirtschaftsdepression der dreissiger Jahre (1930-38), S. 156.

Abbildung 7:
Feste Schulden der Kantone - in 1'000 CHF



Zum Kanton Glarus sind keine Angaben vorhanden.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1929 und 1939 – eigene Darstellung.

Die Bilanzsumme der Staatsrechnung des Kantons Wallis beträgt Ende 1939 CHF 47 Mio. Damit ist sie während den letzten elf Jahren um +62% angestiegen (Anfang 1929: CHF 29 Mio.). Von der Bilanzsumme entfallen im Jahre 1939 CHF 7 Mio. auf das einbezahlte Dotationskapital zugunsten der Walliser Kantonalbank und CHF 1.1 Mio. wurden in einen Spezialfonds des Kantons einbezahlt. Die noch zu erhebenden und ausstehenden Einnahmen betragen zu diesem Zeitpunkt weitere CHF 2.5 Mio. Zusätzlich hat der Staat in folgende sechs Institute investiert, welche zu den angegebenen Werten bilanziert sind:

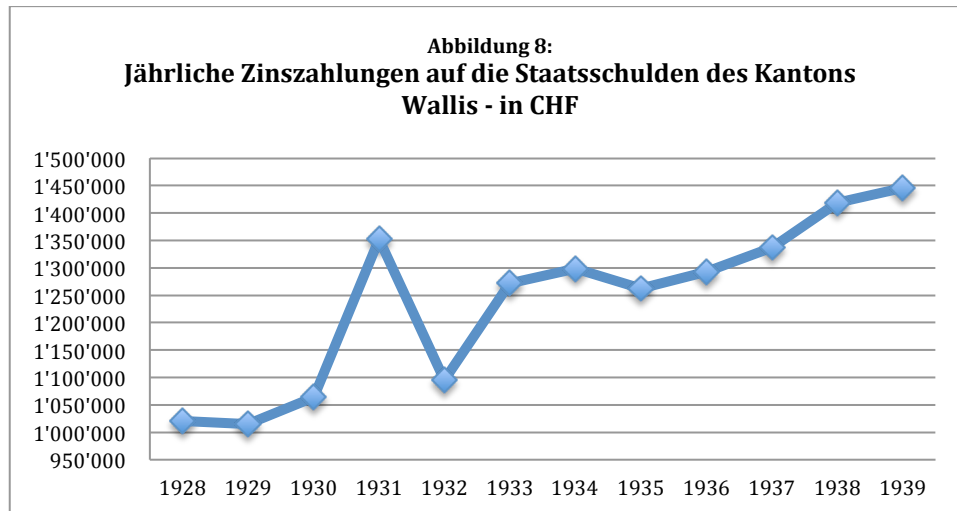
| In Million CHF | 1939 ⁶⁶ | 1929 ⁶⁷ |
|-----------------------------------|--------------------|--------------------|
| Landwirtschaftsschule Châteauneuf | 2.5 | 2.2 |
| Landwirtschaftsschule Visp | 0.7 | 0.5 |
| Rebberg Grand-Brûlé, Leytron | 0.4 | 0.2 |
| Krankenanstalt Malévoz | 2.0 | 1.6 |
| Strafkolonie Grête-Longue | 0.8 | - |
| Zwischentotal | 6.4 | 4.5 |
| + bilanzierte Immobilien | 3.1 | 2.6 |
| Total | 9.5 | 7.1 |

Weiter verbleiben CHF 4 Mio. diverser Restposten der Bilanz wie flüssige Mittel, Materiallager, Debitoren, zu tilgende Aktiva sowie Aktiva kleinerer Institutionen. Schlussendlich ergeben sich daraus die aktivierten kumulierten Ausgabenüberschüsse oder der Passivsaldo von CHF 24 Mio. Die kumulierten Ausgabenüberschüsse belaufen sich per Ende 1928 auf CHF 10 Mio. und steigen bis Ende 1939 um CHF +14 Mio. auf CHF

⁶⁶ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1939, Bestand des Staats-Vermögens.

⁶⁷ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1929, Bestand des Staats-Vermögens.

24 Mio. Finanziert sind die Aktiven per Ende 1939 im Umfang von 83% durch ausstehende Anleihen im Bilanzwert von über CHF 39.4 Mio.⁶⁸ Die konsolidierte Staatsschuld des Kantons Wallis beträgt per 31.12.1939 CHF 42.4 Mio.⁶⁹

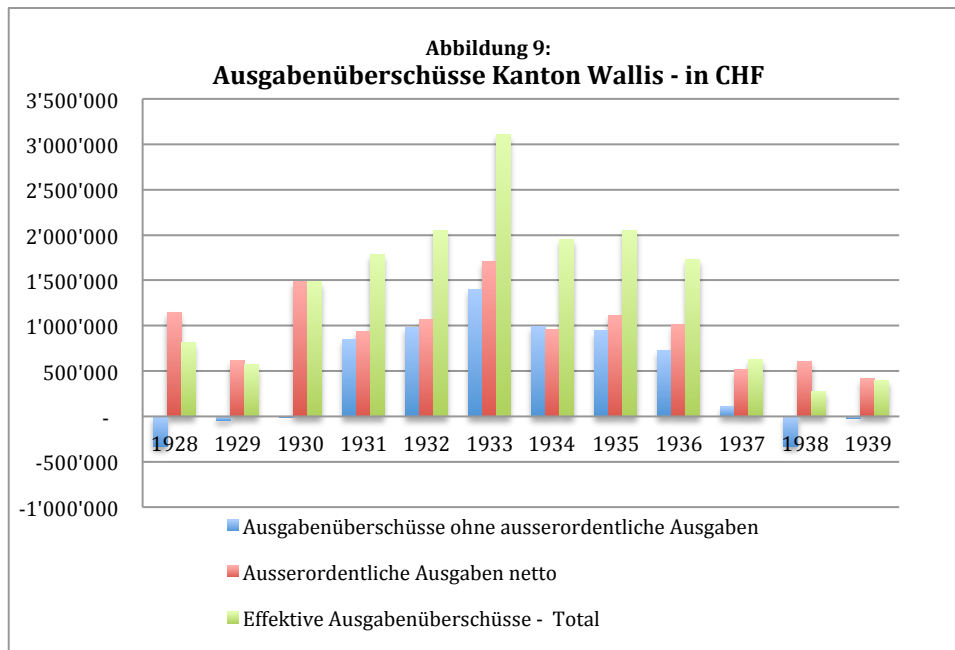


Das Jahr 1931 weist eine Sonderbelastung von rund CHF 200'000 für Kosten einer Anleihenemission aus.
Quelle: Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 – 1939 – eigene Darstellung.

Bei der Entwicklung der Ausgabenüberschüsse spielen die ausserordentlichen Ausgaben eine zentrale Rolle (vgl. Abbildung 9). In den Dreissigerjahren stellen sie mit 65% am kumulierten Gesamtdefizit der Staatsrechnung des Kantons Wallis den Löwenanteil dar. Zu den ausserordentlichen Ausgaben gehören in der Periode 1929 bis 1939 hauptsächlich die Kosten der Rhonekorrektur, Entsumpfungsarbeiten der Talebene sowie Verbesserungs- und Bauarbeiten neuer Bergstrassen. Die ausserordentlichen Ausgaben werden in einem separaten Kapitel (vgl. Kap. 4.9) noch vertieft behandelt. Es ist für das Verständnis und die Schlussfolgerungen der Finanzpolitik dieser Jahre wichtig, zwischen den Defiziten in der Verwaltungsrechnung und den Gesamtdefiziten zu unterscheiden (vgl. Abbildung 9).

⁶⁸ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1929 und 1939, Bestand des Staats-Vermögens.

⁶⁹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1939, Mitteilung Staatsrat an den Grossen Rat, 13.4.1940.



Quelle: Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1928 bis 1939 – eigene Darstellung.

Die angewendete Ausgabenpolitik der Walliser Regierung während der Dreissigerjahre beschreibt sie selber in einem Protokoll von 1935 wie folgt:

„Le Gouvernement valaisan a agi en père de famille qui a su dépenser pour enrichir ses enfants.“⁷⁰

„Die Walliser Regierung agierte als Familienvater, welcher es verstand Ausgaben zu tätigen um seine Kinder zu bereichern.“⁷¹

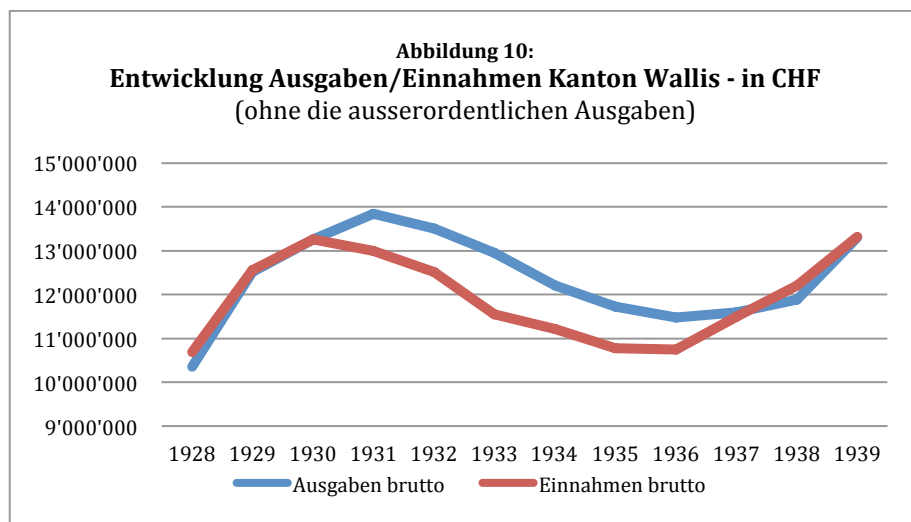
Diese Aussage kann bestätigend für ein Gedankengut gedeutet werden, welches der Landwirtschaft und seinen Akteuren einen hohen Stellenwert beimisst. Der verantwortungsvolle Familienvater, hier die Regierung, investiert mit einem langfristigen Horizont. Die Ausgabenpolitik während der Krise steht nicht für kurzfristiges politisches Kräfteressen. Dies wird durch den Bezug auf die Bereicherung der Kinder unterstrichen. Eine langfristige und nachhaltige Politik zur Erhöhung des Lebensstandards für die Bevölkerung wird verfolgt.

Auf der Einnahmeseite zeigt sich 1931 erstmals seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ein Rückgang, während die Ausgaben weiter ansteigen (vgl. Abbildung 10). Bis Ende 1936 befinden sich die Staatseinnahmen im freien Fall und sinken von ihrem

⁷⁰ Vgl. StAW, Rapports de la S.A. fiduciaire suisse à Genève sur le bilan, les comptes de l'Etat. Observations concernant le rapport de la Fiduciaire 1935.

⁷¹ Eigene Übersetzung des französischen Originaltextes ins Deutsche.

Höchststand 1930 um rund -20%. Die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen kann wie aus untenstehender Grafik ersichtlich erst im Jahr 1937 wieder geschlossen werden.



Quelle: Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1928 bis 1939 – eigene Darstellung.

Der Walliser Staatsrat, unter dem Präsidium von Dr. Loretan, unterstreicht im Jahr 1931 aufgrund der Ergebnisse im Staatshaushalt des abgelaufenen Rechnungsjahres die Verschlechterung der Wirtschaftslage im Kanton. In der jährlichen Botschaft an den Grossen Rat zur Staatsrechnung warnt der Staatsratspräsident vor den Folgen der von ihm als „Industriekrise“ bezeichneten Wirtschaftslage und im Speziellen auf ihre Auswirkungen auf die Staatsfinanzen. Deshalb sollen keine neuen Ausgaben durch die Aufnahme von neuen Anleihen mehr getätigt werden. Dieser formulierten Forderung, so zeigt sich in den Folgejahren, wird aber nicht nachgekommen.⁷² Im Gegenteil wurden die immer wieder während dem Jahr gesprochenen zusätzlichen Ausgaben in Form von Nachtragskrediten und der Aufnahme von neuen Anleihen finanziert. Die Verwaltungsrechnung von 1930 weist zwar einen ausgeglichenen Saldo aus, jedoch erhöht sich das Jahresdefizit durch ausserordentliche Belastungen im Strassenbau auf CHF 1.5 Mio. Staatsratspräsident Loretan plädiert für die Kürzung von Ausgaben und weist auf die sich finanziell positiv auswirkenden hohen Beisteuern oder Subventionen und Abgaben, die der Kanton Wallis aus Bern erhält, hin. Zudem ist zu bedenken, dass der Bundesrat in seiner Botschaft zum Kostenvoranschlag für das Jahr 1931 Kürzungen der Subventionen vorsieht. Es wird aufgrund von Einschränkungen bei den

⁷² Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1930, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat, 9.4.1931. S. 95-99.

Bundesausgaben vorgesehen, die zukünftigen Subventionsbewilligungen des Bundes entsprechend restriktiver zu halten. Dies würde den Kanton Wallis ganz besonders treffen, da er doch an vierter Stelle auf der Empfängerliste von Bundessubventionen aller Kantone steht.⁷³ Im Jahr 1930 ist der Passivsaldo (gemeint sind die kumulierten, bilanzierten Defizite) des Kantons Wallis der drittgrösste in der Eidgenossenschaft.⁷⁴

Der Walliser Staatsrat führt das 1931 resultierende Defizit der Verwaltungsrechnung in erster Linie auf die „Weltwirtschaftskrise der Industrie“ zurück (vgl. Abbildung 12). Die Steuereinnahmen aus dem Industriesektor für den Kanton sind einerseits um CHF 250'000 oder -26% zurückgegangen. Andererseits wurden auf der Ausgabenseite während dem genannten Jahr für rund CHF 400'000 Mehrausgaben gegenüber dem Kostenvoranschlag beschlossen. Dazu zählen Beiträge des Staates in die Arbeitslosenversicherung, Strassenarbeiten in St. Barthelémy und diverse Arbeiten für Strassenkorrekturen im ganzen Kanton.⁷⁵ Diese Mehrausgaben konnten trotz unerwarteten Mehreinnahmen durch die eidgenössische Stempelgebühr und Einfuhrzöllen auf Benzin nicht kompensiert werden und waren schlussendlich mitverantwortlich für eine Budgetüberschreitung der Verwaltungsrechnung von 25%. Die ausserordentlichen Ausgaben belaufen sich in diesem Jahr auf rund CHF eine Million und beinhalten erneut vor allem Kosten für den Bau von Bergstrassen. Auf diese wird in einem einzelnen Kapitel später näher eingegangen (vgl. Kap. 5.1.1). Nach dem hohen Gesamtdefizit im Jahr 1930 verzeichnet die Staatsrechnung mit CHF 1.8 Mio. erneut einen starken Defizitzuwachs. Diese Entwicklung wird nun vermehrt zum Thema der politischen Diskussionen. Der Grosse Rat verlangt im November 1931 vom Staatsrat eine Stellungnahme bezüglich der Frage der Entwicklung der Kostenungleichgewichte. Die darin enthaltenen Ausführungen des Finanzdepartements, weisen darauf hin, dass für 1932 mit gewichtigen Einbussen auf der Einnahmeseite von CHF 575'000 gerechnet werden muss. Jedoch besteht das veranschlagte Budgetdefizit von CHF 1.2 Mio. aus rund CHF 700'000 geplanten Mehrausgaben.⁷⁶ Dieses Budgetdefizit liegt deutlich über

⁷³ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1930, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat, Pro Kopf-Berechnung für das Jahr 1929, 9.4.1931.

⁷⁴ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1930, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat, 9.4.1931. S. 99.

⁷⁵ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1931, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat, 15.4.1932.

⁷⁶ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Session ordinaire de novembre 1931, M. Loretan, Chef du Département de finances, Naters-Brigue 1932. S. 20.

demjenigen von CHF 680'000 des vorangegangenen Jahres 1930. Der Grosse Rat wird vom kantonalen Finanzdepartement eindringlich davor gewarnt, weitere nicht vorgesehene Kosten während dem Verwaltungsjahr zu genehmigen und appelliert an die moralische Verantwortung gegenüber der zukünftigen Generation. Weitere Mehrkosten würde die ohnehin schon stark angestiegene Verschuldung des Kantons weiter verschlimmern. Im schweizerischen Vergleich figuriert das Wallis bereits Ende 1930 unter den neun Kantonen die einen Passivüberschuss ausweisen müssen.⁷⁷ Eine Senkung der Ausgaben soll hauptsächlich durch eine Verlangsamung und Passivität der Strassenbauarbeiten erreicht werden, sofern diese nicht der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen:

*„Pour le moment, nous vous proposons les mesures suivantes: [...] 2. ralentir, autant que possible, l'institution des oeuvres de grande envergure que nous avons décrétées, notamment, ne pas pousser trop activement la construction des routes et des bisses. Nous devons nous en tenir, pour l'instant, aux projets les plus urgents et ne pas ouvrir de nouveaux chantiers, si ce n'est pour lutter contre le chômage.“*⁷⁸

Aber gerade durch das Argument der Arbeitslosenbekämpfung verliert die vorgeschlagene Disziplin um das Haushaltsdefizit an Wirkung. Die Warnung des Finanzdepartementes rund um die Verschuldung wird scharf kritisiert. Es wurde während den vergangenen Jahren verpasst, ein Finanzgesetz zu verabschieden, welches entsprechende Mehreinnahmen für den Staat zur Finanzierung der beschlossenen Ausgaben in die Infrastruktur gesichert hätte. So wurde dem Volk nur die halbe Wahrheit zu den Infrastrukturprojekten gezeigt. Und nun, nach Ausbruch der Wirtschaftskrise, haben jegliche Steuererhöhungen beim Volk kein Gehör was zwangsweise zu einer sich verschärfenden Defizitproblematik führt.⁷⁹

Im Grossen Rat wird im November 1931 der Vorschlag gemacht, eine Sparkommission einzusetzen, da die Budget- und Geschäftsprüfungskommission der Regierung nicht über die nötige Zeit verfügt, ein Sparprogramm für den Staatshaushalt auszuarbeiten.⁸⁰ Dadurch zeigt sich, dass das Thema „Sparen im Staatshaushalt“ immer stärker zur

⁷⁷ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du canton du valais, Session ordinaire de novembre 1931, M. Loretan, Chef du Département de finances / M. Pouget, Président de la Commission de budget. S. 22-27.

⁷⁸ Ebenda, Vgl. M. Loretan, Chef du département des finances. S. 23.

⁷⁹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du canton du valais, Session ordinaire de novembre 1931, M. Walther, Naters-Brigue 1932. S. 26.

⁸⁰ Ebenda, Vgl. Abgeordneter Dr. v. Stockalper. S. 33.

politischen Debatte avanciert. Die endgültigen Vorschläge der 1932 gegründeten Sparkommission können der Regierung aus Zeitgründen erst für das Verwaltungsjahr 1934 präsentiert werden.⁸¹ Ein erster Massnahmenkatalog mit fünf Hauptpunkten wird allerdings bereits Ende 1932 dem Grossen Rat unterbreitet. Die wichtigsten Punkte befassen sich mit einer Restrukturierung sowie mit Kosteneinsparungen in der kantonalen Verwaltung und mit einer restriktiveren Politik der Gewährung von Nachtragskrediten.⁸²

Die Politik der Nachtragskredite widerspiegelt sich in der Staatsrechnung im Posten der „ausserordentlichen Ausgaben“. Das Schwergewicht bildet der Strassenbau. Die Sparkommission möchte vom Staatsrat eine Priorisierungsliste über die auszuführenden Strassenprojekte vor dem Hintergrund von deren Nutzen für die Produktivität und deren Dringlichkeit. Es ist Staatsrat Troillet, Vorsteher des Departementes des Innern, welcher sich durchzusetzen vermag. Die Forderung der Sparkommission kann nicht beantwortet werden. Einerseits kann sich ein Tourismusort durch Investitionen in den Strassenbau besser entwickeln, andererseits fordert gleichzeitig ein Bergdorf für seine Landwirtschaft eine Strasse. Welcher der beiden Optionen von Regierungsseite nun finanzielle Mittel zugesprochen werden soll, kann nicht aufgrund von Dringlichkeit oder Nutzen entschieden werden, da dies eine Frage der Perspektive ist. Für Troillet ist klar, dass der Kanton während einer Wirtschaftskrise von den bereits vor Jahren beschlossenen Infrastrukturarbeiten profitieren soll. Dabei kann sich der Kanton Wallis sogar glücklich schätzen, dass er über zahlreiche subventionsberechtigte Projekte verfügt, um der Unterbeschäftigung entgegen zu wirken.⁸³

Im Verwaltungsjahr 1932 wird das geplante Verwaltungsbudget um rund 20% unterboten (vgl. Abbildung 12). Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Gesamtdefizit des Kantons mit einem neuen Höchststand von rund CHF 2 Mio.

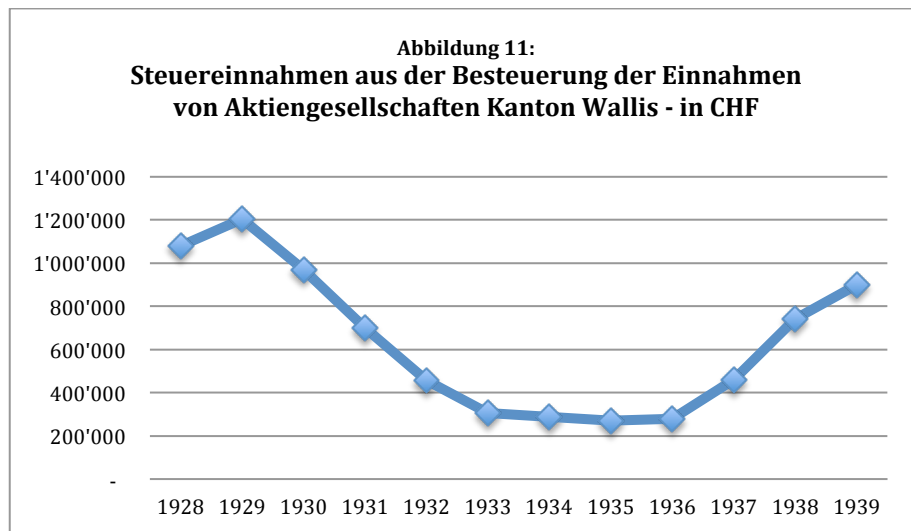
⁸¹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du canton du valais, Séance d'ouverture du 14.11.1932, Bericht der Budgetkommission für das Verwaltungsjahr 1932, Naters-Brigue 1933, S. 17.

⁸² Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Séance du 19.11.1932, Rapport de la commission des économies, Naters-Brigue 1933, S. 152.

⁸³ Ebenda, Vgl. M. Troillet, Chef du Département de l'intérieur, S. 162.

abgeschlossen hat und der Ausgabenüberschuss der Verwaltungsrechnung 17% höher als im Vorjahr zu liegen kommt.

Die Steuereinnahmen aus der Besteuerung der Einnahmen von Aktiengesellschaften sind 1932 auf CHF 456'000 von CHF 1.2 Mio. im Jahr 1929 gesunken.



Quelle: Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1928 bis 1939 – eigene Darstellung.

In seiner Mitteilung zur Staatsrechnung von 1933 äussert sich der Staatsratspräsident Troillet gegenüber dem Grossen Rat mit einer Kritik zum Kostenvoranschlag. Dieser sei zu „steif“ und bringe bereits bei einem geringen Rückgang der Einnahmen den Haushalt ins Ungleichgewicht. Fakt ist, dass der Verwaltungshaushalt um $\frac{2}{3}$ über dem veranschlagten Budget von CHF 0.8 Mio. liegt. Unter Einbezug der ausserordentlichen Kosten liegt das Defizit auf einem Rekordhoch von CHF 3.1 Mio. (vgl. Abbildung 9), wovon Ausgaben im Umfang von CHF 1.7 Mio. für den Bau von Bergstrassen aufgewendet wurden. Trotz Senkung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr vermochten die Einsparungen einen weiteren starken Rückgang der Einnahmen nicht auszugleichen. Zusätzlich gab es in diesem Jahr keine Verteilung von Geldern aus dem eidgenössischen Alkoholmonopol an die Kantone, was einen zusätzlichen Einnahmeausfall zum Budget von CHF 160'000 zur Folge hatte. Des Weiteren schlugen ausserordentliche Kosten einer Anleihenemission von CHF 180'000 zu Buche, zusätzliche Zinskosten auf Bankschulden von CHF 50'000 sowie Nachtragskredite im Umfang von CHF 260'000.⁸⁴

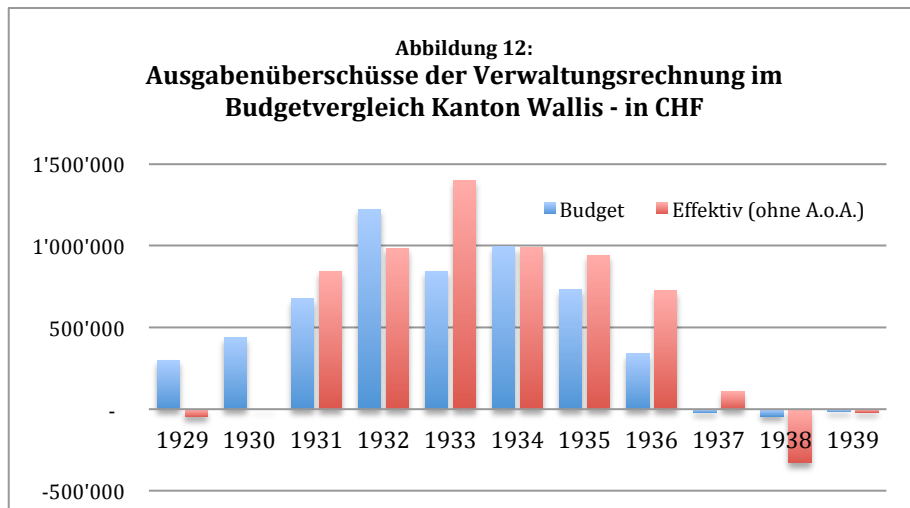
⁸⁴ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1933, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat, 24.4.1934.

4.2 Das sich verschärfende Budgetungleichgewicht

Die Differenz der effektiven Defizite gegenüber den Kostenvoranschlägen, welche jeweils ohne die ausserordentlichen Kosten erstellt werden, ist ab 1931 enorm gross (vgl. statistische Daten, Ausgabenüberschüsse und Kostenvoranschläge S. 79). Grund dafür sind bewilligte Mehrausgaben während dem Rechnungsjahr und die Bewilligung von Nachtragskrediten zu deren Finanzierung. Dieses System ist in dem Sinne nachteilig, als dass es eine gute Finanzverwaltung erschwert und die jeweils vorgenommene Budgetplanung entwertet. Was die Einhaltung des reinen Verwaltungsbudgets betrifft, fällt das Resultat für den untersuchten Zeitraum von 1929 bis 1939 nicht gravierend negativ aus. Es wurde kumuliert über diesen Zeitraum um nur gerade 2.5% überschritten. Diese Defizite betragen lediglich CHF 5.6 Mio. gegenüber einem Gesamtdefizit der Staatsrechnungen zwischen 1929 bis 1939 von CHF 16 Mio. Die Differenz bilden die „ausserordentlichen Ausgaben“ und zeigt die erwähnte Problematik des Systems in aller Deutlichkeit.

Im jährlich erstellten Kostenvoranschlag zur Staatsrechnung für das Jahr 1934 wird 1933 vermerkt, dass darin keine zusätzlichen Mehrausgaben enthalten sind, welche auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise zurückzuführen wären, mit Ausnahme des Beitrages an die Arbeitslosenversicherung. Die während der letzten Jahren sich stetig vermehrenden Defizite (vgl. Abbildung 12) sind auf der Ausgabenseite hauptsächlich auf eine Zunahme der Verwaltungskosten sowie den Unterhalt des Strassennetzes zurückzuführen. Bezüglich den Einnahmen für die kommenden Jahren ist sich der Staatsrat 1933 bewusst, dass diese zumindest auf dem akutellen tieferen Niveau bleiben, wenn nicht gar weiter zurückgehen werden. Für eine Besserung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sieht er zu diesem Zeitpunkt keine Anzeichen. Um dem Rückgang der Einnahmen entgegenzuwirken stehen diverse Projekte wie die Erhöhung des Steuerfusses, Erhebungen neuer Steuern auf Erbschaften und Schenkungen, eine ausserordentliche Krisensteuer oder die Anhebung des Salzpreises zur Diskussion.⁸⁵

⁸⁵ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates Wallis für das Verwaltungsjahr 1934, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat vom 10.10.1933.



Quelle: Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 bis 1939 – eigene Darstellung.

Ende 1933 betragen die Staatsschulden des Kantons Wallis CHF 37 Mio.⁸⁶ Staatsrat Maurice Troillet legt dem Grossen Rat im November 1933 seinen Budgetvoranschlag vor, der eine weitere Erhöhung des Defizits um CHF 1.5 Mio. vorsieht. Zu dieser Zeit sind die Staatsräte Escher, der nun Vorsteher des Finanzdepartementes ist und Pitteloud gegenüber Troillet, Loretan und Cocatrix in der politischen Unterzahl. Gegen den Budgetvoranschlag von Troillet wehrt sich der Oberwalliser Escher vehement. Auch mit der vorgeschlagenen Steuererhöhung von 25% ist er nicht einverstanden. Anstelle dessen setzt sich Escher für eine Reduktion der Kantonssubventionen sowie der Senkung der Kosten in der Verwaltung ein. Nicht etwa die Wirtschaftskrise war in seinen Augen Schuld an der stetig wachsenden Schuldenlast des Kantons der letzten Jahre. Seiner Meinung nach lebte der Staat klar über seinen Verhältnissen. Dabei habe die Administration unglaublich hohe Ausgaben verursacht und der Staat müsse für alles sorgen. Eine regelrechte Jagd auf Subventionen und die Idee, wonach nichts ohne den Staat gemacht werden könne, dominiere ein verantwortungsloses Verhalten der Akteure. Escher bedient sich bei seiner Argumentation einem 1933 erstellten Expertenbericht. Dieser Bericht thematisiert, unter der Führung der Nationalräte Mäder Kanton St. Gallen und Seiler Kanton Basel-Land, die Staatswirtschaft und empfiehlt Sparmassnahmen, Reorganisation des Steuerwesens und die Neuverteilung von Aufgabenbereichen in den einzelnen Staatsdepartementen.⁸⁷

⁸⁶ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1933.

⁸⁷ Vgl. Guex, Le demi-siècle de Maurice Troillet, S. 42.

Der Grosse Rat lehnt das präsentierte Budget infolge dieser politischen Debatten ab und stellt neue Anforderungen und Massnahmen vor allem in den Bereichen der Verwaltung und der Kantonssubventionen an Gemeinden und Private. Schliesslich werden Kantonssubventionen per Dekret für die Jahre 1934 und 1935 um 20% reduziert.⁸⁸ Im Februar 1934 genehmigt sodann der Grosse Rat das neu vorgelegte Budget mit einer Reduktion des vorgesehenen Jahresdefizites der Verwaltungsrechnung von ursprünglich CHF 1.5 Mio. auf CHF 1 Mio. Eine drastische Sparmassnahme um den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen erleben 1934 die Staatsangestellten. Der Staat kürzt die ausbezahlten Gehälter, Zulagen, Honorare, Taggelder und andere Entschädigungen. Davon betroffen sind Magistraten, Beamte, Angestellte und staatlich angestellte Handwerker. Die Höhe der Kürzung beträgt 6% und tritt per Dekret vom 8. Februar 1934 rückwirkend per 1.1. und ohne Volksabstimmung in Kraft. Betroffen sind auch die Angestellten der Walliser Kantonalbank.⁸⁹ Ein Jahr später wird im Grossen Rat entschieden, das erlassene Dekret auch für das Jahr 1935 anzuwenden.⁹⁰

Die beschlossenen Sparmassnahmen zeigen ihre Wirkung und so schliesst die Verwaltungsrechnung des Jahres 1934 mit einem Defizit im Rahmen des Kostenvoranschlags von CHF einer Million ab (vgl. Abbildung 12). Endlich hat die Regierung die Nachtragskredite auf ein Minimum reduziert. Einzige Ausnahmen sind die finanzielle Unterstützung der sich zunehmend in wirtschaftlicher Schieflage befindenden Furka-Oberalp-Bahn sowie Zuwendungen an die Arbeitslosenversicherung, welche während dem Jahr beschlossen wurden.⁹¹

In diesen Jahren herrscht im Wallis politisch ein explosives Klima. Dazu wird untenstehend ein Ereignis, welches sich am 16. Mai 1934 auf der Planta in Sitten nach einer politischen Sitzung gemäss Berichterstattung im „Walliser Boten“ abgespielt haben soll, zitiert:

„Staatsrat Troillet interpellierte hier auf öffentlicher Strasse Grossrat von Stockalper, ob er nachmittags der konservativen Gruppenversammlung beiwohnen werde, was von

⁸⁸ Vgl. Guex, Le demi-siècle de Maurice Troillet, S. 44.

⁸⁹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 8.2.1934 betreffend der Herabsetzung der Gehälter, S. 6.

⁹⁰ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 2.3.1935 betreffend Anwendung Dekret vom 8.2.1934, S. 126.

⁹¹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1934, Mitteilung Staatsrat an den Grossen Rat, 26.4.1935. S. 105.

Stockalper verneinte. Wie Zeugen erklären, soll hierauf Staatsrat Troillet Grossrat von Stockalper Feigheit vorgeworfen haben. Als sich letzter gegen solche Vorwürfe verwahrte, soll er kurzerhand von Herrn Troillet einen Schlag ins Gesicht erhalten haben. Der Geschlagene setzte sich zur Wehr, worauf ihm Herr Troillet dann noch einen Fusstritt versetzte. Gegenwärtig waren auch noch Staatsrat Dr. Loretan und Nationalrat Dr. Petrig, die sich schreiend in den Streit einmischten. Einige Angestellte des Departementes des Innern eilten herbei, um ihrem Chef die davonfliegenden Papiere zu sammeln.“⁹²

Nach einem jahrelangen strafrechtlichen Verfahren bezüglich dieses Vorfalls einigen sich von Stockalper und Troillet 1938 auf einen Vergleich und ziehen ihre jeweiligen Klagen zurück.⁹³

4.3 Sparprogramm und Revisionsbericht von 1935

Die Sparkommission des Finanzdepartementes erarbeitete seit dem Jahr 1932 Massnahmen, welche eine Reduktion der Ausgaben im Staatshaushalt von CHF 405'000 pro Jahr vorsehen. Ein Hauptpunkt darin ist die Reorganisation und damit verbundene Kosteneinsparungen in der Verwaltung. Staatsrat Escher beauftragt anlässlich der Revision der Staatsrechnung des Jahres 1934 die „Société Anonyme Fiduciaire Suisse“ in Genf das Sparprogramm zu analysieren. Die angestrebten Einsparungen sind nach Einschätzung der Revisionsgesellschaft zur Herstellung des Haushaltgleichgewichts bedeutend zu gering. Hingegen erachtet die Genfer Firma die geplanten Schritte zur Reorganisation der Verwaltung als richtig. Sparpotenzial sieht sie besonders bei den Ausgaben des Staates für die Gemeinden in den Bereichen der Zivilstandesämter, bei den Primarlehrerentschädigungen und der Arbeitslosenversicherung der Gemeindeangestellten oder bei den Ausgaben zum Unterhalt der Strassen.

Auch in dem vom Kanton während den letzten Jahren stark unterstützten Landwirtschaftssektor weist die Revisionsgesellschaft den Staatsrat auf Sparpotenzial hin. So wird vermerkt, dass sich im Weinbau die Staatsausgaben im abgelaufenen Jahr auf CHF 131'000 belaufen. Da dies ein beträchtlicher Betrag ist, sei es vorstellbar, die Subventionen für den Wiederaufbau der Weinberge während den nächsten Jahren zu verlangsamen, zumal bereits für den Kampf gegen die Reblaus grosse Summen

⁹² Vgl. Walliser Bote, Nr. 40, 1934.

⁹³ Vgl. Grichting, Das Oberwallis 1840 – 1990.

zugesprochen werden. Bezüglich den Subventionen zugunsten der Viehhalter welche 1934 CHF 74'000 betrugen, wird vorgeschlagen, dass sich letztere an den Versicherungsprämien in Zukunft mitbeteiligen, wie dies in vielen anderen Kantonen auch der Fall ist.⁹⁴

4.4 Der Beschluss einer kantonalen Krisensteuer

Im Jahr 1936 schlägt Staatsrat Troillet eine einmalige Krisensteuer vor, damit die geplanten Ausgaben zur Bekämpfung der Krise nicht gekürzt werden. Diese soll zusätzliche Mittel in die Staatskasse bringen. Dabei ist es Troillet, der in den politischen Debatten immer wieder davor warnt, nur die Verschuldung des Staates im Fokus zu haben. Er erinnert an die sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Kanton und an die Verantwortung des Staates in diesen schwierigen Zeiten gegenüber der Bevölkerung und im Speziellen den überschuldeten Bauern.⁹⁵ Das Dekret wird im Juli vom Grossen Rat verabschiedet und im August vom Stimmvolk mit 7751 Ja- gegen 4755 Nein-Stimmen angenommen. Die Stimmbeteiligung im Kanton liegt bei eher tiefen 33%.⁹⁶ Die Mittel aus der einmaligen Steuer dienen der Finanzierung der vom Grossen Rat beschlossenen ausserordentlichen Ausgaben für die Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kanton.⁹⁷ Alle Bezirke des Oberwallis lehnen diese kantonale Krisenabgabe ab. Kritisiert wird an der neuen Steuer eine Ausweitung der ihr unterliegenden Steuerpflichtigen und eine fiskalische Mehrbelastung der sich ohnehin schon in wirtschaftlich schwierigen Zeiten befindenden Industrieunternehmen im Kanton. Durch die Einführung neuer Steuerbelastungen würde die Gefahr eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosen in Kauf genommen.⁹⁸ Es ist im Abstimmungstext auch nicht klar definiert, welche Einkommen besteuert werden sollen und zu welchem

⁹⁴ Vgl. Rapport de la Société Fiduciaire Suisse à Genève du 4.9.1935, Equilibre budgétaire et programme d'économies à réaliser, S. 128.

⁹⁵ Vgl. Guex, Le demi-siècle de Maurice Troillet.

⁹⁶ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1936, Dépt. de l'intérieur, S 2. und Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 8.7.1936 betreffend Schaffung einer kantonalen Krisensteuer für das Jahr 1936, S. 55.

⁹⁷ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 11.11.1936 betr. der Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, S. 111.

⁹⁸ Vgl. Briger Anzeiger, Die kantonale Krisensteuer, Nr. 87, 1936.

Steuersatz. Die von der Presse veröffentlichten Kommentare im Vorfeld der Abstimmung sind je nach politischer Orientierung entsprechend formuliert.⁹⁹

Das Jahr 1935 wird durch schwere Überschwemmungen der Rhone überschattet, worauf notgedrungen die zweite grosse Rhonekorrektur beschlossen wird. Dies ist ein schwerer Schlag für Bevölkerung und Landwirtschaft. Zugleich sind die Überschwemmungen jedoch Anstoss für neue Investitionen und Beschäftigung im Kanton. Darauf wird in einem späteren Abschnitt explizit eingegangen (vgl. Kap. 5.1.2). Das Defizit der Verwaltungsrechnung liegt auf demselben Niveau wie im Vorjahr und doch übersteigt es den Kostenvoranschlag um 29%. Die Überschreitung entstand einerseits durch den Wegfall des den Kantonen bis anhin ausbezahlten Anteils am eidgenössischen Alkoholmonopol im Umfang von CHF 95'000, andererseits durch Schäden an der staatlichen Landwirtschaftsschule von Châteauneuf über CHF 106'000 aufgrund der erwähnten Rhoneüberschwemmung.¹⁰⁰

4.5 Eidgenössische Krisenabgabe und die Einordnung des Kantons Wallis

Die eidgenössische Krisenabgabe wird mit dem Finanzprogramm des Bundes von 1933 beschlossen und kopiert die zweite ausserordentliche Kriegssteuer. Neben dem Einkommen werden auch Vermögen von Privatpersonen über CHF 50'000 besteuert. Die Steuer dient vor allem der Sanierung der Bundesfinanzen und da auch die Kantone unter Steuerausfällen aufgrund der Wirtschaftskrise leiden, schlägt der Bundesrat vor, die Beteiligung für die Kantone von den üblichen 20% auf 33 1/3% zu erhöhen. Die kantonalen Finanzdirektoren wollen aber 40% für die Kantonskasse und können ihre Forderung durchsetzen.¹⁰¹

Die Abgabe wird in zweijährigen Perioden erhoben, erstmals 1934/1935. Für die Periode 1936/1937 beträgt sie im Kanton Wallis für natürliche Personen CHF 534'364

⁹⁹ Vgl. Briger Anzeiger, Die kantonale Krisensteuer, Nr. 86, 1936. „Der Nouvelliste schreibt von einer äusserst bescheidenen Steuer, im Confédéré ist zu lesen, dass nur Einkommen ab CHF 4'000 und Vermögen über CHF 20'000 besteuert werden und die Tribune de Lausanne schreibt von Einkommen über CHF 5'000 und Vermögen über CHF 25'000.“

¹⁰⁰ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1935, Mitteilung Staatsrat an Grossen Rat, 18.4.1936.

¹⁰¹ Vgl. Scherrer, Die Steuerpolitik des Bundes während der Wirtschaftsdepression der dreissiger Jahre (1930-38), S. 40-44.

und repräsentiert 0.86% der schweizerischen Gesamteinnahmen. Rechnet man die Abgaben der juristischen Steuerpflichtigen dazu, beträgt sie im Wallis Total CHF 889'501 was 0.9% des eidgenössischen Totals entspricht. Damit liegt der Kanton Wallis im Landesvergleich auf dem viertletzten Rang. Nur noch vor den Kantonen Uri, Obwalden und Appenzell Innerrhoden, welche mit ihren Abgaben jeweils nicht über 0.12% am schweizerischem Total hinauskommen. Die allgemeinen finanziellen Verhältnisse der Bevölkerung können aufgrund der Erhebungszahlen dieser Steuer durch das Verhältnis der steuerpflichtigen natürlichen Personen zur Wohnbevölkerung aufgezeigt werden. Auf 1'000 Einwohner unterliegen dieser Steuer im Kanton Wallis 28 Personen (vgl. Tabelle unten).¹⁰²

| Ausgewählte Kantone | Steuerpflichtige auf 1'000 Einwohner | Rangierung auf Landesebene |
|---------------------|---|-------------------------------|
| Basel-Stadt | 160 | 1 |
| Genf | 110 | 2 |
| Zürich | 101 | 3 |
| Bern | 74 | 7 |
| Luzern | 58 | 13 |
| Tessin | 45 | 16 |
| Graubünden | 45 | 17 |
| Wallis | 28 | 22 |

Das finanzielle Gefälle der Steuerpflichtigen innerhalb des Kantons Wallis ist extrem stark. Dies zeigt sich anhand der Steuerstatistiken der eidgenössischen Krisensteuer 1936/1937. So entrichteten 87.5% der Steuerpflichten natürlichen Personen im Kanton Wallis nur 34.4% der gesamten Abgabe. Für 34% der Steuer kommen im Wallis 22 Steuerpflichtige natürliche Personen auf. Es gibt laut Dokumentation des kantonalen Finanzdepartementes über die Vermögenssteuer von Privatpersonen im Kanton Wallis 1936/1937 vier Millionäre.¹⁰³

1936 stabilisieren sich zumindest die Einnahmen des Kantons erstmals seit Ausbruch der Krise. Die Ausgabenseite der Verwaltungsrechnung wurde dank grossen Anstrengungen während den letzten sechs Jahren um 13% reduziert. Als wichtigstes Ereignis in diesem Jahr erachtet man im Wallis die am 27. September beschlossene Abwertung des Schweizer Frankens. Jedoch kann die Kantonsregierung auch sieben Monate nach dieser Massnahme noch nicht einschätzen, wie sich die Abwertung indirekt

¹⁰² Vgl. StAW, Staatistische Quellenwerke der Schweiz, Eidgenössische Krisenabgabe, S. 25-26.

¹⁰³ Ebenda, Vgl. S. 43.

auf ihre Finanzen auswirken wird. Entsprechend weist der Staatsrat darauf hin, dass die Abwertung nicht das Gleichgewicht im Haushalt der öffentlichen Kooperationen herstellen wird. Dafür wird eine wirtschaftliche Belebung sowie eine Zunahme der Steuererträge und eine Minderung der Soziallasten benötigt.¹⁰⁴ Die Dekrete von 1935 zu den vorübergehenden Massnahmen zur Verbesserung des Kostenvoranschlages werden im Jahre 1936 erneuert. So werden die Kantonssubventionen an Gemeinden und Private für die Jahre 1936 und 1937 erneut um 20% gekürzt.¹⁰⁵ Im Weiterem werden nach Annahme von Postulaten der Finanzkommission durch den Grossen Rat und aus der absoluten Notwendigkeit das Budget auszugleichen, die Kantonssubventionen an die Pensionskasse der Staatsangestellten von 7% auf 5% und diejenigen des Lehrpersonals von 5% auf 4% gekürzt. Ebenfalls werden gesetzlich vorgesehene Mindestpreise und Steuersätze von Tafelsalz, Reisepässen, Fahrbewilligungen für Automobile und Einbürgerungen erhöht.¹⁰⁶

Nachdem im Jahr 1936 wieder ein deutliches Verwaltungsdefizit resultiert, welches gar doppelt so hoch als der Kostenvoranschlag ist (vgl. Abbildung 12), werden für das Jahr 1937 wiederholt drastische Sparmassnahmen beschlossen. So sollen alle der zur Umsetzung dieses Dekrets entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen vorübergehend aufgehoben werden. Sämtliche Subventionen, die keine gesetzliche Grundlage haben werden gestrichen. Die gesetzlichen Beiträge des Staates an Gemeinden, Korporationen oder Private werden zwischen 10% bis 30% reduziert. Ausgenommen sind allerdings die Beitragszahlungen für Bergstrassen und Wasserleitungen, da für diese die Fremdfinanzierung vom Stimmvolk beschlossen wurde. Es kommt zur erneuten Anwendung des Dekretes aus dem Jahr 1934 über die Herabstufung der Gehälter und Entschädigungen von Lehrern, Gerichtsbeamten und andere durch den Staat bezahlte Arbeitnehmer. Für Regierungsstadthalter und Schulprofessoren wird das Gehalt neu gar um 10% gekürzt. Ebenfalls werden diverse Sitzungsgelder und andere Entschädigungen von Regierungsvertreten reduziert oder aufgehoben. Nachtragskredite während dem Jahr werden ohne Abstimmung im Grossen Rat vom Staatsrat nicht mehr gewährt. Weiter werden eine ganze Serie von Gebühren

¹⁰⁴ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1936, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat, 24.4.1937.

¹⁰⁵ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 7.2.1936 betreffend vorübergehender Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts, S. 15.

¹⁰⁶ Ebenda, Vgl. S. 22.

und Abgaben erhöht. Die Massnahmen treffen zahlreiche Bereiche des Alltags wie zum Beispiel die Jagd und Fischerei, Hundebesitzer, das Kinotheater, das Tafelsalz und die Einbürgerungen.¹⁰⁷ Dank einer Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität sind die Einnahmen aus den direkten Steuern 1937 um 8.5% oder CHF 250'000 höher als im Kostenvoranschlag vorgesehen. Aus den eidgenössischen Stempelabgaben verzeichnet die Staatsrechnung eine Mehreinnahme. Gegenüber der effektiven Rechnung 1936 steigen die direkten Steuereinnahmen um 13% oder CHF 370'000 an.¹⁰⁸

4.6 Verhandlungen mit den vier grossen Industrieunternehmen

Nach Angaben des Chefs des Finanzdepartementes ist es nicht möglich auf die mittlerweile geplanten jährlichen ausserordentlichen Ausgaben des Staates von rund CHF 730'000 zu verzichten. Der Verwaltungshaushalt ist nach den vollzogenen Sparanstrengungen der letzten Jahre wieder im Gleichgewicht. Damit das finanzielle Gleichgewicht beibehalten werden kann, besteht die Notwendigkeit, neue Einnahmen zu realisieren. In diesem Zusammenhang finden 1938 Verhandlungen des kantonalen Finanzdepartementes mit den vier Industriekonzerne AIAG, Lonza, CIBA und EOS statt. Die Industriekonzerne sind daran interessiert, dass über die nächsten zehn Jahre einerseits auf Gemeindeebene ihre Fiskalbelastung nicht erhöht wird und andererseits für sie keine weiteren kantonalen Steuersatzerhöhungen verabschiedet werden. Ebenso wollen sie einen einheitlichen Satz der Besteuerung der Hydro-Elektrizität, angewendet ausschliesslich auf die effektive Energieproduktion. Im Gegenzug werden diese Zusagen der Regierung durch eine Erhöhung des Steuerkoeffizienten für die Berechnung der Gewinnsteuer kompensiert.

Dabei sichert sich der Kanton Wallis von den vier Konzernen rund CHF 200'000 Steuermehreinnahmen. Für das aktuelle Budget des kantonalen Haushalts werden durch diese Vereinbarung die Hälfte, der noch benötigten CHF 400'000 gesichert. Für die vier Konzerne bedeutet die Vereinbarung im Durchschnitt eine Steuererhöhung von rund +45% für das kommende Fiskaljahr.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 13.11.1936 betreffend vorübergehender Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts, S. 113-116.

¹⁰⁸ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1937.

¹⁰⁹ Vgl. StAW, Lois sur l'impôt, Exposé du point de vue des quatre entreprises AIAG, Lonza, CIBA, EOS à la suite de l'entretien avec le Chef du Département des Finances du 13.12.1938.

1937 ist der Zeitabschnitt der jährlich steigenden Defizite abgeschlossen. Es wird erstmals wieder ein deutlicher Defizitrückgang in der Verwaltungsrechnung erzielt. Das Defizit liegt 80% unter dem Höchststand von 1933. Im Jahr 1938 weist die Verwaltungsrechnung erstmals seit 1930 wieder einen Aktivsaldo aus. Die nach 1933 vorgenommenen Sparanstrengungen auf Grund des Expertenberichts Mäder und Seiler trugen wesentlich zur Verbesserung des Staatshaushaltes auf der Ausgabenseite bei. So liegen die vorangeschlagenen Nettoausgaben für das Jahr 1939 um CHF 288'000 unter dem im Expertenbericht zur langfristigen Wiederherstellung des Finanzgleichgewichtes vorgeschlagenen Nettoausgaben.¹¹⁰

Im Jahr 1939 beginnt mit der Kriegsmobilmachung ein neues ereignisreiches Kapitel der Weltgeschichte. Die erste Etappe zur Sanierung der Staatsfinanzen im Wallis zeichnete sich allmählich ab. Dies vor allem dank Mehreinnahmen aus Steuererträgen von der Industrie. Vier Monate Mobilmachung forderten Zusatzkosten für die Lehrerersetzung, diverses Hilfspersonal, Aufstockung der Vorräte und Mittel für die Militärunterstützung. Die Verwaltungsrechnung schliesst gerade noch mit einem ausgeglichenen Saldo ab, nachdem im Jahr zuvor noch ein Plus von 2.8% oder CHF 300'000 resultierte (vgl. Abbildung 12).¹¹¹ Für das Budget von 1940 wird im Kanton Wallis ein Spezialvoranschlag für die Mobilmachung von CHF 1.5 Mio. verabschiedet. Trotz der misslichen Lage will der Staatsrat sich keiner planlosen Finanzpolitik hingeben und entsprechend weiter bestrebt bleiben, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten.¹¹²

4.7 Die Revision des kantonalen Steuergesetzes

Bereits im Jahr 1922 nahm sich der Walliser Staatsrat einem Projekt zur Überarbeitung des als veraltet und nicht mehr den modernen Rechtsbegriffen der Gegenwart Rechnung tragenden Kantonalen Steuergesetzes an. Weitere Projekte in diesem Zusammenhang

Die Industriekonzerne fordern ebenfalls eine Reduktion der Steuersätze auf Kapital und Reserven von 3⁰/₀₀ auf 2.5⁰/₀₀ und des komplementäre Steuersatzes von 3⁰/₀₀ auf 2.5⁰/₀₀. Die Erhöhung des Steuereffizienten für die Gewinnbesteuerung soll von 0.5 auf 0.6 angehoben werden und der Maximalsteuersatz von 11% auf 12%.

¹¹⁰ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Session ordinaire février 1939, le projet de loi sur les impôts cantonaux et communaux, S. 40.

¹¹¹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1939.

¹¹² Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1939, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat, 13.4.1940.

folgen in den Jahren 1930 über die Besteuerung von juristischen Personen sowie 1932 über die Kantons- und Gemeindesteuern. Trotzdem müssen diese Projekte aufgrund der eingetretenen Wirtschaftskrise und entsprechend anderer Prioritäten wieder zur Seite geschoben werden. Hingegen beschäftigt die Frage der Anpassung des kantonalen Steuergesetzes während den Dreissigerjahren die Politik immer wieder. 1935 wird durch eine Volksinitiative die Revision des Fiskalregimes im Kanton beantragt. Die schwachen Steuererträge des Kantons der vergangenen Jahre haben ihren Ursprung nicht nur in der Tatsache, dass das Walliser Volk nicht mehr als so stark fiskalisch belastet werden kann. Nach Beurteilung einer eingesetzten Finanzexpertengruppe liegen die Probleme bei einer ungenügenden Ausnutzung der möglichen Fiskalquellen. Durch eine Beseitigung dieser Mängel würden sich nicht nur die Fiskaleinnahmen erhöhen, sondern es gäbe auch eine gerechtere Verteilung der Fiskalbelastungen. Die politische Schwierigkeit dieser Gesetzesänderungen liegt einerseits darin, dass in den gegenwärtig wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Stimmvolk Änderungen in Steuersachen eher misstrauisch gegenüber steht. Andererseits ist aber die Erholung der Wirtschaftskrise nur schwer abschätzbar und gerade auch deshalb sind die Missstände im Fiskalrecht bald möglichst zu beseitigen. Die Wirtschaftslage hat sich 1937 im Vergleich zu den vorigen Jahren in vielen Sektoren merklich verbessert und daher scheint nun ein geeigneter Zeitpunkt die Neuerungen politisch umzusetzen.

Ohne auf die einzelnen Punkte einzugehen, strebt die Revision des Steuergesetzes die Änderung grundsätzlicher Prinzipien an. Eine gleichmässige Fiskalbelastung der Steuerzahler und klar verständliche, nicht gegensätzliche und transparentere Steuergesetze werden angestrebt. Die Stabilisierung der Steuereinnahmen für den Staat, so dass in Jahren von schwächeren Einnahmen nicht ausserordentliche Steuern eingeführt und zusätzliche exzessive Anleihen aufgenommen werden müssen, sind weitere zentrale Ziele.

Die Revision wird 1937 als dringend und unausweichlich bezeichnet. Das kantonale Finanzdepartement ist sich den politischen Hürden einer solchen Revision bewusst. Die Bemühungen sind gross, alle interessierten Akteure in die Ausarbeitung miteinzubeziehen und anzuhören. Das erklärte Ziel ist dabei, den Kanton in seiner wirtschaftlichen und sozialen zukünftigen Entwicklung weiter voran zu bringen und an die Gegenwart anzupassen.

In seinen politischen Berichten adressiert an den Grossen Rat, appelliert das Finanzdepartement an den Walliser Patriotismus, an die Solidarität untereinander und an die nötige Disziplin, um ein solches Projekt erfolgreich zu gestalten.¹¹³

Das Projekt über das neue Steuergesetz wird ab Februar 1939 im Grossen Rat intensiv behandelt. Inhaltlich stützt sich dieses auch auf den der Regierung im Jahre 1935 vorgelegten Revisorenbericht der „Société Anonyme Fiduciaire Suisse“ über den Walliser Staatshaushalt. Unter anderem fixierte der Revisor die jährliche Schuldenamortisation auf CHF 0.5 Mio. um über die nächsten fünfzig Jahre die Passivüberschüsse abzubauen. Jegliche neue Aufnahme von Anleihen zur Finanzierung von ausserordentlichen Ausgaben sollte verhindert werden. Dies soll durch zusätzliche Einnahmen aufgrund des neuen Steuergesetzes erreicht werden.¹¹⁴

4.8 Die undurchsichtige Finanzübersicht bei den Gemeinden

Das Departement des Innern stellt 1929 fest, dass die Jahresrechnungen der Gemeinden immer sauberer geführt werden. Jedoch sind die Bilanzen immer noch unvollständig, was eine umfassende Übersicht über die Finanzlage der einzelnen Gemeinden verunmöglicht. 1933 scheinen sich die Buchhaltungspraktiken der Gemeinden verbessert zu haben. Vor allem im französischsprachigen Teil des Kantons zeigen sich die kantonalen Inspektoren mit den Gemeinden und deren Buchhaltungsführung zufrieden. Im Oberwallis hingegen werden für eine Mehrheit der Gemeinden gravierende Mängel bei der Buchführung festgestellt. Deren Arbeitsweise wird als „primitiv“ bezeichnet. Eine Professionalisierung zur Erhöhung der Sicherheit und für eine bessere Übersicht der finanziellen Lage muss nach Einschätzung der kantonalen Finanzinspektoren dringend voran getrieben werden.¹¹⁵

Die Zunahme der Verschuldung des Kantons während den letzten Jahren (vgl. Kap. 4.1) sorgt vermehrt für Diskussionsstoff und das erklärte Ziel, diese zumindest nicht weiter anwachsen zu lassen, muss auch auf Gemeindeebene umgesetzt werden. Das Problem der mangelhaft geführten Buchhaltung der Gemeinden hat sich in den Dreissigerjahren

¹¹³ Vgl. StAW, Lois sur l'impôt, Message concernant la revision de la loi fiscale du 5.11.1937.

¹¹⁴ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Session ordinaire février 1939, le projet de loi sur les impôts cantonaux et communaux, S. 41.

¹¹⁵ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1933, Dépt. de l'intérieur, S. 3-4.

nicht wesentlich verbessert. 1938 stellt das Departement des Innern fest, dass die Verschuldung der Gemeinden regelmässig und rasch ansteigt und die Berichterstattung die jeweiligen Abschlussbilanzen Ende Jahr verschönert. Die darin wiedergegebenen Zahlen entsprechen in keiner Weise der Realität.¹¹⁶

Die Auflagen des Walliser Finanzdepartementes zur im Jahre 1939 unabwendbar gewordenen Sanierung der Gemeinde Raron illustrieren anhand eines konkreten Beispiels wie schwerwiegend die finanziellen Praktiken in einigen Gemeinden gewesen sein müssen. Die Gemeindeverwaltung des Rilkedorfes Raron wird als Konsequenz der Sanierung einer engen staatlichen Finanzkontrolle unterworfen. Kostenvoranschlag, Bilanz und Verwaltungsrechnung sind jährlich von der Gemeinde an das kantonale Finanzdepartement einzureichen und zwar bevor diese der Urversammlung bekannt gemacht werden. Jegliche neuen Zahlungsverpflichtungen und Anleihen in irgendwelcher Form sind vorab vom Finanzdepartement zu bewilligen. Ferner kontrolliert das Finanzdepartement alle sechs Monate die Steuereinnahmen. Zudem muss das kantonale Finanzdepartement seinerseits dem Staatsrat jährlich einen detaillierten Finanzbericht über die Gemeinde Raron unterbreiten.¹¹⁷

Das angewandte System der Buchführung entspricht bei einer Vielzahl von Gemeinden im Kanton Wallis nicht den Anforderungen des Finanzdepartementes. Erst 1940 geht der Staat die Problematik aktiv an und will nun endlich ein einheitliches und einfaches Buchhaltungssystem für alle Gemeinden einführen.¹¹⁸

4.9 Kantonale ausserordentliche Ausgaben und Bundessubventionen

Ansatzweise widerspiegeln sich in den Aktiven der Walliser Staatsrechnung die von der Kantonsregierung beschlossenen Ausgaben zur Unterstützung und Entwicklung der Wirtschaft (vgl. S. 23). Ein durch die Unterstützungsmassnahmen entstandener wirtschaftlicher Mehrwert zu bestimmen, ist ein schwieriges Unterfangen. Die verschiedenen Investitionen des Staates sollen über eine Unterstützung hinausgehen

¹¹⁶ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1938, Dépt. de l'intérieur, S. 3.

¹¹⁷ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 24. Mai 1939 betreffend Sanierung der finanziellen Lage der Gemeinde Raron, S. 291-292.

¹¹⁸ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1940, Dépt. de l'intérieur, S. 4.

und langfristig zu Mehrwert in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Interesses für den ganzen Kanton führen. Neben den kantonal aufgewendeten Unterstützungsmitteln auch nicht zu vergessen sind die Bundessubventionen (vgl. Abbildung 14).

Die Entsumpfungsarbeiten der Rhoneebene in Glis, Visp-Raron, Turtmann-Leuk, Sion-Riddes, Riddes-Martigny, Monthey-Lac Léman führen zu landwirtschaftlich neu nutzbaren Flächen. Seit Anfang der Arbeiten im Jahr 1915 bis Mitte der Dreissigerjahre konnten so 3'754 Hektaren nutzbarer Boden geschaffen werden.¹¹⁹ Diese Zahl kann einen Hinweis auf einen möglichen wirtschaftlichen Mehrwert geben. Für eine genauere Quantifizierung müsste mit einem Rechnungsmodell und unter Einbezug zahlreicher Faktoren wie den genauen Absatzzahlen und Preisen der Ernte der entstandene volkswirtschaftliche Mehrwert ermittelt werden. Eine solche Analyse würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Gleiches gilt für eine Bestimmung des geschaffenen Mehrwertes entstanden durch einen weiteren wichtigen Bereich der Finanzpolitik des Kanton Wallis während den Dreissigerjahren, nämlich den Ausbau des Strassennetzes (vgl. Kap. 5.1.1). Der Ausbau der Bergstrassen erleichtert die Verbindung verschiedener Bergdörfer und ganzer Seitentäler zu der Talebene. Diese Projekte bedeuten für den Kanton sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt. Sie erleichtern den Handel für die Bergdörfer, die Bewirtschaftung der Wälder und abgelegener Grundstücke sowie die Weiterentwicklung des Tourismus.

Die Walliser Politik setzt sich bei den politischen Debatten in Bern während der Wirtschaftskrise der Dreissigerjahre stark für Bundesmittel zugunsten seiner Landwirtschaft und für den Ausbau der Bergstrassen ein (vgl. Abbildung 14). Die Walliser Politik ist gegen die Verwendung von Bundesmitteln für die Arbeitslosenversicherung. Dies erstaunt aufgrund der starken landwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur des Kantons nicht weiter. Breite Teile der Bevölkerung sind keiner Arbeitslosenkasse angeschlossen. Diese Politik kommt auch in einer vom Walliser Nationalrat Maurice Troillet im Jahr 1933 gehaltenen Rede über die Bundesfinanzen im Parlament beispielhaft zum Ausdruck.¹²⁰ Die Schweizer Regierung plant CHF 62 Mio. in die Arbeitslosenkasse zur Bekämpfung der Krise einzuzahlen. Troillet bezeichnet dies als unverhältnismässig, da für den Zeitraum 1885 bis 1933 mit CHF 65 Mio. praktisch

¹¹⁹ Vgl. StAW, Rapports de la S.A. fiduciaire suisse à Genève sur le bilan, les comptes de l'Etat. Observations concernant le rapport de la Fiduciaire 1935.

¹²⁰ Vgl. Guex, Maurice Troillet und das moderne Wallis, S. 39.

dieselbe Summe dafür ausgegeben wurde. Die Lösung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sieht er nicht in der Auszahlung von Arbeitslosengeldern. Vielmehr muss der Staat für Arbeitsmöglichkeiten sorgen, indem er zum Beispiel weiter in den Strassenbau investiert. Weiter schlägt Troillet in seiner Argumentation folgende Massnahmen zu einer Verbesserung der inländischen Beschäftigung vor:¹²¹

- Angestellte in Hotellerie und Baugewerbe wurden immer als Saisonniers behandelt und sollen nicht plötzlich die Arbeitslosenkassen belasten.
- Es werden für Industrie und Landwirtschaft zu oft Ausländer angestellt anstelle einheimischer Arbeitskräfte.
- Die Kompetenzen der Kantone sollen erhöht werden, um Arbeitslose zur Arbeit zu verpflichten.
- Pro Familie soll es nur einen möglichen Empfänger von Arbeitslosengeld geben.
- Der maximale Anspruchsbetrag soll gesenkt werden.
- Die Anwendung von verschiedenen variablen Sätzen für Arbeitslosengeld je nach Region und Preisniveau.
- Keine Arbeitslosenentschädigungen an Ledige.
- Frauen ohne Familienpflichten für Kinder sollen Ausländer bei Arbeit ersetzen.

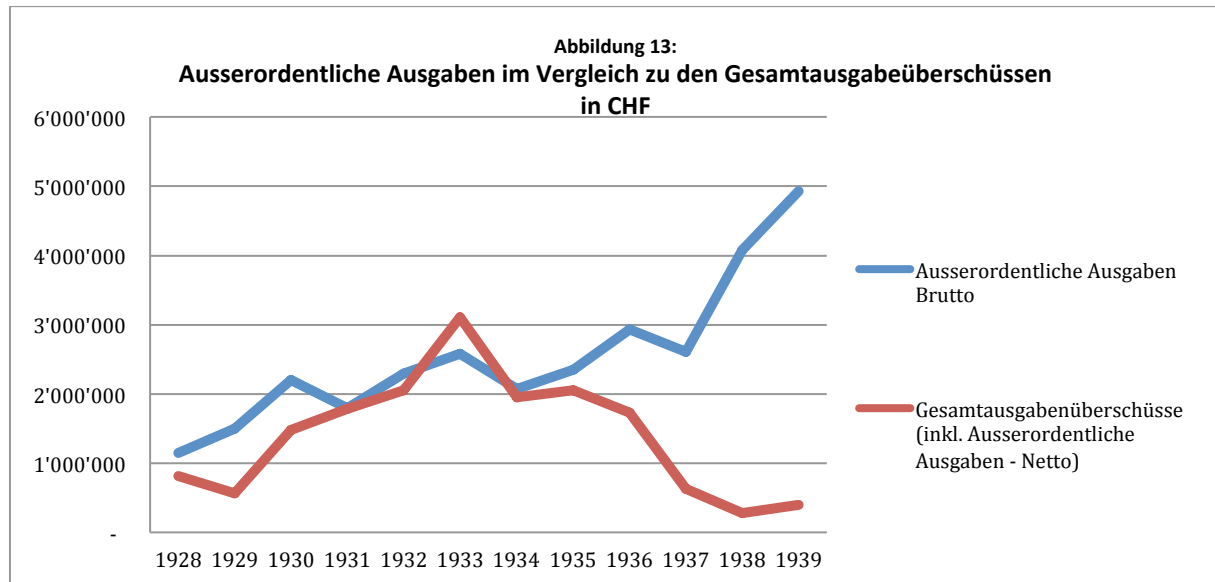
Wie bereits erwähnt, repräsentieren die ausserordentlichen Ausgaben zwischen 1929 bis 1939 rund 65% des kumulierten Gesamtdefizits des Kantons Wallis (vgl. statistische Daten, Ausgabenüberschüsse und Kostenvoranschläge S. 79).¹²² Zu den Bruttobeträgen der ausserordentlichen Ausgaben, welche in die verschiedenen Projekte investiert wurden, werden die aus Bern erhaltenen Bundessubventionen an den Kanton subtrahiert, um die effektiven Nettokosten zulasten der Walliser Staatsrechnung auszuweisen (vgl. Abbildung 13).¹²³ Die beschriebenen Debatten und Sparmassnahmen um die Verwaltungsrechnung zeigen nach 1936 ihre Wirkung und führen zu einer Reduktion der jährlichen Haushaltsdefizite (vgl. Kap. 4.2 und 4.3). Trotz den kantonal beschlossenen und durchgesetzten Sparmassnahmen von 1934/1935 wird an der Ausgabenpolitik im Bereich der ausserordentlichen Ausgaben festgehalten. Allerdings muss relativiert werden, dass die Nettoausgaben der ausserordentlichen Ausgaben zulasten des Kantons von 1937 bis 1939 um 40% bis 50% im Vergleich zum Jahr 1936

¹²¹ Vgl. Guex, Maurice Troillet und das moderne Wallis, S. 39.

¹²² Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 bis 1939.

¹²³ Vgl. StAW, Rapports de la S.A. fiduciaire suisse à Genève, Vérification des recettes et dépenses extraordinaires, S. 116.

abnehmen (vgl. Abbildung 13).¹²⁴ Der Grund liegt in den finanziell gewichtigen und zum grossen Teil durch den Bund subventionierten Arbeiten für die Rhonekorrektur und den Ausbau der Bergstrassen der Pässe Furka und Grosser St. Bernhard.



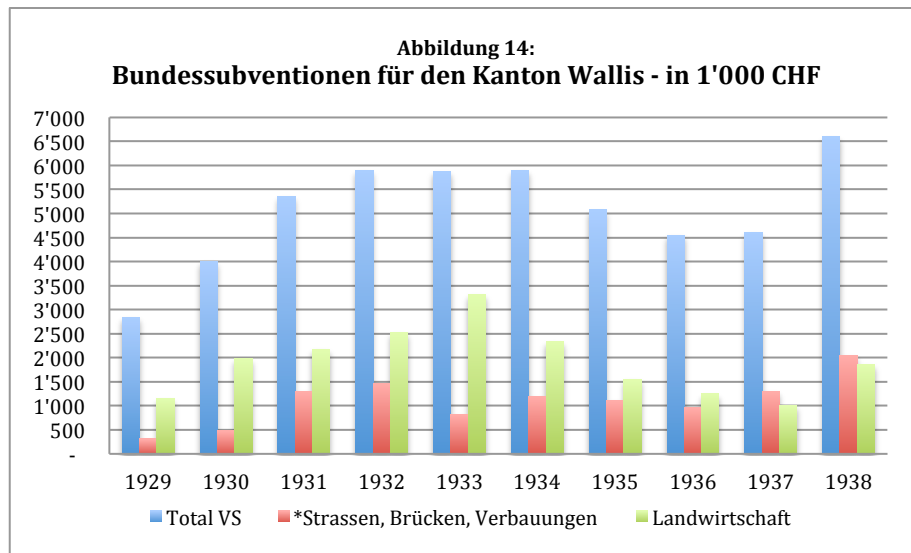
Quelle: Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 bis 1939 - eigene Darstellung.

Der Kanton Wallis investiert zwischen 1929 bis 1939 rund CHF 30.4 Mio. in Form von ausserordentlichen Ausgaben in die Rhonekorrektur, Bodenverbesserungen, den Aus- und Neubau von Bergstrassen und die Kantonsstrasse. Die Rhonekorrektur mit Investitionen von CHF 6.7 Mio. und die Bergstrassen mit CHF 12.1 Mio. sind die grössten Projekte. Der Kanton trägt selber nur einen Drittel dieser CHF 30.4 Mio. Der Restbetrag wird durch Bundessubventionen finanziert.¹²⁵ Über alle Bereiche fliessen zwischen 1929 bis 1939 über CHF 50 Mio. Bundessubventionen in den Kanton Wallis. Die grössten Empfänger sind die Landwirtschaft mit über CHF 20 Mio. und der Strassenbau mit über CHF 11 Mio. (vgl. Abbildung 14).¹²⁶

¹²⁴ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1936 bis 1939, Ausserordentliche Kosten.

¹²⁵ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 bis 1939, Ausserordentliche Kosten.

¹²⁶ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1929 bis 1939.



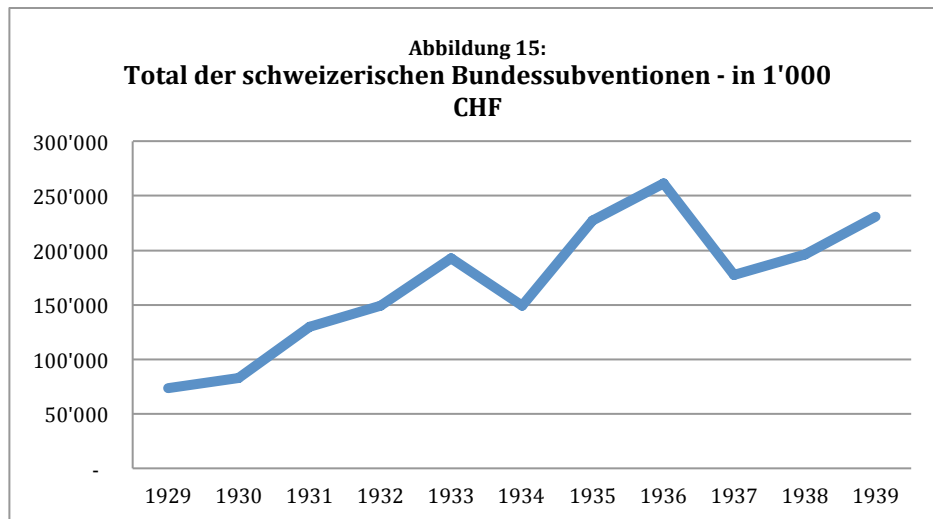
*inkl. Benzin Zollentschädigung

Für das Jahr 1939 wurden keine Zahlen im statistischen Jahrbuch der Schweiz publiziert.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 bis 1938 – eigene Darstellung.

Um die Entwicklung der schweizerischen Bundessubventionen zu erläutern wird kurz auf die Finanzprogramme des Bundes eingegangen. Das Ziel der schweizerischen Finanzpolitik in den Dreissigerjahren war auf die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt gerichtet. Die damals herrschende wirtschaftspolitische Konzeption bestand darin, negative Einflüsse auf die innere und äussere Stabilität der eigenen Währung auszuschalten. Diesem Denken vorausgegangen ist die Inflationskrise während der Nachkriegszeit. Diese Haltung bleibt in der Schweiz während der gesamten Dauer der Wirtschaftskrise in den Dreissigerjahren dominierend und ist zugleich der wesentliche finanzpolitische Unterschied der eidgenössischen Finanzpolitik gegenüber den meisten anderen krisenbetroffenen Ländern. So prägt diese Grundhaltung denn auch die Finanzprogramme des Bundes der Jahre 1933, 1936 und 1938.¹²⁷

¹²⁷ Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 212.



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 bis 1939 – eigene Darstellung.

Die 1933 unternommenen finanzpolitischen Massnahmen des Bundes, deren Hauptzweck wie gesagt das Gleichgewicht des Bundeshaushalts wiederherzustellen ist, verfehlen ihre Ziele. Die Reduktion der Bundessubventionen im Jahr 1934 ist auf einen Dringlichkeitsbeschluss des Bundes vom 13.10.1933 zurückzuführen, welcher unter anderem eine Herabsetzung der Bundessubventionen um -20% vorsieht. Dies trifft den Kanton Wallis bei den Landwirtschaftssubventionen. Hier sinken die Mittel im Jahr 1934 um -30% gegenüber 1933. Die Gesamtsubventionen aus Bern sind aber leicht höher als im Vorjahr.¹²⁸ Beweis dafür, dass die geplanten Einsparungen nicht eingehalten wurden. Während den folgenden Sessionen in Bern wurden ständig neue beträchtliche Ausgaben genehmigt. Das zweite Finanzprogramm des Bundes 1936 sieht Einsparungen bei den Subventionen von 40% vor. Aufgrund zahlreicher Ausnahmegewilligungen beträgt die Herabsetzung für das Jahr 1937 aber nur -30% und für 1938 noch -25%.¹²⁹ Auch diesmal trifft es im Kanton Wallis die Landwirtschaft mit einer Reduktion von -20%. Jedoch erfährt der Kanton auch diesmal gesamthaft keinen Rückgang der Bundessubventionen (vgl. Abbildung 14). Dies hat mit den beschlossenen Zusagen von Mitteln über mehrere Jahre im Zusammenhang mit der Rhonekorrektur und dem Bau der Bergstrassen zu tun. In diesen Bereichen nehmen die Bundessubventionen während den Sparjahren des Bundes für den Kanton Wallis zu.¹³⁰ Trotz der Einschränkungen beim Subventionswesen des Bundes sieht das Finanzprogramm von 1936 hingegen eine

¹²⁸ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1929 bis 1939.

¹²⁹ Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 214-217.

¹³⁰ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1929 bis 1939.

Ausdehnung der Subventionsberechtigung für Notstandsarbeiten zur Bekämpfung der Krise vor. Notstandsarbeiten bestehen im wesentlichen im Ausbau und in der Korrektur von Verkehrsstrassen, Bodenverbesserungen, Kanalisationen und Wasserversorgungen, im Bau von Güter- und Waldwegen, Bach- und Flussverbauungen.¹³¹

Trotz Wirtschaftskrise entwickelt sich im Kanton Wallis während den Dreissigerjahren auch das Gesundheitswesen wesentlich weiter. Im Jahr 1930 sind erstmals rund 50% der Walliser Bevölkerung bei einer Krankenkasse versichert. Es werden neunzig Versicherungen im Kanton gezählt. Der Walliser Staatsrat weist immer wieder auf die grosszügigen Subventionen des Bundes zugunsten des öffentlichen Gesundheitswesens hin und ermuntert die Bevölkerung eine entsprechende Versicherung abzuschliessen. Im Jahr 1930 beziffern sich die Bundesmittel in diesem Bereich für den Kanton Wallis auf CHF 700'000.¹³² Die Mehrzahl der kantonalen Krankenkassen sind in der „Fédération valaisanne des caisses-maladie“ zusammengeschlossen.¹³³ Bis Ende 1939 sind in den meisten Regionen im Wallis alle Einwohner bei einer anerkannten Krankenkasse versichert.¹³⁴

5. Finanz- und Wirtschaftspolitik im Zeichen der strukturellen Weiterentwicklung des Kantons

5.1 Die grossen Infrastrukturprojekte der Dreissigerjahre

5.1.1 Der Strassenbau

In verschiedenen Jahresberichten des Staatsrates finden sich zahlreiche Indizien über die natürlichen Herausforderungen im Strassenbau welche der Bergkanton jedes Jahr zu bewältigen hat. Überschwemmungen, Erdbeben und Steinschläge, starker Schneefall

¹³¹ Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 204.

¹³² Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1930, Dépt. de l'intérieur, S. 15.

¹³³ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1932, Dépt. de l'intérieur, S. 12.

¹³⁴ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1939, Dépt. de l'intérieur, S. 18.

und Vereisung oder Lawinen führen immer wieder zu Beschädigungen und Sperrungen von Strassen. Neben den Diskussionen auf politischer Ebene rund um anstehende Ausgaben zur Erschliessung der Bergdörfer mit dem Tal, den Arbeiten an den Passstrassen oder dem kantonalen Strassennetz, erschweren nicht selten meteorologische Gegebenheiten und starker Reiseverkehr auf schmalen und steilen Strassen den gesamten Arbeitsprozess.

Der Bau der Bergstrassen schreitet im Unterwallis bedeutend rascher voran als im Oberwallis. Grund dafür sind politische Unstimmigkeiten, welche immer wieder zu Verzögerungen führen. Einige Gemeinden im Oberwallis müssen bis in die siebziger Jahre auf eine Strassenverbindung mit dem Tal warten (Eischoll, Ergisch, Embd, Mund, Eggerberg).¹³⁵

Nachdem in den Jahren 1930 und 1931 nur gerade der Bau einer Bergstrasse im Kanton Wallis beschlossen wird und in den Jahren 1928 und 1929 Investitionen von CHF 4 Mio. respektive CHF 2.5 Mio. gesprochen wurden, beschleunigen sich der Strassenbau und die Investitionsvolumen ab 1932 wieder.¹³⁶ Seit der Inkraftsetzung des Gesetzes vom 19. Mai 1927 über den Strassenbau wurden im Kanton Wallis bis 1932 gesamthaft 33 Bauprojekte von der Kantonsregierung genehmigt. Der dafür ausgearbeitete Kostenvoranschlag sah Investitionen für Total CHF 13.8 Mio. bei einer Bilanzsumme der Staatsrechnung von CHF 29 Mio. vor. Von den Investitionen entfallen elf Projekte im Wert von CHF 6.8 Mio. auf das Oberwallis und zweiundzwanzig im Wert von CHF 6.9 Mio. auf das Unterwallis.¹³⁷

Im Jahr 1932 werden neun Strassen im Kanton beendet, weitere sechzehn sind im Bau und für elf neue Bergstrassenprojekte mit einem Kostenvoranschlag im Umfang von CHF

¹³⁵ Vgl. Imesch, Das Oberwallis im Bild.

¹³⁶ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1932, Annexe: Routes reliant les villages de montagne à la pleine décrétées par le Grand Conseil, Dépt. de l'intérieur.

¹³⁷ Vgl. Kanton Wallis (Hg), Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Séance du 27.1.1932, Bericht der grossrätlichen Kommission über den Strassenbau, im Sinne des Gesetztes vom 18.5.1927, S. 310.

5.9 Mio. liegt im Januar 1932 der Beschluss der Kantonsregierung vor.¹³⁸ Gesamthaft beträgt die Investitionssumme für die 44 Strassenprojekte im Kanton CHF 22 Mio.¹³⁹

Um diese neuen Projekte in der Haushaltsdefizitsdebatte politisch mehrheitsfähig zu gestalten und die Parlamentarier davon zu überzeugen, wird vor allem das Argument der Bundessubventionen eingesetzt. So wisse man, dass für die Erschliessung der Bergdörfer heute auf Bundessubventionen aus Bern gezählt werden könne. Zugleich wird davor gewarnt, dass allfällige Subventionen bei Andauern der Krise auch schnell wieder gestrichen werden könnten. Der Strassenbau sollte für zusätzliche Beschäftigung sorgen und die direkte Verteilung von Arbeitslosenentschädigungen einschränken. Es wurde von einer politischen Mehrzahl in der Walliser Regierung als wenig sinnvoll betrachtet, die Staatskasse durch die Erhöhung von Arbeitslosen-entschädigungen zusätzlich zu belasten während diese Mittel nachhaltiger in die zahlreichen zu realisierenden Infrastrukturarbeiten investiert werden konnten. Zur Finanzierung der bereits projektierten und beschlossenen Bergstrassen benötigt der Kanton neue finanzielle Mittel. Dazu wird eine neue Anleihe über CHF 3.5 Mio. vorgeschlagen. Nach dem positiven Beschluss des Grossen Rats befürworteten 61% der Walliser Bevölkerung anlässlich der kantonalen Abstimmung vom Juli 1932 die Aufnahme dieser Anleihe.¹⁴⁰

Die wichtigsten Strassenverbindungen ins Wallis sind von Ost nach West die Furka und von Nord nach Süd der Grosse St. Bernard. Dabei sind diese Pässe nicht nur für den Tourismus bedeutend. Vor allem die Furka spielt eine sehr wichtige Rolle für die Schweizer Armee. So rügt das Inspektorat des eidgenössischen Baudepartementes nach Beschwerde der Armee die Walliser Regierung mehrmals über den Zustand und Unterhalt der Furkapassstrasse. Der Kanton Wallis unterstreicht 1935 die limitierten Ressourcen die ihm zur Verfügung stehen und weist entsprechend darauf hin, dass er jeweils nur die dringlichsten Arbeiten ausführen kann.¹⁴¹ Diese Problematik erwähnt das kantonale Departement für öffentliche Arbeiten bereits 1934 in seinem Jahresbericht. Die gesprochenen Kredite für die Jahre 1933 und 1934 für

¹³⁸ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1932, Dépt. de l'intérieur, S. 66.

¹³⁹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Séance du 27.1.1932, Bericht der grossrätlichen Kommission über den Strassenbau, im Sinne des Gesetzes vom 18.5.1927, S. 310-311.

¹⁴⁰ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1932, Dépt. des travaux publics, S. 7.

¹⁴¹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1935, Dépt. des travaux publics, S. 6-7.

Strassenbauten wurden aufgrund von Sparmassnahmen reduziert. Mit einem Strassennetz von 882 Kilometer Länge steht der Kanton Wallis damals schweizweit auf dem siebten Platz.¹⁴²

Nichtsdestotrotz wird 1934 im Kanton Wallis reagiert und allein für die Furka werden CHF 4.8 Mio. Investitionen über fünf Jahre für rund 60 Kilometer Strassenarbeiten geplant. Das Walliser Baudepartement unterbreitet der Regierung Projekte für Strassenverbesserungen und Korrekturen von Bergstrassen im Umfang von CHF 15 Mio. sowie für Neubauten über weitere CHF 10 Mio.¹⁴³ Anfang des Jahres 1936 kann der Grosse Rat dem vom Walliser Staatsrat präsentierten Dekret für das Projekt betreffend dem Ausbau der Alpenstrassen über CHF 15 Mio. noch nicht zustimmen, da der Nationalrat seinerseits bis dato nicht über das schweizerische Gesetz betreffend der Verbesserung und dem Ausbau des Strassennetzes der Alpen entschieden hat. Im März wird dieses dann in Kraft gesetzt. Nachdem Bern für die zwei Projekte im Wallis, „Furka“ und „Grosser St. Bernard“, vorerst nur Subventionen für die Furka zusprach, werden im Oktober 1936 nach Intervention des Walliser Staatsrates schlussendlich doch für beide Projekte eine Bundessubvention von je 65% zugesagt.¹⁴⁴ Im Dezember erlässt der Grosse Rat des Kantons Wallis sein Dekret. Dieses wird explizit im Bestreben den Tourismus zu entwickeln und die Arbeitslosigkeit im Kanton zu bekämpfen erlassen.¹⁴⁵

Verstärkte Beschädigungen vor allem von Pass- und Bergstrassen im Wallis werden 1940 aufgrund der Generalmobilisation der Armee des 10. Mai festgestellt.¹⁴⁶

5.1.2 Die zweite Rhonekorrektur

Nach einem kalten und feuchten Frühling führen späte Schneefälle im Mai 1935 bis auf 1300 M.ü.M. und das Eintreten einer plötzlichen Hitzewelle im Juni in der Nacht des 29. auf den 30. Juni zu zahlreichen Überschwemmungen in der Rhoneebene. Erstmals nach 15 Jahren wird die Rhone wieder zu einem unbändigen und wilden Fluss, der über seine

¹⁴² Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1934, Dépt. des travaux publics, S. 4.

¹⁴³ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1935, Dépt. des travaux publics, S. 6-7.

¹⁴⁴ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1936, Dépt. des travaux publics, S. 12.

¹⁴⁵ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 28.12.1936 betreffend den Ausbau der Alpenstrassen, S. 137-139.

¹⁴⁶ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1940, Dépt. des travaux publics, S. 4.

Ufer tritt und zahlreiche ausgedehnte Landwirtschaftskulturen zerstört. Der Staatsrat setzt sich in einer dringenden Sitzung zusammen, um Vorkehrungen zu treffen.¹⁴⁷

Das im Oktober 1935 von der Walliser Regierung gestellte Subventionsgesuch für die zweite grosse Rhonekorrektur wird nach Prüfung des eidgenössischen Departementes des Innern von der Bundesversammlung vier Monate später genehmigt. Der Kostenvoranschlag von CHF 4.62 Mio.¹⁴⁸ wird vom Bund auf CHF 4.04 Mio. korrigiert und der Kanton erhält Subventionszahlungen aus Bern von 40% der Projektsumme zugesprochen. Für das 10-jährige Projekt zur zweiten grösseren Korrektur der Rhone, zwischen Chippis und der Dranse, wird pro Kilometer mit Kosten von rund CHF 200'000 kalkuliert. Die Arbeiten beinhalten die Flusskorrektur, den Wiederaufbau von gebrochenen Dämmen und verschiedene Arbeiten wie Strassenbrücken (Granges und Leytron), Baggerungen und Dichtungen.¹⁴⁹

Die Ereignisse im Juni 1935 werden vom Bundesrat als für den Kanton Wallis verhängnisvoll bezeichnet und die Rhonekorrektur zur lebenswichtigen Angelegenheit für das ganze Tal erklärt. Es gibt keinen Zweifel daran, dass diese Arbeiten ohne Verzug in Angriff genommen werden müssen, um zukünftigen Katastrophen eines solchen Ausmasses für Bevölkerung und Landwirtschaft vorzubeugen.¹⁵⁰

Aber im Kanton Wallis selbst müssen die geplanten Mehrausgaben für die Rhonekorrektur politisch erkämpft werden. Staatsrat Maurice Troillet muss im Februar 1936 vor dem Grossen Rat Überzeugungsarbeit leisten, dass die Sanierung des Tales sowie die Behebung der Schäden infolge des starken Hochwassers vom Juni 1935 dem Kanton einen Mehrwert bringen. Das Jahresbudget des Kantons wird politisch angefochten, da die Verschuldung in den vergangenen Jahren stetig angestiegen ist und das Augenmerk in der Staatsrechnung auf der sofort zu stoppenden Mehrverschuldung liegt (vgl. Kap 4.2 und Abbildung 12). Dabei sind auch die während dem Jahr gewährten Nachtragskredite immer wieder Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen im Grossen Rat. Dank vergangener Arbeiten rund um das Flussbett konnte in der

¹⁴⁷ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1935, Dépt. des travaux publics.

¹⁴⁸ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1935, Dépt. des travaux publics. S. 30.

¹⁴⁹ Vgl. Digitale Amtsdrukschriften, Botschaft des Bundesrates betreffend Zusicherung eines Bundesbeitrages an den Kanton Wallis für die Vervollständigung der Rhonekorrektur zwischen Leuk und St.Maurice vom 21.02.1936.

¹⁵⁰ Ebenda, Vgl. S. 318.

Rhoneebene jedoch eine Fläche von 3'750 Hektaren landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden. So unterstreicht Troillet die in Frage stehenden Ausgaben für eine erneute Rhonekorrektur damit, dass mit einem Quadratmeterpreis von 40 Rappen ein Mehrwert von CHF 15 Mio. geschaffen wurde.¹⁵¹

5.2 Massnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft

Nachdem Bundesbeschluss vom Jahre 1932 über eine vorübergehende Kredithilfe für notleidende Bauern, richtet der Kanton Wallis entsprechend per Dekret einen Hilfsfonds für die notleidenden Bauern ein. Ein Teil der finanziellen Mittel wird vom Bund zur Verfügung gestellt. Die Kantonsregierung ermächtigt den Staatsrat über eine Anleihe eine weitere Summe von bis zu CHF 750'000 für den Fonds bereitzustellen. Durch diese finanzielle Unterstützung soll der mittlerweile arg gebeutelten Landwirtschaft finanziell unter die Arme gegriffen werden.¹⁵² Innerhalb des Landwirtschaftssektors liegt der Fokus der Hilfsmassnahmen des Kantons in umfangreicher Masse auf der Milchwirtschaft und dem Weinbau.

5.2.1 Die Milchwirtschaft

Seit 1880 hat sich die Schweizer Landwirtschaft immer mehr auf die Milchproduktion spezialisiert. Ein bedeutender Teil der Produktion ist auf den Export ausgerichtet. Diese Spezialisierung und Orientierung auf die Weltmärkte führt nach dem Ersten Weltkrieg während den Jahren 1920 bis 1930 zu einer wirtschaftlichen Stagnation der Branche. Während der Krise der Dreissigerjahre muss die Schweizer Milchwirtschaft mit öffentlichen Geldern unterstützt werden und durch protektionistische Einfuhrbeschränkungen geschützt werden.¹⁵³

Um das Jahr 1930 schliessen sich dem im Jahre 1919 gegründeten Walliser Milchverband immer mehr kleine Produzenten an, was eine starke Konsolidierung der Milchbranche nach sich zog.¹⁵⁴ Bei der Mehrzahl der Milchproduzenten handelt es sich zu dieser Zeit um Familienbetriebe, was die Sammlung und Verfügbarkeit von

¹⁵¹ Vgl. Guex, Maurice Troillet und das moderne Wallis, S. 32.

¹⁵² Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 22.5.1933 betreffend Schaffung eines kantonalen „Hilfsfonds zu Gunsten notleidender Landwirte“, S. 169.

¹⁵³ Vgl. Müller, La Suisse en crise, S. 75-76.

¹⁵⁴ Vgl. Fédération Valaisanne des producteurs de lait, Rapport du Conseil d'administration 1934, S. 2.

Quellenmaterial erschwert. Aus diesen Gründen stützt sich die vorliegende Arbeit auf die Jahresberichte des Walliser Milchproduzenten-Verbandes. Wichtiges Quellenmaterial sind zudem die Jahresberichte des Walliser Staatsrats zum Thema der Milchwirtschaft sowie erlassene Dekrete oder Beschlüsse der Kantonsregierung und derer auf Bundesebene.

Die Walliser Regierung ist in den Dreissigerjahren zusehends bestrebt, die Milchbranche im Kanton weiter zu entwickeln und zu kommerzialisieren. Deshalb wird vermehrt Wert auf die Qualität der Milchprodukte gelegt. So führen Beauftragte des kantonalen Milchverbandes wöchentlich Kontrollen bei den wichtigsten im Verband zusammengeschlossenen Molkereien von Monthey, Martigny, St. Maurice, Saxon, Sierre und Visp durch. Der Staat organisiert jährlich stattfindende Schulungen zur Aus- und Weiterbildung der Produzenten und schreibt Qualitätswettbewerbe für Käse aus. Es kommt zu zahlreichen Neugründungen von Molkereien und Sennereien. Subventioniert werden vom Kanton nach dem Subventionsbeschluss von 1929 nur jene, welche klar definierte Auflagen bezüglich Installation und Ausstattung der Betriebe einhalten. Dadurch soll eine professionelle und qualitativ leistungsfähigere Industrie entstehen und gefördert werden. Durchschnittlich wird die Erstellung einer Molkerei oder Sennerei mit 15-18% und die Einrichtung dazu mit 25-30% subventioniert.¹⁵⁵ 1934 zählt das Wallis 253 Milchbetriebe verteilt auf die 170 Gemeinden im Kanton. Von allen Produzenten erhalten 1934 nur 60 Betriebe vom kantonalen Inspektorat für ihre Infrastruktur ein den Anforderungen genügendes Zeugnis ausgestellt.¹⁵⁶

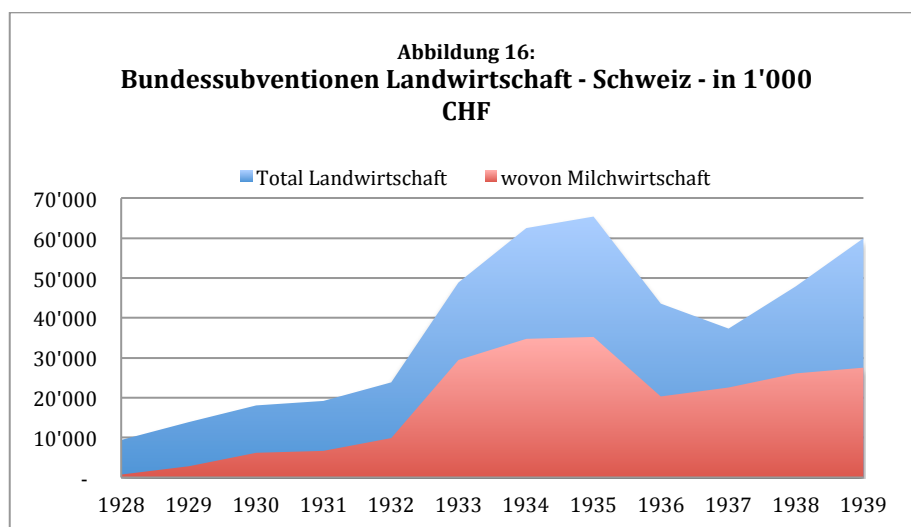
Ein im Nationalrat eingebrachtes Postulat im März 1934 des Walliser Nationalrates Maurice Troillet rettet die Walliser Milchproduzenten aus einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Das Postulat Troillet's wird angenommen und in den Entscheid des Bundesrates über die Fortsetzung der Bundeshilfe für die schweizerischen Milchproduzenten eingebaut. Troillet erreicht, dass auch Milchproduzenten ohne Anschluss an den Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten die gleichen Rechte auf finanzielle Unterstützung des Bundes erhalten wie die Verbandsmitglieder.

¹⁵⁵ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1929, Dépt. de l'intérieur, S. 31. und Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Beschluss vom 8.2.1929 betreffend Gewährung von Beisteuern für den Bau und die Einrichtung von Molkereien und Sennereien, S. 59.

¹⁵⁶ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1934, Dépt. de l'intérieur, S. 17.

Rund 47% der Viehbesitzer in der Schweiz gehören zu dieser Zeit noch keinem Zentralverband an und wären deshalb von den Bundessubventionen ausgenommen. Dies obwohl sie andererseits Zoll- und Preiszuschläge auf Futtermittel mittragen. Troillet unterstreicht in seiner Argumentation, dass vor allem Kleinbauern der Gebirgskantone unter einer Nichtberücksichtigung seines Vorschlags bestraft würden.¹⁵⁷

Die Bundessubventionen für die schweizerische Milchwirtschaft steigen in den Dreissigerjahren rasant an (vgl. Abbildung 16). Fliessen 1929 nur rund 20% der gesamten schweizerischen Landwirtschaftssubventionen des Bundes in die Milchwirtschaft, verdoppelt sich ihr prozentualer Anteil bis 1932 und liegt ab 1934 bis 1938 bei über 50%. Die Politik der Unterstützung der Milchwirtschaft zeigt sich noch deutlicher an den absoluten Zahlen. So erreichen die schweizerischen Bundesbeiträge an die Milchwirtschaft im Jahr 1935 ihren Rekordwert von CHF 35.2 Mio und haben sich seit 1929 verzehnfacht.¹⁵⁸



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1939 – eigene Darstellung.

Der Kanton Wallis zahlt 1929 rund CHF 13'500 an Milchsubventionen aus.¹⁵⁹ In den Folgejahren kommt es zu keiner signifikanten Erhöhung der kantonalen Beitragshilfen für die Milchindustrie. Die Diskussionen in den Jahren 1934 und 1935 um das sich dauernd verschlechternde Haushaltsbudget des Kantons treffen auch die Milchindustrie und blockieren die geplante Weiterentwicklung. Aufgrund von beschlossenen

¹⁵⁷ Vgl. Digitale Amtsdruckschriften, Milchproduzenten, Fortsetzung der Bundeshilfe 20.03.1934, S. 109.

¹⁵⁸ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1939.

¹⁵⁹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1929, Dépt. de l'intérieur.

Sparmassnahmen werden im Jahr 1935 keine Kredite und Subventionen mehr an die Milchwirtschaft seitens des Kantons gesprochen. Dies obwohl im selben Jahr 16 Molkereien für dringend benötigte finanzielle Mittel beim Kanton ein entsprechendes Gesuch eingereicht haben. Jetzt kam die 1934 ausgeweitete Bundeshilfe für die Milchwirtschaft zum Zug. Nach Anfrage der Walliser Kantonsregierung beim eidgenössischen Landwirtschaftsdepartement zeigt sich dieses bereit für $\frac{2}{3}$ der benötigten Mittel im Kanton aufzukommen. Das letzte Drittel muss allerdings von den betroffenen Gemeinden übernommen werden. So kann die kantonale Milchwirtschaft für die Jahre 1936 bis 1938 auf Bundessubventionen im Umfang von CHF 170'000 zählen.¹⁶⁰

Die Weiterentwicklung der Milchwirtschaft im Kanton Wallis nimmt also trotz leerer Staatskassen und dank Interventionen der Regierung in Bundesbern vor allem in den Jahren nach 1935 seinen Lauf. Das kantonale Programm von 1936/1937 sah den Bau und die Verbesserung von rund 50 Molkereien über vier bis fünf Jahre vor.¹⁶¹ Jedoch wäre dies ohne Bundeshilfe niemals realisierbar gewesen. Die Bundessubventionen zwischen 1936 bis 1940 für die Walliser Milchwirtschaft belaufen sich Total auf CHF 300'000 und kamen 41 Betrieben zugute.¹⁶² Die Investitionen in den Bau neuer und den Ausbau bestehender Milchbetriebe im Kanton erreichen 1938 CHF 420'000 und im Jahr 1939 nochmals CHF 340'000¹⁶³. 1938 repräsentiert der Wert der produzierten Milch und deren Produkte im Wallis jährlich rund CHF 16-18 Mio.¹⁶⁴

5.2.2 Der Weinbau

Im Jahr 1906 wird im Kanton Wallis erstmals der Befall mit Phylloxera (Reblaus) an einem Rebberg in Sitten festgestellt. In der Folge werden zahlreiche Rebzonen durch Zerstörung der befallenen Rebstöcke neu angelegt. Bis ins Jahr 1933 ist eine Gesamtfläche von 1'450'855 m² neu bestockt und bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs sind 40% der gesamten Walliser Rebfläche auf Pfropfreben umgestellt.¹⁶⁵ Ab dem Jahr

¹⁶⁰ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1935, Dépt. de l'intérieur.

¹⁶¹ Ebenda, Vgl. 1936, S. 19.

¹⁶² Ebenda, Vgl. 1940, S. 18-19.

¹⁶³ Ebenda, Vgl. 1938 - 1939, S. 19.

¹⁶⁴ Ebenda, Vgl. 1938, S. 18.

¹⁶⁵ Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis, S. 321.

1929 wird die Bundessubvention zur Neuanlage der Rebberge mit Reblaus resistenten Pflanzen eingeführt. Jeder fünfte Walliser ist zu dieser Zeit Reblandbesitzer und im Kanton werden rund 40 Weinhändler gezählt.¹⁶⁶

Die Schaffung der Walliser Genossenschaftskellereien ist 1930 die entscheidende Reaktion auf die Reblaus und auf einen immer stärker verzerrten Wettbewerb durch die Weinhändler.¹⁶⁷ Letztere werden für die enormen Preissteigerungen für den Konsumenten verantwortlich gemacht, während sie die Margen für die Weinproduzenten drücken. Neben der Wirtschaftskrise und sinkenden Verkaufszahlen in der Schweiz, wird der Markt zusehends mit ausländischen billigeren Weinen überflutet. Zur Erstellung von Genossenschaftskellereien investiert der Kanton Wallis 1930 erstmals CHF 180'000.¹⁶⁸ So entstehen 1930 die Genossenschaftskellereien in Sitten mit einer Einkellerungskapazität von rund 650'000 Liter und diejenige in Leytron mit einer Kapazität von 1.3 Millionen Litern.¹⁶⁹ Ein Jahr später ist es in Sierre so weit¹⁷⁰. Bis zum Jahr 1935 werden vom Kanton Total CHF 640'000 für die verschiedenen Genossenschaftskellereien investiert. Für die Genossenschaftskellereien wendet der Kanton Wallis 15% seiner gesamten Landwirtschaftsausgaben auf. Bis Ende 1935 verfügen sämtliche Weinbezirke im Wallis über ihre eigene Kellergenossenschaft.¹⁷¹

Die Idee der Genossenschaftskellerei ist simpel. Ein Gemeinschaftswerk, welches den Wein seiner Mitglieder zu marktgerechten Preisen kauft, einkellert, behandelt und schlussendlich an die Konsumenten verkauft. So können bedeutende Kosteneinsparungen erreicht werden. Ebenfalls sollen Verfahren und Qualität der Produktion verbessert werden. Die Weine sollen von einem professionellen Kellermeister und Önologen vinifiziert werden. Rebbauzonen werden eingeführt und Vorschriften über den Gebrauch von Holzkisten bei der Ernte erlassen. Die Genossenschaftsbewegung soll die Weinanbaupraktiken im Kanton verbessern und

¹⁶⁶ Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis, S. 549.

¹⁶⁷ Ebenda, Vgl. S. 346.

¹⁶⁸ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1930. und Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Dekret vom 15.1.1930 betreffend Bewilligung von Beisteuern für die Erstellung und Errichtung von Weingenossenschafts-Kellereien, S. 5.

¹⁶⁹ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1930, Dépt. de l'intérieur, S. 66.

¹⁷⁰ Vgl. Conseil d'état du Canton du Valais, Rapport sur sa gestion 1931, Dépt. de l'intérieur, S. 69.

¹⁷¹ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 bis 1939, Konto Weinbau.

modernisieren.¹⁷² Der Staat unterstützt die Winzer nicht nur mit direkten Subventionen, sondern er organisiert wie für die Milchwirtschaft auch jährlich stattfindende Schulungen. Im eigenen staatlichen Weingut „Grand-Brûlé“ in Leytron, welches die Burgergemeinde 1918 dem Kanton überschrieb, werden zu Forschungszwecken neue Traubensorten gepflanzt. Der rund 24'000 m² grosse Rebberg dient auch für Versuche und praktische Demonstrationen. Es werden zahlreiche Rebsorten angebaut und durch eine bedeutende ampelografische Kollektion sollen die für das Wallis am besten geeigneten Sorten bestimmt werden.¹⁷³

Innerhalb sehr kurzer Zeit wird durch die Hilfsmassnahme der Gründung von Genossenschaftskellereien ein struktureller Wandel im Walliser Weinbau umgesetzt. Im Jahr 1928 wird der Bund erstmals mit einem noch vagen Projekt angegangen. 1930 veröffentlicht der Staatsrat den Erlass zur Gründung der Genossenschaftskellereien und noch im selben Jahr lassen sich zahlreiche Winzer überzeugen sich anzuschliessen. Innerhalb von neun Monaten werden Grundstücke ausgewählt, gekauft und die Kellereien gebaut.¹⁷⁴ Allerdings sind mit der Gründung der Kooperativen die wirtschaftlichen Probleme der Winzer nicht plötzlich verschwunden. So werden die 1930er Jahre als Jahre der Misere und des Elends für den Walliser Weinbau bezeichnet.¹⁷⁵ Die kumulierten Erträge im Weinbau betragen zwischen 1930 bis 1939 CHF 89.3 Mio und gehen gegenüber 1920 bis 1929 um -32.7% zurück.¹⁷⁶

| | Preis pro 100 kg | Index (Basis 1929) | Ertrag in Mio CHF | Index (Basis 1929) |
|------|------------------|--------------------|-------------------|--------------------|
| 1929 | 64 | | 10.2 | |
| 1930 | 64 | 100 | 9.6 | 94 |
| 1931 | 58 | 91 | 7.0 | 68 |
| 1932 | 76 | 119 | 7.6 | 74 |
| 1933 | 100 | 156 | 8.0 | 78 |
| 1934 | 68 | 106 | 10.2 | 100 |
| 1935 | 32 | 50 | 7.4 | 72 |
| 1936 | 51 | 80 | 7.8 | 76 |
| 1937 | 60 | 94 | 9.6 | 94 |
| 1938 | 74 | 116 | 5.9 | 58 |
| 1939 | 58 | 91 | 16.2 | 159 |

Quelle: Walliser Reb- und Weinmuseum: Rebe und Wein im Wallis – eigene Darstellung.

¹⁷² Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis, S. 345.

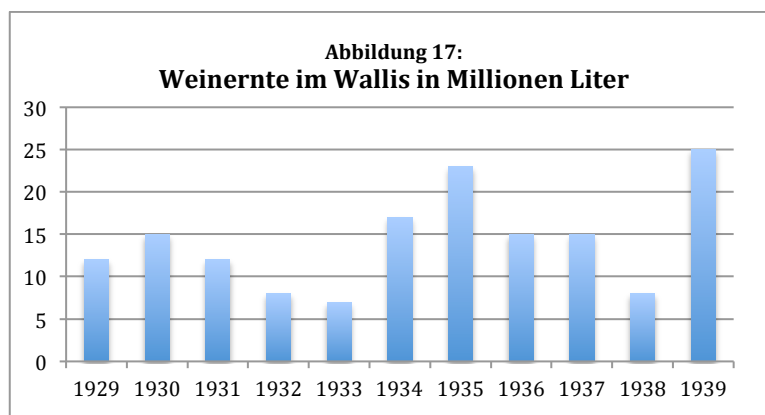
¹⁷³ Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis S. 326.

¹⁷⁴ Ebenda, Vgl. S. 346.

¹⁷⁵ Ebenda, Vgl. S. 371.

¹⁷⁶ Ebenda, Vgl. S. 543.

Nachdem bereits das Jahr 1932 mit einem Rückgang der Ernte um 42% (vgl. Abbildung 17) den Walliser Weinbauern nicht in guter Erinnerung blieb, lassen auch die politischen Entscheidungen in Bern des Jahres 1933 die Walliser Weinbauern nicht aufatmen. Erneut sinkt die Ernte um 15% zum Vorjahr und erreicht das tiefste Niveau seit 1924.¹⁷⁷ Zugleich kommt es zu einer regelrechten und unkontrollierten Invasion von italienischen Weinen über den Simplonpass. Die schlechteste Nachricht für den Walliser Weinbau ist aber der Bundesbeschluss vom 13. Oktober und die darauf folgende Getränkesteuer.¹⁷⁸ Sie ist Teil des Finanzprogramms des Bundes von 1933.¹⁷⁹



Quelle: Walliser Reb- und Weinmuseum: Rebe und Wein im Wallis – eigene Darstellung.

Durch diese nationale Steuer rechnet die Politik in Bern mit rund CHF 25 Mio. Mehreinnahmen pro Jahr und eine entsprechende Verbesserung der Budgetlage des Bundes. So wird im Beschlussentwurf von 1934 argumentiert, dass ein Volk, welches im Jahr CHF 600 Mio. für Getränke die zur Befriedigung des Lebensbedarfes nicht notwendig seien, ausgibt, seinem Staat diese bescheidene Abgabe in solch schwierigen Krisenzeiten nicht untersagen könne.¹⁸⁰ Die neue Steuer wird 1934 in Bern mit 109 gegen 46 Stimmen beschlossen.¹⁸¹ Sie löst vor allem in den Weinanbaukantonen der Romandie heftige Reaktionen aus. So erklären 25 Gemeindepräsidenten im Kanton Wallis in einer Resolution unter anderem, dass die Besteuerung auf einheimische Weine illegal sei und gegen die Regeln des öffentlichen Rechtes verstosse. Die „Fédération

¹⁷⁷ Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis S. 371.

¹⁷⁸ Vgl. Digitale Amtsdrukschriften, Getränkesteuer, S. 435-437.

¹⁷⁹ Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise. S. 214.

¹⁸⁰ Vgl. Digitale Amtsdrukschriften, Getränkesteuer, S. 435-437.

¹⁸¹ Vgl. Guex, Maurice Troillet und das moderne Wallis, S. 59.

romande des vigneronen“ lanciert eine Gegeninitiative. Im Kanton Wallis sammelt man rund 22'000 Unterschriften von möglichen 38'000 Stimmberechtigten. In der Gemeinde Conthey wurde ein Spitzenwert von 89% Beteiligung an der Initiative erreicht. Schweizweit wird die Initiative mit rund 153'000 Unterschriften in Bern abgegeben, wovon $\frac{2}{3}$ aus der Romandie stammen.¹⁸² Diese Zahlen verdeutlichen wie sehr der Kanton Wallis auf die Hilfe anderer Kantone angewiesen ist um seine Interessen im Weinbau national zu vertreten. Allerdings wird die Initiative aus formellen und verfassungsmässigen Gründen nicht zur Abstimmung zugelassen.¹⁸³

Die eidgenössische Getränkesteuer ist der umstrittenste Teil des ersten Finanzprogrammes des Bundes. Im Jahr 1936 entscheidet Bern die Getränkesteuer auf Wein, Most und alkoholfreien Getränken aufgrund des Drucks aus der Romandie sowie aufgrund von fast unüberwindbaren Problemen bei deren Erhebung aufzugeben. Im Gegenzug wird jedoch die Biersteuer erhöht.¹⁸⁴ Der Bundesrat hält fest, dass der finanzielle Ausfall durch Wegfall der Getränkesteuer für den Bund gegenüber dem Schaden für die inländischen Wein- und Mostproduzenten durch Weiterbezug der Steuer gering sein dürfte. Somit ist der Bundesrat zur Einsicht gekommen. Ein vorzeitiger Verzicht auf diese Steuer nach jahrelangen Hilfsaktionen zur Förderung des Absatzes der inländischen Weine drängte sich auf.¹⁸⁵

Trotz Rekordernte im Jahr 1935 bricht der Ertrag ein. Die bezahlten Preise sind auf einem seit 1906 nicht mehr gesehenen Tiefstand von CHF 32 pro 100 Kilo Trauben gefallen. Zudem haben viele Winzer aus wirtschaftlichen Gründen auf Spritzungen gegen Sauerwürmer verzichtet sodass sich in fast allen Weinregionen im Wallis Schädlinge festgesetzt haben. Im Jahr 1936 ist es Frost, der die Produktion um 40% einbrechen lässt. Die Ernte ist auch 1938 schlecht und das Geschäft in hohem Masse defizitär. Der Weinbau ist sehr stark von den Wetterverhältnissen abhängig und kämpft fast jährlich

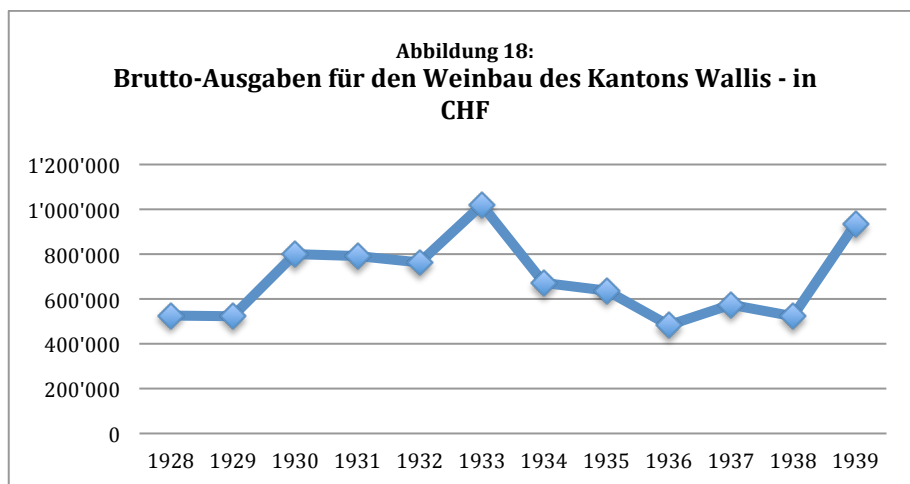
¹⁸² Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht des Walliser Handelskammer 1934, S. 43

¹⁸³ Vgl. Scherrer, Die Steuerpolitik des Bundes während der Wirtschaftsdepression der dreissiger Jahre (1930-38), S. 56.

¹⁸⁴ Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 217.

¹⁸⁵ Vgl. Digitale Amtsdrukschriften, Botschaft des Bundesrates betreffend den Bezug der eidgenössischen Getränkesteuer vom 27.9.1937, S. 149-151.

gegen Krankheiten und Parasiten an. Hinzu kommt das schlechte wirtschaftliche Umfeld.¹⁸⁶



Quelle: Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1929 bis 1939 – eigene Darstellung.

Neben der Kostenbeteiligung an der Gründung der Genossenschaftskellereien unterstützt der Kanton die Winzer vor allem durch Subventionen zur Bekämpfung der Reblaus und für den Wiederaufbau der Rebberge. Die Differenz zwischen den Brutto- und Nettoausgaben besteht in den Bundessubventionen aus Bern, welche in der Staatsrechnung als Eingang verbucht werden. 1939 steigen die Bundessubventionen für eine weitere Ausdehnung und Aufbau der Rebberge im Kanton stark an (vgl. Abbildung 18).¹⁸⁷ Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass sich die Reblandfläche im Kanton Wallis zwischen 1929 bis 1939 von 31.6 km² auf 33 km² ausdehnt, während sich die gesamtschweizerische Reblandfläche um 15.8 km² verkleinert hat.¹⁸⁸

Der Walliser Weinbau erholt sich nach dem Jahre 1939 wieder. So erreichen die Erträge für die Zeit von 1940 bis 1949 CHF 226.6 Mio. gegenüber den CHF 89.3 Mio. während 1930 bis 1939. Die Preise für 100 kg Trauben steigen vor allem während dem Zweiten Weltkrieg sprunghaft an. Im Jahre 1945 wird für 100 kg Trauben CHF 132 bezahlt, was gegenüber dem Niveau von 1935 einer Vervierfachung entspricht. Die produzierte Menge Wein im Kanton Wallis zeigt ein volatiles Muster. Während zwischen 1880 bis 1940 mit Ausnahme von zwei Jahren (1901 und 1935) die Produktion nie über 20 Mio.

¹⁸⁶ Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis, S. 372.

¹⁸⁷ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Staats-Rechnung Kanton Wallis 1939, Mitteilung Staatsrat an den Grossen Rat, 13.4.1940. S. 87.

¹⁸⁸ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 bis 1939.

Litern liegt, kann sie zwischen 1940 bis 2008 stetig erhöht werden. Für das Jahr 2008 wird ein Ertrag von CHF 145.4 Mio. verzeichnet mit einem Preisniveau von CHF 280 pro 100 kg Trauben und es wurden 41.3 Mio. Liter Wein produziert.¹⁸⁹

5.3 Der Tourismus

Gegründet 1917 unter dem Namen „Association pour le développement et la sauvegarde de l'industrie hôtelière en Valais“ bezweckt der Hotelier-Verband die Prosperität der Hotellerie im Wallis über die Fixierung der Hotelpreise. Weiter setzt er sich als Verband für die Interessen seiner Mitglieder ein und bearbeitet alle möglichen Fragen, welche diese Branche interessieren.¹⁹⁰ Im Jahr 1932 werden die Preiskontrollen sehr schlecht bis gar nicht durchgeführt und viele Mitglieder des Hotelier-Verbandes halten sich nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise nicht an die fixierten Minimalpreise.¹⁹¹ Um dem entgegenzuwirken wendet sich der Verband zwei Jahre später an die Banken im Kanton. Diese sollen bei den Hoteliers, die sie zu ihrer Kundschaft zählen, intervenieren. Die Hoteliers sollen an ihre Pflicht, die Minimalpreise anzuwenden, erinnert werden. Auch sollen die Minimalpreise durchgesetzt werden, um den Bankverpflichtungen nachkommen zu können und den Geschäftsverpflichtungen ihres Berufsstandes zu genügen. Die Preispolitik der einzelnen Mitglieder beschäftigt den Verband immer wieder und die Nichteinhaltung der Minimalpreise wird als ein Grund für die sehr schlechte finanzielle Lage der Hotellerie aufgeführt. Eine rasante Zunahme der Anzahl Gastbetten im Kanton verschärft nach Inkrafttreten des eidgenössischen Hotelbauverbots die Problematik der Preisgestaltung der Hoteliers.¹⁹²

5.3.1 Folgen des nationalen Hotelbauverbotes

Im Februar 1932 adressiert der Schweizer Hotelier-Verband eine dringliche Eingabe an den Bundesrat. Darin spricht er von einer drohenden Katastrophe ohne rasche Hilfsmassnahmen für die schweizerische Hotellerie.¹⁹³ Im August beschliesst die

¹⁸⁹ Vgl. Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.), Rebe und Wein im Wallis, S. 542-543.

¹⁹⁰ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Statut 1917.

¹⁹¹ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Séance du comité du 17.10.1932.

¹⁹² Vgl. Association Hôtelière du Valais, Séance du comité du 8.10.1934.

¹⁹³ Vgl. Digitale Amtsdrukschriften, Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des notleidenden Hotelgewerbes vom 08.08.1932, S. 345.

Bundesversammlung entsprechende Massnahmen zugunsten des notleidenden Hotelgewerbes. Als erstes wird die Liquidation der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft aufgehoben und der Bund spricht dieser Gesellschaft eine Subvention von CHF 3 Mio. zu. Die Gelder sollen dazu verwendet werden, Inhabern von Hotels, Gasthöfen und Fremdenpensionen Darlehen und Beiträge zur Sanierung ihrer Betriebe zu gewähren. Schlussendlich wird auch das Gesetz über die Einschränkung und Erweiterung von Gasthöfen, welches auf dem Bundesgesetz betreffend der Einschränkung der Erstellung und Erweiterung von Gasthöfen von 1924 basiert, wieder auf die ganze Schweiz ausgedehnt. Neu liegt die Baubewilligung nicht mehr ausschliesslich in den Händen der Kantone. Die Hotel-Treuhand-Gesellschaft erhält das Beschwerderecht zugesprochen. So soll die lasche Praxis einiger Kantone während den vergangenen Jahren beendet werden und das Gesetz wieder die nationalen volkswirtschaftlichen Interessen gewährleisten.¹⁹⁴ Der Walliser Hotelier-Verband begrüsst die Massnahmen sowie die neue Aufsichtsregelung, welche seiner Meinung nach, eine vernünftige Anwendung der rechtlichen Vorschriften über den Hotelbau garantieren wird. Trotz des Hotelbauverbots nehmen die Anfragen für den Bau oder die Eröffnung von neuen Gasthöfen und Hotels im Wallis nicht ab. Dies obwohl die anhaltende Wirtschaftskrise gerade den Tourismus sehr stark trifft und viele Betriebe defizitär arbeiten. Im Bereich der privaten Pensionen bezeichnet der Walliser Hotelier-Verband die Situation 1934 im Kanton als intolerabel. In Zermatt etwa beherbergen Privatpensionen während dem Jahr 1933 mehr ausländische Gäste als die Hotels. Zurückzuführen ist dieser Umstand darauf, dass die Gemeinden die Anzahl der gesetzlichen Konzessionen nur auf Hotelbetten nicht aber auf andere vermietete Zimmer, wie die der Privatpensionen, anwenden. Diese Praktik ist gesetzeswidrig, denn nach dem nationalen Gesetz müssen auch Privatpensionen über eine vom Staatsrat ausgestellte Konzession verfügen. Die Fälle im Kanton Wallis führen zu entsprechenden Beschwerden des nationalen Aufsichtsorgans.¹⁹⁵

Das Hotelbauverbot erweist sich als nicht sehr dem ursprünglichen Zwecke dienenden Schutz für die Hotelindustrie. Im Kanton Wallis wurden in den vergangenen Jahren sehr viele neue Konzessionen für kleine Pensionen bewilligt. Damit hat sich die Konkurrenz

¹⁹⁴ Digitale Amtsdruckschriften, Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des notleidenden Hotelgewerbes vom 08.08.1932, S. 345.

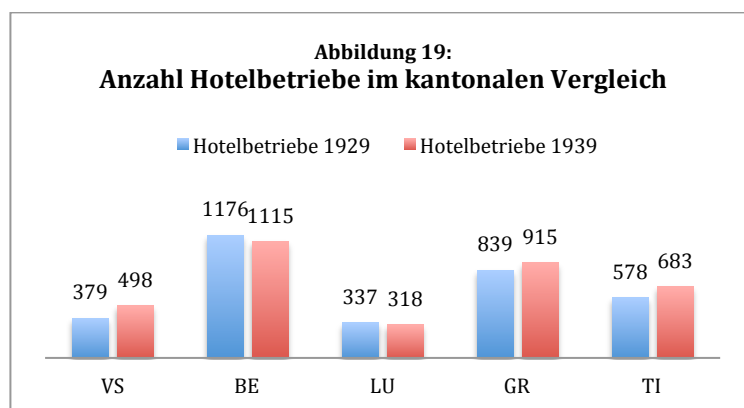
¹⁹⁵ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Rapport annuel 1934.

für die Hotellerie deutlich verschärft.¹⁹⁶ 1935 wird nach einem Schreiben des Walliser Hotelier-Verbandes an die Walliser Vertreter in Bundesbern der Bau von Mietchalets denselben Bestimmungen wie der Bau von Hotels unterworfen.¹⁹⁷

1936 muss die Walliser Regierung nach Aufforderung sowohl des Hotelier-Verbandes als auch des Bundesrates, Massnahmen in die Wege leiten um die herrschenden Missstände in den Griff zu bekommen. Die markante Steigerung der Anzahl Gästebetten im Kanton zeigt, dass das Bundesgesetz des Hotelbauverbots im Wallis eindeutig unterlaufen wurde. So wird ab jetzt eine strenge Überwachung der vermieteten Privatunterkünfte vorgenommen und diese werden dem Konzessionsreglement der Hotellerie unterworfen.¹⁹⁸ Damit steigt auch die Zahl der als Hotelbetriebe erfassten Unterkünfte in der Statistik an (vgl. Abbildung 19).

Die %-Veränderung der Anzahl Hotelbetriebe und Gästebetten zwischen 1929 und 1939 in ausgewählten Kantonen:

| | <u>Hotelbetriebe</u> | <u>Gästebetten</u> |
|------------|----------------------|--------------------|
| Wallis | 31% | 6% |
| Bern | -5% | -7% |
| Luzern | -6% | -12% |
| Graubünden | 9% | 12% |
| Tessin | 18% | 12% |



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1929 bis 1939 – eigene Darstellung.

¹⁹⁶ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Séance du comité du 5.11.1934.

¹⁹⁷ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Séance du comité du 11.3.1935, S. 4.

¹⁹⁸ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Rapport annuel 1936, S. 8.

Das Gesetz über das Hotelbauverbot von 1933 wird weitere zweimal, nämlich bis 1936 und anschliessend bis zum 31.12.1940 verlängert.¹⁹⁹ Die Duttweiler Motion vom Oktober 1937 wollte das Gesetz über das Verbot zum Bau neuer Hotels schon vor seinem voraussichtlichen Ende 1940 aufheben. Die Auswirkungen auf die Hotellerie durch diese Motion wurden im Kanton Wallis als desaströs bezeichnet.²⁰⁰

5.3.2 Kantonaler Tourismusverband und Kurtaxe

Im Jahr 1931 empfiehlt der Walliser Hotelier-Verband die Gründung einer Walliser Tourismusorganisation. Jedoch fehlt es dem Verband der Hoteliers an Geld, um ein solches Vorhaben eigens zu realisieren. Der betriebene Werbeaufwand in der Tourismusbranche beschränkt sich auf Prospekte und Illustrationen. Die Hoteliers wünschen sich eine gemeinsame, dem Tourismus dienende Pressestelle, welche vermehrt Radiowerbung, Presseartikel sowie gezielte Werbeplakate ausarbeitet. Ebenfalls wäre mit einer kantonalen Tourismusinstitution der Kreis, der am Tourismus profitierenden Akteure besser einzubinden und er wäre nicht mehr nur auf die Hoteliers beschränkt. Zu diesem erweiterten Kreis zählen etwa die Bahngesellschaften und verschiedene Gewerbeverbände.²⁰¹ Erst 1937 kommt die Gründung des Walliser Verkehrsverbandes zu Stande, nachdem ein erstes entsprechendes Projekt 1935 von der Politik zurückgewiesen wurde.²⁰² Die Gründung des Verbandes und das entsprechende Dekret zeugen davon, dass sich der Grosse Rat der Wichtigkeit der Hotelindustrie und des Fremdenverkehrs für die kantonale Volkswirtschaft bewusst geworden ist.²⁰³ Die gesamte Tourismusbranche ist für viele andere Erwerbszweige, vor allem in der Landwirtschaft, von wirtschaftlich zentraler Bedeutung und allfällige Rückschläge treffen entsprechend den ganzen Kanton. Der neue Verband, welcher zwar als selbstständige und private Einrichtung gegründet wird, unterliegt der Oberaufsicht des Staates. Der definierte Zweck ist das Wallis bekannter zu machen, den Reiseverkehr zu fördern und den Aufenthalt der Fremden im Kanton zu erleichtern und angenehm zu

¹⁹⁹ Vgl. Rutz, Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 173.

²⁰⁰ Vgl. Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.), Jahresbericht des Walliser Handelskammer 1937, S. 39.

²⁰¹ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Séance du comité du 16.1.1935, S. 4.

²⁰² Vgl. Guex, Maurice Troillet und das moderne Wallis, S. 94.

²⁰³ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Vollziehungsreglement zum Dekrete, betreffend die Organisation des Reiseverkehrs im Kantone und die Erhebung einer Kurtaxe, vom 6. Juli 1937.

gestalten. Finanziert wird der Verband hauptsächlich durch Einnahmen aus der Kurtaxe, Beiträge seiner Mitglieder und Subventionen des Kantons.

Gleichzeitig mit der Gründung des Verkehrsverbandes erhebt der Kanton Wallis eine Kurtaxe. Diese wird per Dekret auf Antrag des Staatsrates per 6. Juli 1937 in Kraft gesetzt. Die Erhebung der Steuer und Verteilung an die lokalen Verkehrsvereine wird durch den neu gegründeten Walliser Verkehrsverband überwacht. Einkassiert wird sie direkt durch die dem Dekret verpflichteten Akteure wie Hoteliers oder Vermietern von Ferienwohnungen. Für die Erhebung haben diese im Gegenzug Anrecht auf eine Vergütung von 5% des Gesamtertrages der Steuer. Es wird explizit festgehalten, dass die Gemeinden keinen Anspruch auf die Mittel aus der Kurtaxe erheben können. So wird gewährleistet, dass die Kurtaxe effektiv der direkten Unterstützung der Tourismusbranche dient.²⁰⁴ Durch diese Bestimmung reagiert der Gesetzgeber auf die im Vorfeld herrschende Skepsis aus dem Lager der Vertreter der Tourismusbranche. Diese Skepsis entstand aus den vom Staatsrat gekürzten Subventionen aufgrund beschlossener Sparanstrengungen im Staatshaushalt. Denn die Kürzungen trafen auch staatliche Beiträge an die Hotellerie. Die Kurtaxe sollte nicht eine zusätzliche Steuereinnahme, eingetrieben vom Tourismus zugunsten der Staatskasse werden.²⁰⁵

5.3.3 Die Abwertung des Schweizer Frankens

Unter den Vertretern der Walliser Tourismusbranche steht die Frage über eine Abwertung des Schweizer Frankens zur Bekämpfung der Krise 1936 bereits seit vier bis fünf Jahren zur Debatte. Die Nationalbank nimmt die Abwertung im September 1936 effektiv vor. Im Mai 1936 vermerkt ein Sitzungsprotokoll des Hotelier-Verband, dass die Bewegung, welche sich für die Option „Abwertung der Währung“ einsetzt, immer stärker wird. Allerdings wollen sich die Vertreter der Hotellerie im Wallis nicht öffentlich dazu äussern. Sie sind sich bewusst, dass eine Abwertung für zahlreiche Kreise in der Bevölkerung von Nachteil wäre und fürchten, dass der Hotellerie eine positive Stellungnahme zugunsten der Abwertung nicht verziehen werden würde. Eine Abwertung des Schweizer Frankens wird von der Mehrheit der Bevölkerung aus

²⁰⁴ Vgl. Kanton Wallis (Hg.), Vollziehungsreglement zum Dekrete, betreffend die Organisation des Reiseverkehrs im Kantone und die Erhebung einer Kurtaxe, vom 6. Juli 1937.

²⁰⁵ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Séance du comité du 19.1.1935, S. 2-4.

moralischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt. Man betrachtet sie als einen Vertrauensbruch.²⁰⁶ Entsprechend entscheiden sich die Vertreter des Hotelier-Verbandes vorsichtig und auf keinen Fall formell zu diesem Thema Stellung zu beziehen. Hingegen erwartet die Industrie sowie der Banksektor im Kanton, dass die Hotellerie ihre Verantwortung wahr nimmt und sich entsprechend aktiv stark macht für eine Abwertung. Stattdessen formuliert der Hotelier-Verband seine Position öffentlich weniger kategorisch. Er reklamiert eine Lösung, welche den Interessen des Tourismus diene und eine Anpassung an die schwierigen wirtschaftlichen Umstände bewirke.²⁰⁷ So zum Beispiel die vom Präsidenten der Schweizerischen Hotel-Treuhand-Gesellschaft präsentierten Ideen eines Reisefrankens oder Hotelschecks.²⁰⁸

5.4 Privat rechtliche Bahngesellschaften: Die Furka-Oberalp-Bahn

Der Grossteil der im Wallis privat rechtlich betriebenen Bahngesellschaften ist für die bedienten Regionen ohne Zweifel von gesellschaftlichem Interesse. Einerseits als Personentransportmittel und Zubringermöglichkeit von Waren, sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für den Tourismus. Andererseits aber auch als lokaler Arbeitgeber. Die finanzielle Lage dieser Bahnbetriebe verschlechtert sich Anfangs der Dreissigerjahren zusehends, nicht anders als diejenige der nationalen SBB. Die Gründe liegen im Aufkommen des Automobils, der für Lastwagen erhöhten zugelassenen Transportlast und schnelleren Fahrgeschwindigkeiten. Hinzu kommt die Konkurrenz im Personenverkehr durch die Postautos. Die Einnahmen der privaten Bahngesellschaften im Kanton Wallis sind zwischen 1929 und 1933 um -36.6% oder CHF 1.35 Mio. gesunken.²⁰⁹

Von insgesamt acht privat rechtlichen Bahngesellschaften im Kanton Wallis ist 1933 nur noch die Hälfte profitabel. Vor allem die Furka-Oberalp-Bahn ist finanziell schwer angeschlagen. Sie musste 1923 kurz vor der Fertigstellung der Gesamtstrecke der Bahn

²⁰⁶ Vgl. Schweizerische Nationalbank, Festschrift 1907-1957, S. 29.

²⁰⁷ Vgl. Association Hôtelière du Valais, Séance du comité du 29.5.1936, S. 3.

²⁰⁸ Vgl. StAW, Rapport de F. Seiler, Exposé Schweizerische Hotel Treuhand Gesellschaft vom 26. Mai 1936 über die Einführung eines Reisefrankens oder Hotelchecks zur Unterstützung des Tourismus,

²⁰⁹ Vgl. StAW, Message concernant l'allocation d'une aide en faveur des entreprises privées. Le Conseil d'état du Canton du Valais au Grand Conseil, 24.6.1935. S. 3.

Nicht inbegriffen in dieser Berechnung sind die Unternehmen Brig-Lötschberg-Simplon (BLS) und die Gornergratbahn (GGB) in Zermatt, da sie nicht der Bedienung spezifischer Orte dienen und damit separat betrachtet werden.

Brig-Disentis Konkurs anmelden. Bereits damals konnte der Betrieb der Bahnlinie und deren Fertigstellung nur mittels Staatshilfe weitergeführt werden. Im Jahr 1934 schreibt die Bahngesellschaft im vierten Folgejahr rote Zahlen.

Das Verkehrsteilungsgesetz hat anlässlich der Volksabstimmung vom 5. Mai 1935 im Kanton Wallis keine Chance und wird mit 81% der Stimmen abgelehnt. Auch gesamtschweizerisch wird das Gesetz mit 68% verworfen.²¹⁰ Damit hat sich die Hoffnung auf eine Besserung der finanziellen Lage für die privaten Bahngesellschaften im Kanton Wallis weiter verschlechtert. Das Gesetz sah eine Konzessionspflicht für den gewerbemässigen Verkehr auf öffentlichen Strassen für den Transport von Gütern oder Tieren mit Motorfahrzeugen vor.²¹¹

In der politischen Diskussion über eine allfällige Rettung der Furka-Oberalp-Bahn mit Staatsgeldern stellt sich die Gegenfrage, wonach es nicht angebrachter wäre, Mittel weiter für den Ausbau der Bergstrassen zu verwenden, anstatt privat rechtlichen Gesellschaften unter die Arme zu greifen. Die Furka-Oberalp-Bahn erhielt bis zu diesem Zeitpunkt bereits Subventionen und Kredite im Umfang von CHF 900'000. Konnte der Kanton weiterhin privat rechtliche Bahnlinien subventionieren während entschieden wurde Investitionen von über CHF 15 Mio. in den Ausbau der Bergstrassen zu tätigen?²¹²

Dies auch vor dem Hintergrund, dass das Aufkommen des Automobils stark zunimmt und deswegen die Investition in ein gut ausgebautes Strassennetz für die zukünftige Entwicklung des Tourismus von zentraler Bedeutung ist. Nicht zuletzt blickt die Politik in ihrer Einschätzung auf die Nachbarländer Frankreich, Italien und Österreich welche ebenfalls in den Strassenbau zur Entwicklung der touristischen Regionen investieren und direkte Konkurrenten zum Walliser Tourismus sind.²¹³

Der Walliser Staatsrat kommt in seiner Empfehlung an den Grossen Rat zum Schluss, dass diese Bahnen und der hier im speziellen behandelte Fall der Furka-Oberalp-Bahn,

²¹⁰ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1935, S. 405.

²¹¹ Vgl. Digitale Amtsdruckschriften, Bundesgesetz über die Regelung der Beförderung von Gütern und Tieren mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen vom 28.9.1934, S. 347-357.

²¹² StAW, Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Extrait du protocole des séances du Grand Conseil du Canton du Valais du 27.6.1935.

²¹³ StAW, Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements.

nicht fallen gelassen werden sollten. Allerdings wird eine finanzielle Unterstützung an verschiedene Bedingungen geknüpft. So soll sich auch der Bund beteiligen, der Bahnbetrieb soll neu das ganze Jahr hindurch gewährleistet werden und vor allem müssen sich auch die Gemeinden finanziell beteiligen.²¹⁴ Die vom kantonalen Baudepartement erstellte Beurteilung ist für die Zustimmung zu einer finanziellen Unterstützung des Kantons entscheidend. Zu den Argumenten zählt unter anderem, dass alle Angestellten der Bahn in den Gemeinden wohnhaft sind, welche die Bahnlinie bedient. Hingegen sind die Betreiber der neuen Konkurrenz der Bahn, die Autobusse, ausländische oder zumindest ausserkantonale Unternehmen und zählen nicht zu den lokalen Arbeitgebern. Die ausbezahlten Leistungen der Bahn an ihre Arbeitnehmer, welche grösstenteils aus Bergdörfern stammen, stellen eine wichtige Einkommensquelle für diese Regionen dar. Sieben der acht privat rechtlichen Bahnen sind elektrifiziert und konsumieren Energie, die im Kanton produziert wird. Zuletzt gibt es zu beachten, dass kein anderes Transportmittel den im Winter erschwerten Zugang zu den Bergregionen besser gewährleisten kann als eine Bahn.²¹⁵ Anlässlich der Sitzung im Juni 1935 des Grossen Rates über die nun aus wirtschaftlichen Gründen äusserst dringende Frage einer Subvention zugunsten der Furka-Oberalp-Bahn steht man vor einer heiklen Aufgabe. Die Zusage dieser Subvention würde den vollumfänglich möglichen Jahresbetrag an Subventionen zugunsten von privat rechtlichen Bahngesellschaften gemäss Dekret an nur eine der acht Bahngesellschaften bedeuten.²¹⁶

Im November 1935 fehlt für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Furka-Oberalp-Bahn für die Jahre 1936 und 1937 nur noch die Zusage des Bezirkes Goms im Umfang von 5.5% der benötigten Mittel von insgesamt CHF 150'000. Zuvor haben der Bund (50%), die Kantone Wallis (20%), Uri (4%), Graubünden (14%) sowie die Visp-Zermatt Lötschbergbahn (6.5%) Anteile von 94.5% zugesichert. Jedoch treten die Hilfeleistungen nur in Kraft, sofern der vollumfängliche Betrag für die Bahn zugesprochen wird. Entsprechend wendet sich der Präsident der Furka-Oberalp-Bahn in einer dringenden Mitteilung an den Präfekten des Bezirk Goms, damit dieser die fehlenden 5.5%

²¹⁴ StAW, Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements, Message concernant l'allocation d'une aide en faveur des entreprises privées. Le Conseil d'état du Canton du Valais au Grand Conseil du 24.6.1935, S. 12-13.

²¹⁵ Vgl. StAW, Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Lettre du Département des travaux publics du canton du Valais à M. de Chastonay du 7.11.1935.

²¹⁶ Vgl. StAW, Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Extrait du protocole des séances du Grand Conseil du Canton du Valais du 27.6.1935.

bewilligen möge.²¹⁷ Dank ihrer starken lokalen Vernetzung sowohl als Arbeitgeber wie auch als Transportmittel für Tourismusdestinationen, vorwiegend im Mattertal und im Goms, wurde die Furka-Oberalp-Bahn durch den Staat finanziell unterstützt. Die Sanierung konnte schlussendlich erfolgreich durchgeführt werden.

²¹⁷ Vgl. StAW, Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Mittelung der Furka-Oberalp-Bahn an den Präfekt des Bezirkes Goms, Herrn Clausen vom 5.11.1935.

6. Schlusswort und Ausblick

Schlusswort

Die im schweizerischen Vergleich atypische Wirtschaftsstruktur des Kantons Wallis während den Dreissigerjahren schützt seine Volkswirtschaft nicht vor den Folgen des weltweiten Konjunktureinbruchs. Dies obwohl der vorwiegend exportabhängige Industriesektor nur 24% der Erwerbstätigen repräsentiert. Der bedeutendere Landwirtschaftssektor mit einem Anteil von 52% der Erwerbstätigen im Kanton ist in seinen wichtigen Bereichen, der Milchwirtschaft und dem Weinbau, nicht nur auf den lokalen Markt ausgerichtet. Von der Konjunkturabhängigkeit zeugen die zahlreichen benötigten Hilfsmassnahmen seitens des Staates zugunsten notleidender Bauern, der Milchwirtschaft sowie des Weinbaus. Die Quantifizierung des gesamtwirtschaftlichen Rückgangs im Kanton behauptet sich als schwierige Angelegenheit, da die Landwirtschaft vorwiegend aus kleinen Familienbetrieben sowie Bergbauern besteht und deren Entwicklung aufgrund von fehlenden statistischen Erhebungen nur lückenhaft dokumentiert ist. Dabei sei hier an die über 27'000 Rebbesitzer und an die rund 250 Milchbetriebe bei einer Bevölkerungszahl von 136'000 verteilt auf 171 Gemeinden im Kanton Wallis erinnert. Zudem ist der Agrarsektor zu jener Zeit in seinen Teilbereichen noch wenig organisiert. Die vorhandene Quellenlage des sekundären Wirtschaftssektors bestätigt, dass die Krise der Dreissigerjahre auch im Wallis voll durchschlägt. Drastisch ist der Einbruch der Fiskaleinnahmen aus der Industrie für den Kanton und zahlreich sind die beim kantonalen Arbeitsamt erfassten Stellensuchenden. Das steuerbare Einkommen der Walliser Industrie bricht nach dem Jahr 1930 innerhalb von drei Jahren um zwei Drittel auf CHF 5.3 Mio. ein. Auch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer von Aktiengesellschaften gehen nach Ausbruch der internationalen Krise im Jahr 1929 bis ins Jahr 1935 um über -77% drastisch zurück. Die Gesamteinnahmen des Staates sind gegenüber ihrem Höchststand im Jahre 1930 vergleichsweise nur um -20% gesunken. Der Arbeitsmarkt ist 1936 auf seinem Tiefpunkt und die Anzahl registrierter Stellensuchenden im Kanton steigt auf über 10'000 Personen, wobei die Dunkelziffer aufgrund fehlender Erfassungstatistiken weit höher liegen dürfte. Die Anzahl beschäftigter Fabrikarbeiter fluktuiert in den Dreissigerjahren zwischen 5'700 und 2'800 Personen.

Während der konjunkturellen Abkühlung bestätigt sich die Auslandabhängigkeit des Walliser Tourismus deutlich. Das gesamte Gastgewerbe kämpft an mehreren Fronten. Die ausbleibenden Buchungen aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland und Grossbritannien, führen bereits während der Sommersaison 1931 zu einem Einbruch bei der Bettenbelegung ausländischer Gäste von -27% gegenüber dem Jahr 1929. Die Bettenbelegung fällt 1932 auf 35% gegenüber 61% im Jahr 1929. Der starke Schweizer Franken erschwert die Preisgestaltung gegenüber ausländischen Tourismusdestinationen. Die einige Jahre nach Ausbruch der Krise umgesetzte Währungsabwertungs politik und Devisenbewirtschaftung durch Industrieländer wie England, die USA und Deutschland, verschärft diese Problematik zusätzlich. Für die Walliser Industrie und den Tourismus kommt die wirtschaftliche Erholung erst nach der Abwertung des Schweizer Frankens durch die Schweizerische Nationalbank im Jahre 1936. So steigt etwa die Bettenbelegung ein Jahr nach der Abwertung des Schweizer Frankens im Kanton Wallis sprunghaft um +16% an. Im ausdrücklichen Bestreben das Wallis als Tourismusdestination bekannter und hochwertiger zu gestalten, unterstützt der Staat die Gründung des Tourismusverbandes und führt eine kantonale Kurtaxe zugunsten des Gastgewerbes ein. Diese Massnahmen werden zwar erst in der zweiten Hälfte der Dreissigerjahre umgesetzt, sind aber trotzdem zentrale Massnahmen zur Verbesserung der Vermarktung und Rentabilität der Walliser Tourismusbranche. Die Industrie verzeichnet für das Jahr 1937 erstmals wieder einen Zuwachs der beschäftigten Fabrikarbeiter von satten +37% gegenüber dem Vorjahr und 1940 werden wieder gleich viele Arbeiter wie 1929 beschäftigt. Was die Finanzkraft beziehungsweise die Vermögensverhältnisse der Bevölkerung im damaligen Wallis betrifft, ist diese eher bescheiden. So unterstehen der eidgenössischen Krisenabgabe von 1936/1937 im Kanton Wallis auf 1'000 Einwohner nur 28 Personen. Im schweizerischen Vergleich liegt der Kanton Wallis auf dem 22. Platz. Rund 87% der steuerpflichtigen Privatpersonen im Kanton entrichten 34.4% dieser Abgabe.

Das Augenmerk der staatlichen Unterstützungsmassnahmen des Kantons Wallis während den wirtschaftlichen Krisen Jahren liegt einerseits auf einer antizyklischen Ausbaupolitik der Infrastruktur des Kantons und andererseits auf einer dringend benötigten strukturellen Erneuerung der Landwirtschaft. Diese zwei Achsen kristallisieren sich bei der Analyse der Finanzpolitik sowohl in den Zahlen wie auch in den politischen Debatten und in den verschiedenen Gesetzen, Beschlüssen und

Verordnungen deutlich heraus. Wirtschaftspolitisch setzt sich der Staat besonders für eine Weiterentwicklung der Milchwirtschaft sowie des Weinbaus ein. Es werden in beiden Bereichen unter staatlicher Aufsicht neue Richtlinien zur Qualitätssteigerung umgesetzt. Gezielt wird die Forschung sowie die Aus- und Weiterbildung der Bauern vorangetrieben. Staatliche Ansprüche an den Ausbau und die Einrichtung der Molkerei- und Sennereibetriebe setzen bisher in diesen Bereichen unbekannte Massstäbe. Die Gründung der Genossenschaftskellereien ist eine Initiative vom Staat zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Weinindustrie. Die Investitionen des Kantons und des Bundes in die Walliser Milchwirtschaft übersteigen zwischen 1936 bis 1940 eine Million CHF. In die Weinindustrie, konkret den Wiederaufbau der Rebberge durch Neubestockung, die Bekämpfung der Reblaus sowie Investitionen zu Forschungs- und Schulungsprogrammen fliessen zwischen 1929 bis 1939 inklusive Bundessubventionen Mittel von über CHF 8 Mio. Zusätzlich über CHF 0.6 Mio. für die Gründung der Genossenschaftskellereien. Dies bei jährlichen Bruttoausgaben während den Dreissigerjahren für den gesamten Walliser Staatshaushalt von durchschnittlich CHF 12.3 Mio.

Mit Erreichen des Höhepunktes des jährlichen Defizites der reinen Verwaltungsrechnung im Jahr 1933 wird die Ausgabenseite der Verwaltungsrechnung vermehrt Sparanstrengungen über alle Bereiche hinweg unterzogen. Die Bilanzsumme der Staatsrechnung erhöht sich ab dem Jahr 1929 um CHF 18 Mio. auf CHF 47 Mio. per Ende des Jahres 1939. Das markante Wachstum der Walliser Staatsschuld um +70%, gemessen an der Entwicklung der festen Schulden, zwischen 1929 bis 1939 sowie eine rasante Zunahme der Defizite um +37% gegenüber der Vorperiode 1918 bis 1928 ist schlussendlich das finanziell nicht risikolose Festhalten an einem langfristig orientierten und antizyklischen Handeln der Walliser Regierung. Der jährliche Zinsaufwand auf die Schulden des Kantons steigt zwischen 1929 bis 1939 um über +40% an.

Der starke Anstieg der kumulierten Defizite in der Staatsrechnung erklärt sich durch die sogenannten ausserordentlichen Ausgaben. Diese Ausgaben oder Investitionen in die langfristigen Infrastrukturprojekte repräsentieren über 66% der kumulierten Gesamtdefizite der Dreissigerjahre. Zu ihnen zählen die Erschliessung der Bergdörfer mit der Talebene durch Strassenbau, die sich durch das ganze Rhonetal erstreckende

Rhonekorrektur und die Entsumpfungsarbeiten der Talebene. Die ausserordentlichen Ausgaben steigen brutto betrachtet zwischen 1929 und 1939 stetig an. Dies trotz Sparzwang in der Verwaltung, politischen Auseinandersetzungen und widrigen Konjunkturbedingungen. Die Walliser Regierung ist immer bemüht, die Infrastruktur des Kantons durch eine expansive Ausgabenpolitik voranzutreiben. Dass gleichzeitig die Ausgabenüberschüsse der Staatsrechnung ab dem Jahr 1936 merklich gesenkt werden können, hat verschiedene Gründe. Neben dem Effekt der Abwertung des Schweizer Frankens auf die exportorientierten Industrien und den erfolgreichen Sparanstrengungen auf der Ausgabenseite der Verwaltungsrechnung, nimmt auch die Belastung durch die vom Kanton zu tragenden ausserordentlichen Ausgaben ab. Die zwischen 1936 bis 1939 anfallenden Kosten in Höhe von CHF 6.7 Mio. der zweiten Rhonekorrektur sowie die Kosten für die Strassenprojekte „Furka“ und „Grosser St. Bernard“ werden zum Grossteil durch Bundesmittel finanziert. Die Rhonekorrektur ist ein Schritt zur Produktionssteigerung und profitableren Ausdehnung der Landwirtschaft im Kanton, da zusätzlich fruchtbares und landwirtschaftlich nutzbares Land geschaffen wird. Später nehmen die Exporte von Walliser Aprikosen, Spargeln, Erdbeeren und Äpfeln in die ganze Schweiz deutlich zu. Die Erschliessung der Seitentäler und der Bergdörfer führt zwischen 1929 bis 1939 zu CHF 12.1 Mio. effektiven Ausgaben und fördert das Potenzial für die Entwicklung des Gastgewerbes. Die geplanten und veranschlagten 44 Strassenprojekte der Dreissigerjahre haben ein Investitionsvolumen von CHF 22 Mio., werden aber nicht alle zwischen 1929 und 1939 fertig gestellt. Die Mobilität für die heimische Bevölkerung verbessert sich und der Handel mit Gütern und Dienstleistungen kann in den verschiedenen Bergregionen Einzug nehmen. Diese zahlreichen, vom Staat erlassenen Arbeiten in die Infrastruktur wirken abfedernd auf die schlechte Lage des heimischen Arbeitsmarktes. Zusätzlich verordnet die Walliser Regierung im Jahr 1932 eine restriktivere Arbeitsbewilligungspolitik gegenüber Ausländern und fördert gezielt das kantonale Lehrlingswesen.

Die realisierten Infrastrukturprojekte im Kanton Wallis sind ohne Bundessubventionen nicht finanzierbar. Gesamthaft ist der Kanton Wallis zwischen 1929 bis 1939 Empfänger von über CHF 50 Mio. Subventionen wovon mit über CHF 20 Mio. der grösste Teil in die Landwirtschaft fliesst. Die ausserordentlichen Ausgaben der Walliser Staatsrechnung beziffern sich zwischen 1929 und 1939 auf rund CHF 30 Mio. wovon $\frac{2}{3}$ der Bund und

^{1/3} der Kanton Wallis übernehmen. Dabei ist zu beachten, dass eines der übergeordneten Ziele der schweizerischen Finanzpolitik während jener Jahre die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts des Bundeshaushaltes ist.

Abschliessend ist festzuhalten, dass die hier mehrheitlich benützten Quellen vom Kanton Wallis oder dessen Institutionen verfasst oder publiziert wurden. Diese Einseitigkeit ist auf fehlende Quellen der direkt betroffenen Wirtschaftsakteure zurückzuführen. Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich die Daten der zahlreichen vor allem Landwirtschafts- und Gastronomieakteure zusammenzutragen und aufzuarbeiten. Die verschiedenen Quellen der Walliser Regierung wie die Mitteilungen zu den Staatsrechnungen, Kostenvoranschlägen und Jahresberichten der Departementsvorsteher des Staatsrates haben den Vorteil, uniform über die Jahre geführt worden zu sein. Dabei ist zu beachten, dass die jeweiligen Kommentare und Mitteilungen zwar als offizielle Publikation der Regierung daher kommen, aber doch immer aus einer politischen Feder stammen und entsprechend Aspekte oder Argumentationen der Gegenpartei etwas untergewichtet werden könnten.

Ausblick

Die Wirtschaftskrise der Dreissigerjahre war nicht nur eine ökonomische Krise. Die schwierige wirtschaftliche Lage und damit einhergehende Unterbeschäftigung der Bevölkerung begleitet von einer jährlich steigenden Staatsschuld mit rückläufigen Einnahmen für den Staat wecken Befürchtungen um die eigenen Zukunftsperspektiven. Sozialpolitisch durchlaufen sowohl die Schweiz als auch der Kanton Wallis eine schwierige Zeit.²¹⁸ Im Kanton Wallis verhärten sich die Fronten zwischen der französischsprachigen und deutschsprachigen Bevölkerung. Presseberichte aus dem Jahr 1934 sowohl im Unter- wie auch im Oberwallis bestätigen Tendenzen zu Separatismus und berichten über die zunehmenden Schwierigkeiten zu regieren. In der Walliser Verwaltung in Sitten gab es demnach zu viele Oberwalliser Funktionäre, die nicht französisch sprechen und gar schlecht Deutsch. Im Unterwallis spricht man von der Schaffung eines Halbkantons. Zu jener Zeit wurde auch im Wallis das Aufkommen

²¹⁸ Vgl. Schulthes, Lebensfragen der schweizerischen Wirtschaft, S. 7.

von faschistischen Strömungen, welche ihren Ursprung in Italien hatten, beobachtet.²¹⁹ Die sozialpolitischen Spannungen und deren Entwicklung sind nicht Gegenstand dieser Arbeit. Es wäre aber interessant diesen Aspekt im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und den Hilfsmassnahmen zur Bekämpfung der Krise sowie der Finanzpolitik zu beleuchten.

Im Kanton Wallis halbiert sich der prozentuale Anteil der erwerbstätigen Personen im Ersten Sektor von 1930 bis zum Jahre 1960 auf rund 25%. In den darauf folgenden dreissig Jahren sinkt die Quote weiter unter den Durchschnitt aller Kantone und ist die acht tiefste in der Eidgenossenschaft. Die Wirtschaftsstruktur im Kanton hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg immer mehr in Richtung Fremdenverkehr entwickelt.²²⁰ So sind im Jahre 1990 über 65% der Erwerbstätigen im Kanton Wallis im Dienstleistungssektor tätig während es 1930 knapp 25% waren. Somit ist das Wallis im Bezug der erwerbstätigen Personen im Dritten Sektor vom fünftetzten Platz im Jahre 1930 auf den achten Platz im Jahr 1990 vorgerückt.²²¹ Diese Verschiebungen innerhalb der Wirtschaftszweige haben eine bedeutsame Tragweite für Staat und Gesellschaft. Es stellt sich die Frage, inwiefern die unternommenen Anstrengungen des Staates, seine Investitionen und die geschaffenen Rahmenbedingungen während dieser einschneidenden Wirtschaftskrise der Dreissigerjahre diesen im Anschluss stattgefundenen Strukturwandel geprägt und unterstützt haben. Welche Anstrengungen von damals tragen heute noch ihre Früchte auf politischer, ökonomischer und sozialer Ebene?

²¹⁹ Vgl. Guex, *Le demi-siècle de Maurice Troillet*, S. 60.

²²⁰ Vgl. Bundesamt für Statistik BFS, *150 Jahre schweizerischer Bundesstaat, Im ersten/dritten Sektor Erwerbstätige nach Kantonen, 1848-1998*.

²²¹ Ebenda

7. Abbildungsverzeichnis und statistische Daten

Abbildungsverzeichnis

| | Seite |
|--|-------|
| 1. Bodenbenützung Kanton Wallis im Vergleich zur Schweiz 1929 und 1939 | 9 |
| 2. Auswanderung nach Übersee - Kanton Wallis 1929 bis 1939..... | 11 |
| 3. Beschäftigte nach Industriegruppen im Kanton Wallis 1929 | 12 |
| 4. Anzahl Nationalratssitze der Parteien in der Schweiz 1928 bis 1939..... | 13 |
| 5. Besetzte Betten nach Nationalität der Gäste im Kanton Wallis – 1929 und 1931..... | 19 |
| 6. Bettenbesetzung ausgewählter Destinationen Sommermonate Zermatt, Interlaken, St.Moritz, 1928 bis 1939..... | 21 |
| 7. Feste Schulden der Kantone 1929 und 1939 | 23 |
| 8. Jährliche Zinszahlungen auf die Staatsschulden des Kantons Wallis 1928 bis 1939 | 24 |
| 9. Ausgabenüberschüsse Kanton Wallis 1928 bis 1939..... | 25 |
| 10. Entwicklung Ausgaben/Einnahmen Kanton Wallis 1928 bis 1939 (ohne die ausserordentlichen Ausgaben)..... | 26 |
| 11. Steuereinnahmen aus der Besteuerung der Einnahmen von Aktiengesellschaften Kanton Wallis 1928 bis 1939 | 30 |
| 12. Ausgabenüberschüsse der Verwaltungsrechnung im Budgetvergleich Kanton Wallis 1929 bis 1939 | 32 |
| 13. Ausserordentliche Brutto-Ausgaben im Vergleich zu den Gesamtausgabeüberschüssen Kanton Wallis 1928 bis 1939 | 46 |
| 14. Bundessubventionen für den Kanton Wallis 1929 bis 1938..... | 47 |
| 15. Total der schweizerischen Bundessubventionen 1929 bis 1939..... | 48 |
| 16. Bundessubventionen Landwirtschaft – Schweiz 1928 bis 1939..... | 56 |
| 17. Weinernte im Wallis in Millionen Liter 1929 bis 1939..... | 60 |
| 18. Brutto-Ausgaben für den Weinbau des Kantons Wallis 1928 bis 1939 | 62 |
| 19. Anzahl Hotelbetriebe im kantonalen Vergleich 1929 und 1939 | 65 |

Statistische Daten

Ausgaben und Einnahmen der Verwaltungsrechnung des Kantons Wallis – Bruttowahlen in CHF

| | Ausgaben - Brutto | Einnahmen - Brutto |
|--------------|--------------------|--------------------|
| 1928 | 10'353'046 | 10'683'681 |
| 1929 | 12'512'702 | 12'558'389 |
| 1930 | 13'250'865 | 13'254'647 |
| 1931 | 13'837'020 | 12'992'707 |
| 1932 | 13'501'901 | 12'516'927 |
| 1933 | 12'943'285 | 11'541'912 |
| 1934 | 12'208'703 | 11'217'305 |
| 1935 | 11'716'533 | 10'774'141 |
| 1936 | 11'468'626 | 10'743'687 |
| 1937 | 11'593'740 | 11'483'335 |
| 1938 | 11'877'025 | 12'204'680 |
| 1939 | 13'293'526 | 13'312'122 |
| Total | 148'556'972 | 143'283'533 |

Vgl. Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1928 bis 1939

Ausgabenüberschüsse und Kostenvoranschläge Kanton Wallis – in CHF

| | Ausgabenüberschuss ohne A.o. Aufwände | Ausgabenüberschuss Budget | Delta Budget | Ausserordentliche Aufwände - Netto | Ausgabenüberschuss Effektiv inkl. A.o.A |
|--------------|--|------------------------------|-----------------|---------------------------------------|--|
| 1928 | -330'635 | | | 1'147'782 | 817'147 |
| 1929 | -45'687 | 298'258 | 343'945 | 614'107 | 568'420 |
| 1930 | -3'782 | 439'715 | 443'497 | 1'486'578 | 1'482'796 |
| 1931 | 844'313 | 674'063 | -170'250 | 938'376 | 1'782'690 |
| 1932 | 984'974 | 1'222'793 | 237'819 | 1'067'219 | 2'052'193 |
| 1933 | 1'401'373 | 843'381 | -557'992 | 1'711'191 | 3'112'565 |
| 1934 | 991'398 | 994'208 | 2'810 | 960'882 | 1'952'279 |
| 1935 | 942'392 | 731'613 | -210'779 | 1'112'856 | 2'055'247 |
| 1936 | 724'939 | 338'341 | -386'598 | 1'009'113 | 1'734'041 |
| 1937 | 110'405 | -19'270 | -129'675 | 515'911 | 626'316 |
| 1938 | -327'655 | -41'875 | 285'780 | 606'515 | 278'861 |
| 1939 | -18'596 | -15'094 | 3'502 | 417'750 | 399'155 |
| Total | 5'273'439 | 5'466'133 | -137'941 | 11'588'280 | 16'861'710 |

A.o.A: Ausserordentliche Ausgaben

Ausserordentliche Aufwände – Netto: Aufwände nur zu lasten des Kantons, nach Abzug der Bundessubventionen und Kostenbeteiligungen der Gemeinden.

Budget: Kostenvoranschlag


Vgl. Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1928 bis 1939

Ausserordentliche Ausgaben Kanton Wallis – Brutto und Netto in CHF

| | Ausserordentliche Ausgaben Brutto | Ausserordentliche Ausgaben Netto |
|--------------|--------------------------------------|-------------------------------------|
| 1928 | 1'147'782 | 1'147'782 |
| 1929 | 1'496'689 | 614'107 |
| 1930 | 2'201'122 | 1'486'578 |
| 1931 | 1'799'017 | 938'376 |
| 1932 | 2'294'957 | 1'067'219 |
| 1933 | 2'576'371 | 1'711'191 |
| 1934 | 2'067'952 | 960'882 |
| 1935 | 2'352'550 | 1'112'856 |
| 1936 | 2'933'716 | 1'009'113 |
| 1937 | 2'604'487 | 515'911 |
| 1938 | 4'083'356 | 606'515 |
| 1939 | 4'926'556 | 417'750 |
| Total | 30'484'555 | 11'588'280 |

Vgl. Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1928 bis 1939

Bundessubventionen Schweiz und Kanton Wallis – in 1'000 CHF

| Ausbezahlte Bundessubventionen | | |
|--------------------------------|--|---------------|
| | Total Schweiz | Total Wallis |
| 1929 | 73'577 | 2'844 |
| 1930 | 82'794 | 4'009 |
| 1931 | 129'838 | 5'353 |
| 1932 | 149'090 | 5'903 |
| 1933 | 192'550 | 5'878 |
| 1934 | 149'090 | 5'903 |
| 1935 | 227'519 | 5'079 |
| 1936 | 261'175 | 4'550 |
| 1937 | 177'201 | 4'614 |
| 1938 | 196'098 | 6'602 |
| 1939 | 230'976 | |
| Total | 1'869'908  | 50'735 |

Vgl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1939

Ausgaben für den Weinbau Kanton Wallis – Brutto und Netto in CHF

| | Weinbau - Ausgaben | | davon Beiträge an Genossenschafts-Kellereien |
|--------------|--------------------|------------------|---|
| | Netto | Brutto | |
| 1928 | 112'984 | 524'772 | |
| 1929 | 163'499 | 523'583 | - |
| 1930 | 310'240 | 800'550 | 180'000 |
| 1931 | 246'031 | 792'394 | 170'000 |
| 1932 | 200'407 | 764'033 | 100'000 |
| 1933 | 161'971 | 1'019'319 | 66'356 |
| 1934 | 157'286 | 672'596 | 62'666 |
| 1935 | 117'106 | 635'978 | 62'666 |
| 1936 | 22'409 | 482'254 | - |
| 1937 | 37'008 | 574'070 | - |
| 1938 | 114'989 | 521'737 | - |
| 1939 | 51'728 | 934'621 | - |
| Total | 1'695'658 | 8'245'907 | 641'688 |

Vgl. Staats-Rechnungen Kanton Wallis 1928 bis 1939

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellenverzeichnis

Briger Anzeiger: Die kantonale Krisensteuer, Nr. 87, Brig 1936.

Briger Anzeiger: Die kantonale Krisensteuer, Nr. 86, Brig 1936.

Conseil d'état du Canton du Valais: Rapport du Conseil d'état du Canton du Valais sur sa gestion 1929 - 1941, Sion.

Fédération Valaisanne des producteurs de lait - FVPL: Rapport du Conseil d'administration 1934 - 1935, Sion.

Kanton Wallis (Hg.): Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Séance du 27.1.1932, Bericht der grossrätlichen Kommission über den Strassenbau, im Sinne des Gesetztes vom 18.5.1927, Naters-Brigue 1932.

Kanton Wallis (Hg.): Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Session ordinaire de novembre 1931, Naters-Brigue 1932.

Kanton Wallis (Hg.): Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Séance du 19.11.1932, Rapport de la commission des économies, Naters-Brigue 1933.

Kanton Wallis (Hg.): Bulletin des séances du Grand Conseil du Canton du Valais, Session ordinaire février 1939, le projet de loi sur les impôts cantonaux et communaux, Sion 1939.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis, 1929, Beschluss vom 8.2.1929 betreffend Gewährung von Beisteuern für den Bau und die Einrichtung von Molkereien und Sennereien, Sion 1931.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis, 1930/1931, Dekret vom 15.1.1930 betreffend Bewilligung von Beisteuern für die Erstellung und Errichtung von Weingenossenschafts-Kellereien, Sion 1933.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis, 1932/1933, Dekret vom 22.5.1933 betreffend Schaffung eines kantonalen „Hilfsfonds zu Gunsten notleidender Landwirte“, Sion 1933.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis, 1934/1935, Dekret vom 8.2.1934 betreffend der Herabsetzung der Gehälter, Sion 1936.

r

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis, 1934/1935, Dekret vom 2.3.1935 betreffend Anwendung Dekret vom 8.2.1934 im Jahre, Sion 1936.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis von 1936/1937, Dekret vom 7.2.1936 betreffend vorübergehender Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts, Sion 1938.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis von 1936/1937, Dekret vom 7.2.1936 betreffend vorübergehender Massnahmen zum Zwecke der Ausgleichung des Budgets, Sion 1938.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis von 1936/1937, Dekret vom 8.7.1936 betreffend Schaffung einer kantonalen Krisensteuer für das Jahr 1936, Sion 1938.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis von 1936/1937, Dekret vom 11.11.1936 betreffend der Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, Sion 1938.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis von 1936/1937, Dekret vom 13.11.1936 betreffend vorübergehender Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts, Sion 1938.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis, 1936/1937, Dekret vom 28.12.1936 betreffend den Ausbau der Alpenstrassen, Sion 1938.

Kanton Wallis (Hg.): Sammlung der Gesetze, Dekrete u. Beschlüsse des Kantons Wallis von 1938/1939, Dekret vom 24.Mai 1939 betreffend Sanierung der finanziellen Lage der Gemeinde Raron, Sion 1940.

Kanton Wallis (Hg.): Vollziehungsreglement zum Dekrete, betreffend die Organisation des Reiseverkehrs im Kantone und die Erhebung einer Kurtaxe, vom 6. Juli 1937. Sion 1937.

Kanton Wallis (Hg.): Staats-Rechnungen Kanton Wallis nebst Bericht über die Finanzverwaltung 1928 bis 1940, Sitten.

Kanton Wallis (Hg.): Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates Wallis für das Verwaltungsjahr 1934, Mitteilung des Staatsrat an den Grossen Rat vom 10.10.1933, Sitten 1933.

Kantonales Statistisches Amt: Statistisches Jahrbuch des Kantons Wallis, 1978.

Walliser Bote: Nr. 40, 1934.

Walliser Handels-, Industrie- und Landwirtschafts-Verband (Hg.): Jahresbericht der Walliser Handelskammer 1927 – 1939, Sitten.

Staatsarchiv Kanton Wallis (StAW), Sitten:

Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements, in: StAW, 2011-1, 119, 1935.

Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Message concernant l'allocation d'une aide en faveur des entreprises privées. Le Conseil d'état du Canton du Valais au Grand Conseil du 24.6.1935, in: StAW, 2011-1, 119, Sion 1935.

Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Extrait du protocole des séances du Grand Conseil du Canton du Valais du 27.6.1935, in: StAW, 2011-1, 119, Sion 1935.

Rapports de la S.A. fiduciaire suisse à Genève sur le bilan, les comptes de l'Etat. Observations concernant le rapport de la Fiduciaire 1935, in: StAW, 2011-1, 25, Sion 1935.

Rapports de la S.A. fiduciaire suisse à Genève sur le bilan, les comptes de l'Etat. Rapport de la Société Fiduciaire Suisse à Genève du 4.9.1935. S. 128 Equilibre budgétaire et programme d'économies à réaliser, in: StAW, 2011-1, 25, Genève 1935.

Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Mittelung der Furka-Oberalp-Bahn an den Präfekt des Bezirkes Goms, Herrn Clausen vom 5.11.1935, in: StAW, 2011-1, 119, Lausanne 1935.

Aide en faveur des chemins de fer privée message du CE, décision, renseignements. Lettre du Département des travaux publics du canton du Valais à M. de Chastonay du 7.11.1935, in: StAW, 2011-1, 119, Sierre 1935.

Rapport de F. Seiler, Exposé Schweizerische Hotel Treuhand Gesellschaft vom 26. Mai 1936 über die Einführung eines Reisefrankens oder Hotelchecks zur Unterstützung des Tourismus, in: StAW, 2011, 88, Zürich 1936.

Lois sur l'impôt, documentation: statistiques, sommaires imposables des communes... Message concernant la revision de la loi fiscale du 5.11.1937, Le Conseil d'état au Grand Conseil, in: StAW, 2011-1, 5, Sion 1937.

Lois sur l'impôt, documentation: statistiques, sommaires imposables des communes... Exposé du point de vue des quatre entreprises AIAG, Lonza, CIBA, EOS à la suite de l'entretien avec le Chef du Département des Finances du 13.12.1938, in: StAW, 2011-1, 5, Sion 1938.

Staatistische Quellenwerke der Schweiz: Eidgenössische Krisenabgabe, Ergebnisse der II. Periode 1936-1937, Heft 88, in: StAW, 2011-1, 5, Bern 1939.

Staatistische Quellenwerke der Schweiz: Eidgenössische Krisenabgabe, Ergebnisse der II. Periode 1936-1937, Heft 88, in: StAW, 2011-1, 5, Bern 1939.

Archiv Walliser Hotelier-Verein, Sitten:

Association Hôtelière du Valais: Statut 1917, in: Archiv Association hôtelière du Valais, Sitten 1917.

Association Hôtelière du Valais: Rapport annuel 1929 - 1940, in: Archiv Association hôtelière du Valais, Sitten.

Association Hôtelière du Valais: Séance du comité du 17.10.1932, in: Archiv Association hôtelière du Valais, 1932.

Association Hôtelière du Valais: Séance du comité du 8.10.1934, in: Archiv Association hôtelière du Valais, 1934.

Association Hôtelière du Valais: Séance du comité du 5.11.1934, in: Archiv Association hôtelière du Valais, 1934.

Association Hôtelière du Valais: Séance du comité du 16.1.1935, in: Archiv Association hôtelière du Valais, 1935.

Association Hôtelière du Valais: Séance du comité du 19.1.1935, in: Archiv Association hôtelière du Valais, 1935.

Association Hôtelière du Valais: Séance du comité du 11.3.1935, in: Archiv Association hôtelière du Valais, 1935.

Association Hôtelière du Valais: Séance du comité du 29.5.1936, in: Archiv Association hôtelière du Valais, 1936.

Internetseiten:

Bundesamt für Statistik BFS: 150 Jahre schweizerischer Bundesstaat, Im ersten Sektor Erwerbstätige nach Kantonen, 1848-1998.

<<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/dienstleistungen/history/03/00/01.html> > [Stand: 06.06.2012]

Bundesamt für Statistik BFS: 150 Jahre schweizerischer Bundesstaat, Im zweiten Sektor Erwerbstätige nach Kantonen, 1848-1998.

<<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/dienstleistungen/history/03/00/01.html> > [Stand: 06.06.2012]

Bundesamt für Statistik BFS: 150 Jahre schweizerischer Bundesstaat, Im dritten Sektor Erwerbstätige nach Kantonen, 1848-1998.

<<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/dienstleistungen/history/03/00/01.html> > [Stand: 06.06.2012]

Bundesamt für Statistik BFS: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1928 bis 1940.

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/dienstleistungen/publikationen_statistik/statistische_jahrbuecher/stat_jahrbuch_der/jahrbuch-archiv.html > [Stand: 06.06.2012]

Schweizerische Nationalbank: Festschrift 1907-1957, Zürich 1957.

<<http://www.snb.ch/de/iabout/snb/hist/histpub> > [Stand: 06.06.2012]

Schweizerische Bundeskanzlei: Eidgenössische Volksinitiative „Bekämpfung der Wirtschaftskrise“ vom 2.6.1935, Vorlage Nr. 121, Resultate in den Kantonen, in: Schweizerische Bundeskanzlei, Chronologische Volksabstimmungen. <<http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/19350602/can121.html> > [Stand: 06.06.2012]

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften:

Botschaft des Bundesrates betr. Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des notleidenden Hotelgewerbes vom 08.08.1932, in: Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften, Bundesblatt, Band 2, Heft 32, S. 341-373, 1932. <<http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch> > [Stand: 06.06.2012]

Milchproduzenten. Fortsetzung der Bundeshilfe vom 20.03.1934, in: Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Band I, Sitzung 07, S. 108-138, 1934. <<http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch> > [Stand: 06.06.2012]

Bundesgesetz über die Regelung der Beförderung von Gütern und Tieren mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen vom 28.9.1934, in: Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften, Bundesblatt, Band 3, Heft 40, S. 347-357, 1934. <<http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch> > [Stand: 06.06.2012]

Getränkesteuer, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, in: Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften, Herbstsession, Band III, Sitzung 11, S. 435-437, 1934.
<<http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch> > [Stand: 06.06.2012]

Botschaft des Bundesrates betreffend Zusicherung eines Bundesbeitrages an den Kanton Wallis für die Vervollständigung der Rhonekorrektur zwischen Leuk und St.Maurice vom 21.02.1936, in:
Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften, Bundesblatt, Band I, Heft 09, S. 316-325, 1936. <<http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch> > [Stand: 06.06.2012]

Botschaft des Bundesrates betreffend den Bezug der eidgenössischen Getränkesteuer vom 27.9.1937, in:
Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften, Bundesblatt, Band 3, Heft 40, S. 149-151, 1937. <<http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch> > [Stand: 06.06.2012]

Literaturverzeichnis

Bellwald, Werner/Guzzi-Heeb, Sandro (Hg.): Ein industrieindisches Volk? Fabriken und Arbeit in den Walliser Bergen, Baden 2006.

Cassis, Youssef: Metropolen des Kapitals, Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780 – 2005, Hamburg 2006.

Delaloye, Louis: L'évolution du vieux pays: le valais, ses moeurs, ses coutumes, son développement économique et social à travers les siècles. Neuenburg, Paris 1937.

Dubois, Philippe: Le Valais, une économie à la recherche de son équilibre, étude de géographie économique, in: Globe Société de Géographie de Genève (Hg.): Band Nr. 100, Genf 1960.

Grichting, Alois: Das Oberwallis 1840 – 1990, Politik, Wirtschaft, Kultur, 150 Jahre Walliser Bote, Brig 1990.

Guex, André: Le demi-siècle de Maurice Troillet, 1932-1952, Band 2, Martigny 1971.

Guex, André: Maurice Troillet und das moderne Wallis, in: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik (Hg.), Zürich 1977.

Gutersohn, Heinrich: Geographie der Schweiz, Alpen, 1. Teil, Wallis-Tessin-Graubünden, Band 2, Bern 1961.

Kantonales Amt für Statistik und Finanzausgleich (Hg.): Das Wallis in Zahlen, Sitten 2011.

Kaufmann, Beat: Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton, Zürich 1965.

Müller, Philipp: La suisse en crise (1929-1936), Les politiques monétaire, financière, économique et sociale de la confédération helvétique, Lausanne 2010.

Pralong, Régine: L'ouvrier-vigneron d'Alusuisse, Evolution de cette pluricativité dans le Valais Central entre 1930 et 1980, Mémoire de licence Faculté des Lettres de l'Université de Fribourg, St-Martin 2006.

Rutz, Wilfried: Die schweizerische Volkswirtschaft zwischen Währungs- und Beschäftigungspolitik in der Weltwirtschaftskrise – wirtschaftspolitische Analyse der Bewältigung eines Zielkonflikts, St.Gallen 1970.

Scherrer, Hans R.: Die Steuerpolitik des Bundes während der Wirtschaftsdepression der dreissiger Jahre (1930-38), Diss. Zürich 1949.

Schulthes, Edmund: Lebensfragen der schweizerischen Wirtschaft, Aarau 1934.

Walliser Reb- und Weinmuseum (Hg.): Rebe und Wein im Wallis, von den Anfängen bis heute, Sierre, Salgesch 2010.